Die

Männer des Zollvereins.

VORTRAG,

gehalten in der Fest-Sitzung der Volkswirthschaftlichen Gesellschaft in Berlin

am 26. März 1881

von

Dr. Karl Braun,

Ehrenpräsidenten der genannten Gesellschaft, Mitglied des Reichstags.

BERLIN.

VERLAG VON LEONHARD SIMION.

1881.

Vorbemerkung.

Da mein Vortrag nicht länger als anderthalb Stunden dauern durfte, in Anbetracht des Festes, welches ihm folgte, so mufste ich von dem Stoff, den ich gesammelt und für den Vortrag bestimmt hatte, Manches über Bord werfen, das mir gleichwohl erhaltenswerth scheint. Ich wollte Anfangs diesen Stoff nachträglich in den Vortrag verarbeiten. Allein bei näherer Ueberlegung schien es mir besser, das Vorgetragene zu lassen, wie es ist, und es einfach nach der vortrefflichen stenographischen Aufzeichnung zu publiciren, welche ihm durch die Vorsorge des Vorstandes der Volkswirthschaftlichen Gesellschaft zu Theil ward, jene Ergänzungen dagegen in die Form von Anmerkungen zu bringen, welche Form mir zugleich die erwünschte Gelegenheit bot, einige literarische Nachweisungen beizufügen.

Der Verfasser.

Was zunächst das Thema anlangt, über welches ich heute zu sprechen gedenke, so berührt dasselbe die Kultur- und Wirthschaftsgeschichte Deutschlands im gegenwärtigen Jahrhundert, etwa von der Zeit von 1815 bis 1830. Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, dafs die Wirthschafts- und Kulturgeschichte in unsern historischen Werken in der Regel nur einen ganz bescheidenen Winkel einnimmt (1). Z. B. in dem viel- und dickbändigen Buche von Prof. Gervinus «Geschichte des 19. Jahrhunderts» finden Sie diese grofsen Ereignisse, die wichtiger sind als all die Kammerdebatten der süddeutschen Staaten, die Revolutionskämpfe in Süd-Amerika und sonstige Dinge, die darin stehen, alle diese Ereignisse also, die ich kurz bezeichnen will als die preufsische Zollreform von 1818 und die Vorbereitung und Gründung des Zollvereins, des preufsischen Zollvereins und dann des deutschen Zollvereins, kaum erwähnt, geschweige denn eingehend behandelt, und doch verdienen diese Ereignisse so sehr die Beachtung. Es ist gerade so, wie wenn man im menschlichen Leben nur die Dinge berücksichtigen wollte, die sich auf öffentlichem Markte vollziehen, und nicht diejenigen, die sich innerhalb des Hauses vollziehen. So ist es auch mit der Geschichte jener grofsen Entwickelung. Es giebt Ereignisse, die mit Blitz und Donner auf den Schauplatz der Dinge treten, die mit Pauken und Trompeten eingeführt werden; es giebt aber auch Entwickelungen, die sich ganz langsam, gleichsam unter der Oberfläche vollziehen, von denen die Mehrzahl der Mitlebenden kaum etwas gewahr wird und die dann plötzlich zu Tage treten und einen grofsartigen Umschwung hervorrufen, erfreulich für die-

jenigen, die ihn erwartet und vorbereitet haben, und überraschend für diejenigen, die die Vorbereitungen nicht gekannt haben. So ist es auch mit den Hergängen, von welchen wir uns heute unterhalten wollen.

Ich halte es für eine doppelte Pflicht, nicht allein dieser Ereignisse zu gedenken, sondern auch der Männer, die sie vorbereitet und vollzogen haben, denn diese Männer sind, wir müssen es zu unserer Beschämung gestehen, sozusagen unbekannt im deutschen Vaterlande oder wenigstens bei der Mehrzahl der Deutschen. Das ist aber nicht etwa vorzugsweise Undankbarkeit, sondern es beruht zum grofsen Theil darin, dafs diese so bescheidenen und doch so erfolgreichen Männer im Stillen gearbeitet haben in ihren Bureaux und in Verhandlungen, die ganz in der Stille gepflogen werden mufsten, und dafs ihre Thaten nicht verzeichnet sind in den Zeitungen oder öffentlichen Dokumenten oder sonstwie in jenen Quellen, aus welchen der gewöhnliche, für den *general reader* schreibende Geschichtsdarsteller zu schöpfen pflegt, sondern begraben sind in den Akten und Archiven. Dazu kommt, dafs damals in Berlin noch keine Volksvertretung existirte, dafs also auch die Oeffentlichkeit, welche mit einer solchen verbunden ist, damals — wie ich glaube, mehr zum Nachtheile als zum Vortheile Preufsens — ausgeschlossen war. Wir, die Generation von heute, müssen das Versäumte nachholen. Denn «das Lob», sagt Friedrich Jacobs, das dem Verdienste gebührt, «ist eine Ehrenschuld, welche man ungemahnt entrichten mufs, sobald man dazu im Stande ist». Gedenken wir schon hier im Eingang auch des Verdienstes eines Mitlebenden. Als ich das Material sammelte zu meinem Vortrag über diese Männer, die mehr verdienen gefeiert zu werden als manche Tagescelebritäten und mindestens ebenso viel wie die Feldherren und Kriegshelden, welchen letzteren wir heutzutage einen legitimen, aber vielleicht etwas übertriebenen oder zu exclusiven Kultus widmen, habe ich eine vortreffliche Quelle gefunden in verschiedenen Werken, die der Herr Provinzialsteuerdirektor v. Jordan in Magdeburg publizirt hat oder vielmehr, mufs ich sagen, nicht publizirt hat, denn sie sind nur als Manuscript gedruckt und nicht in den Buchhandel gekommen (2), und das ist eigentlich der einzige Fehler, den sie haben. Ich halte es für ein Verdienst, ihren Inhalt so bekannt und so gemeinnützig wie möglich zu machen.

Ich will also sprechen: erstens von den Gestaltungen, wie sie sich vollzogen haben, und zweitens von den Männern, die sie durchgeführt und mit Erfolg gekrönt haben. Ich knüpfe dabei an an einen Vortrag, den ich vor ungefähr 5/4 Jahren hier in der volkswirthschaftlichen Gesellschaft zu halten die Ehre hatte, in welchem ich die volkswirthschaftlichen und handelspolitischen Zustände Deutschlands und insbesondere Preufsens geschildert habe, wie dieselben sich gestaltet hatten zur Zeit der Fremdherrschaft und der Kontinentalsperre, dieses äufsersten Akts der Handelsfeindseligkeit, den damals Napoleon über das Festland von Europa zu verhängen versuchte und aus Anlafs dessen er seinen Sturz und Untergang gefunden hat. Ich mufs anknüpfen an das damals Gesagte und kurz zurückkommen auf die handelspolitische Gestaltung Deutschlands zu den verschiedenen Zeiten seiner Entwickelung in dem letzten Jahrhundert.

Bis zum Jahre 1806 waren die deutschen Staaten nicht souverän, sie standen unter Kaiser und Reich; aber Kaiser und Reich waren schon lange machtlos. Im Jahre 1806 wurden die Herrscher der meisten Staaten durch Napoleon für «souverän» erklärt; sie sollten also von Rechts- oder von Unrechtswegen Niemanden mehr über sich haben. In Wirklichkeit verfielen sie aus dem leichten, ja fast nur imaginären Joch, das ihnen Kaiser und Reich auferlegt hatten, unter das schwere und brutale Joch des grofsen Kriegsgottes Napoleon, der sie in Betreff der Steuer- und Militärlast aufs äufserste anspannte. Erst nachdem die Franzosenherrschaft gestürzt war, also im Jahre 1813 und 1814, gewannen diese Staaten die Souveränetät, die sie bis dahin nur dem Namen nach gehabt hatten, in Wirklichkeit, das heifst, sie hatten in der That niemand mehr über sich; denn der deutsche Bund war ja keine Oberherrschaft, sondern er war nur eine völkerrechtliche Einrichtung, eine Gesandtenkonferenz. Sehen wir nun, welche Folgen das für die Handelspolitik hatte. Bis zum Jahre 1806 herrschte auf handelspolitischem Gebiet, während der ganzen Zeit des sinkenden und zerfallenden deutschen Reichs, der reine Wirrwarr. Das deutsche Reich hatte zwar als Princip freien Verkehr, *liberum commercium*, proclamirt; allein das bezog man seltsamerweise nur auf die Aufsengrenzen, nicht auf den inneren Verkehr; und als der Reichstag 1525 einen Grenzzoll aufrichten wollte, war man kaum im Stande, die Aufsengrenzen des Reiches zu ermitteln; und so ist

denn aus diesem ersten Anlaufe zu einem deutschen Zollverein nichts geworden. Der innere Verkehr aber war belastet mit allen nur erdenkbaren Beschränkungen von Binnenzöllen, von Zunft-Schranken, von Passagezöllen, von Vorkaufsrechten, von Stapelrechten u. s. w. u. s. w. Jeder kleine und kleinste Staat kujonirte seine Nachbarn und glaubte, dadurch selbst wohlhabend zu werden, während das doch ein grofser Irrthum ist; denn das Schwert der Handelsfeindseligkeit ist zweischneidig; es schadet dem, gegen den es gezückt wird, aber noch mehr dem, der es zückt. Nun kam also im Wendepunkt der Jahrhunderte die Fremdherrschaft. Napoleon I. erfand die Kontinentalsperre; er wollte mittelst dieses Blokus England vom europäischen Festlande ausschliefsen. Es war das politisch und wirthschaftlich die verkehrteste Mafsregel, die man sich denken konnte; denn statt England vom europäischen Festland auszuschliefsen, schlofs Napoleon sich selbst und das mit ihm verbündete oder ihm unterworfene kontinentale Europa von dem Meer und von allen übrigen Welttheilen mit Inbegriff der britischen Inseln ab. Gerade an diesem volkswirthschaftlichen Mifsgriff, an diesem Akt der Handels-Feindseligkeit, ist der allmächtige Herrscher zu Grunde gegangen, denn um das ganze Festland diesem System zu gewinnen, mufste er das ganze Festland erobern und unterwerfen. Dadurch rief er die grofse Coalition gegen sich in die Schranken und an ihr ist er gescheitert. Er freilich hatte ganz andere Erwartungen; er glaubte, solche Dinge, wie man sie ja auch heutzutage wieder prophezeit, dafs nämlich in Folge der Handelsfeindseligkeit plötzlich das goldene Zeitalter, das Reich des allgemeinen Glücks und des Wohlstands über uns hereinbrechen werde. Sein Finanzminister Gaudin sagte in dem Bericht an den Kaiser vom 17. September 1807: «Mit dem Kontinentalblokus stürzt das englische Finanzsystem zusammen; der Untergang des Landes ist unzweifelhaft sicher», und Napoleon selbst sagte: «England wird ein Appendix von Frankreich werden, ähnlich wie das gegenwärtig Korsika ist.» Das Gegentheil von alledem trat ein. Der englische Export stieg von 1804 bis 1812 von einundzwanzig Millionen auf zweiunddreifsig Millionen Pfund Sterling. Alle Quellen, alle Wege, alle Kräfte des Handels konzentrirten sich in England, weil es der Centralpunkt des Seehandels, der Mittelpunkt für alle Welttheile wurde, während sich das mit dem Kontinentalblokus behaftete

Frankreich selbst von Allem ausgeschlossen hatte. Auch seine und seiner Unterworfenen Kolonien gingen zu Gunsten Englands verloren. Nun, dieser Kontinentalblokus, den König Friedrich Wilhelm III. in seiner Breslauer Proclamation «An mein Volk» so richtig und schlagend charakterisirt hat, wurde 1813 niedergeworfen und er stürzte zusammen gleichzeitig mit der napoleonischen Gewaltherrschaft, die für Deutschland eine Fremdherrschaft war. Leider aber waren mit seinem Untergang die bösen Folgen keineswegs beseitigt. Er hatte trotz der kurzen Zeit seines Bestehens die ganze wirthschaftliche Entwicklung des Festlandes gestört und die Anschauungen der Menschen, wenigstens vorübergehend, vergiftet. Unter diesem Kontinentalblokus waren aller Orts alle die Treibhauspflanzen von, an sich lebens- und exportunfähigen Industrien entstanden; und nachdem nun die Kontinentalsperre weggefallen war, schrieen alle diese künstlich geschaffenen Unternehmungen, die keine natürliche Grundlage hatten, nach Schutz, und sie erreichten ihn auch, namentlich in Frankreich, welches sich durch einen ungeheuerlichen Tarif, theils durch Ausfuhrverbote, theils durch Einfuhrverbote, künstlich gegen alle seine Nachbarn abschlofs, so dafs ein englischer Schriftsteller damals folgende Beschreibung der französischen Zollpolitik gab: «In der Bibel steht, dafs das Kameel nicht durch ein Nadelöhr passiren könne, aber eher kann das Kameel das Nadelöhr passiren als eine Nadel die französische Grenze.»

England selbst, welches so sehr unter dem Kontinentalblokus gelitten hatte, verfiel damals dem Agrarierthum der Grofsgrundbesitzer. Es gingen am 20. März 1815 die Robinson'schen Resolutionen durch, welche, wie Prince-Smith zu sagen pflegte, das Brod des Armen zu einem Monopol des Reichen machten, die Korneinfuhr an sich verboten und nur ausnahmsweise gestatteten, sobald man angelangt war an der Grenze des Mangels und der Hungersnoth, das heifst, wenn der Quarter Weizen 80 Schilling kostete. Auch Holland sperrte sich ab, und zwar führte es eine solche Menge neuer Zölle und Steuern ein, dafs ein holländischer Witzbold sagte: «Wenn ich ein Gericht Fische essen will, so mufs ich dafür 30 verschiedene Sorten Steuern zahlen», — er führte sie einzeln auf und begründete seine Behauptung vollkommen. Und es ist am Ende nicht ganz unmöglich, dafs, wenn wir in Deutschland so fortfahren, wie wir

es in den letzten Jahren getrieben haben, wir es ebenfalls so herrlich weit bringen und auch noch zu diesem Ideal der Zoll- und Steuerpolitik gelangen. Deutschland gegenüber erlaubte sich Holland damals Alles. Es war die freie Schifffahrt garantirt für die Rheinuferstaaten «jusqu' à la mer». Dies übersetzte sich der Holländer ganz eigenthümlich; er sagte, die Schiffe dürfen frei gehen bis an das Meer, aber nicht bis in das Meer; wenn sie aus einem Flusse in das Meer, oder aus dem Meer in einen Flufs hinaufgehen wollen, so erhebe ich einen Passagezoll von ihnen.

Am schlimmsten war es aber doch in Deutschland selbst.. In Deutschland hatte Napoleon I. zwar auch den Kontinentalblokus durchgeführt; allein seine Rheinbundstaaten verhinderte er, gegeneinander und untereinander und gegen Frankreich unübersteigliche Schlagbäume aufzuführen. Es war also gewissermafsen ein freier Verkehr zwischen den Rheinbundterritorien, deren Protektor er war, und dem französischen Territorium, sowohl dem ursprünglich französischen als dem durch Vergröfserung hinzugekommenen, dessen Kaiser er war; da duldete er keine Schlagbäume, und so war also eine gewisse Freiheit des innern Verkehrs gesichert. Nun aber, nachdem die Fremdherrschaft abgeschüttelt war, tanzte die neugebackene Souveränetät, die sich, wie gesagt, unter Napoleon nicht all zu grofsen Excessen hingeben durfte, nachdem sie sich von diesen Rücksichten befreit sah, den tollsten Sanct-Veitstanz. Von all den verschiedenen engen, engeren und engsten Vaterländern schlofs sich jedes gegen die andern mit Zöllen ab und nicht allein mit Zöllen, sondern die einzelnen Städte hatten auch noch eine jede ihre Accise, allerhand Mahl- und Schlachtsteuer, Holz-, Kohlenabgaben und sonstige Verbrauchssteuern u. s. w., und dann kamen noch die Passagezölle hinzu, die für das einfache Vorüberfahren auf Land- und Wasserstrafsen entrichtet werden mufsten. Und da nun die Grenzen dieser Territorien eigentlich reine Gebilde des Zufalls waren, da sie sich nicht deckten mit wirklichen und natürlichen Stämmen und den Gebieten, wie sich solche geographisch, oro- und hydrographisch darstellen, und auch nicht mit den verschiedenen eigenthümlichen Wirthschaftsgebieten, so trennten diese Grenzen und diese Grenzzölle gerade so recht geflissentlich und gewaltsam das Zusammengehörige, indem sie den Rohstoff absperrten von den Fabriken, die Halbfabrikate von jenen, die Ganzfabrikate

daraus machten, die Produktion von der Konsumtion, die Manufaktur von dem Markt. Alle Sonderinteressen der Regierungen spielten damals ganz dasselbe Spiel, welches heutzutage die Sonderinteressen der bevorzugten Privaten und Industriezweige spielen; dies ging bis zu einem Grade der Berücksichtigung, der mir nicht ganz vereinbar scheint mit dem Gemeinwohl. Der Handel sah sich dadurch auf's äufserste geschädigt; der Handel verlangte Freiheit, aber die Regierungen verlangten Geld; denn ihre Militärlasten hatten sich gesteigert, und sie hatten aufserordentlich hohe Schulden aufgehäuft aus den Kriegszeiten. Alle Welt sah ein, dafs es nicht so bleiben konnte. Man verlangte Freiheit des innern Verkehrs, damit Menschen und Waaren, jedes an seinen richtigen Platz kommen sollten; damit sich jene Grundgesetze der Volkswirthschaft vollziehen konnten, die ich kurz zusammenfassen möchte in: Arbeitstheilung, Theilung der Geschäfte und Vereinigung der Kräfte und Differenzirung der Funktionen. Bei der Differenzirung der Funktionen fällt mir, da ich gerade vor mir einen grofsen Kenner des griechischen Alterthums sehe, eine Abhandlung von Aristoteles über die Theile der Thiere ein. Darin schildert der grofse Philosoph, wie bei den niederen Thieren die verschiedenen Organe noch eigentlich nicht recht von einander getrennt sind; der Krebs hat Füfse, die er gleichzeitig zum Greifen, zum Gehen und auch zum Kauen verwendet; das differenzirt sich, je höher man hinaufgeht. Bei dem Menschen sind besondere Organe, zum Greifen die Hände, zum Gehen die Füfse und zum Kauen der Mund und die Zähne. — So mufs es auch bei einer sich ohne gewaltthätiges Eingreifen regelnden Volkswirthschaft sein. Jeder mufs das machen, was er am besten und billigsten herstellen kann, und auf dem Wege der internationalen und der inneren Arbeitstheilung mufs sich der Verkehr entwickeln. Heutzutage freilich meint man, man könne in Berchtesgaden und Reichenhall Seeschifffahrt treiben und in Hamburg und Bremen Alpenwirthschaft. Soweit sind wir beinahe schon gekommen.

Man verlangte also 1815 in Deutschland Freiheit des innern Verkehrs, und staatliche und handelspolitische Einheit nach Aufsen, damit die ausländischen Regierungen nicht mehr Deutschland ferner handelspolitisch mifshandeln könnten, wie es z. B. die Holländer thaten, und dann hatte man, dies vorausgesetzt,

nichts dagegen, wenn auch die Finanzen der aufserordentlich bedürftigen Regierungen etwas aufgebessert würden.

Aber wo die Rettung? Zwar in der Bundesakte stand so etwas von Freiheit des wirthschaftlichen Verkehrs; aber alle diese Versprechungen der Bundesakte sind bekanntlich niemals eine Wirklichkeit geworden und konnten es nicht werden, denn der Bund war ja nur grofse Gesandtenkonferenz und hatte keine eigentliche gesetzgebende Gewalt; an seiner Spitze stand, wie früher Napoleon, der Protektor des Rheinbundes, das damalige schwarzgelbe Oesterreich, d. h. der Fürst Metternich, der ja seinen Beruf darin fand, alle nationale und wirthschaftliche Entwicklung in Deutschland und Italien niederzuhalten im Interesse des österreichischen Quietismus, von dem ich nicht bestreiten will, dafs Metternich vielleicht für Oesterreich ihn für gerechtfertigt oder nützlich hielt, weil er dachte: Sobald dieses vielsprachige und komplizirte Reich anfängt, sich zu bewegen, so fällt es am Ende auseinander. Der Fürst Metternich, der dem Grundsatz huldigte: «Theile und herrsche», und der daher auf deutschem sowohl als auf italienischem Boden ein Land gegen das andere, und vor Allem die Fürsten, welchen er seinen Beistand versprach, aber nicht immer gewährte, — man denke nur an den Herzog Carl von Braunschweig! — gegen die Völker aufhetzte, auch wenn die letzteren sich selbst übertrafen an Geduld und an Treue! — So also standen die Dinge in Deutschland. Von dem Bundestag war nichts zu erwarten; zu erwarten war nur etwas von Preufsen, denn Preufsen war die einzige wirklich politisch und militärisch organisirte Macht in Deutschland. Aber auch in Preufsen waren die volkswirthschaftlichen Zustände noch keineswegs vollkommen befriedigend. Die alten Provinzen waren durch Krieg und Kriegskontributionen auf's äufserste erschöpft, die Städte überschuldet, das Land ausgesogen. Zwar hatte die Stein-Hardenberg'sche Reformperiode das Möglichste gethan, um den Bürger- und Bauernstand zu emancipiren; allein gerade auf dem Gebiete der Steuer- und Zollgesetzgebung waren diese grofsen Staatsmänner noch nicht bis an das Ziel ihrer Wünsche gelangt. Die neuen Provinzen im Westen waren hin- und hergeworfen von dem wechselnden Schicksal der launischen Kriegsgöttin; sie hatten eine Einbufse ihres Marktes erlitten insofern, als ihnen nicht mehr die übrigen Rheinbundstaaten und das grofse Frankreich geöffnet

waren, und wufsten nicht, wie sie sich einrichten sollten. Sie sahen noch keinen Weg vor sich, und in Ermangelung dessen schrieen sie begreiflicherweise nach Schutzzoll, weil das ja immer das Bequemste ist und auch nicht sehr viel kostet. In Preufsen zeigten sich auch noch die Nachwehen des Finanzsystems Friedrich des Grofsen. Ich bin im Uebrigen einer der aufrichtigsten Bewunderer dieses grofsen Königs, aber keineswegs ein Bewunderer seiner Wirthschafts-Pflege und Finanzpolitik. Ich glaube, dafs Preufsen die Katastrophe, die es 1806 erlitten hat, zum grofsen Theil jenen ganz eigenthümlichen plusmacherischen Finanzkünsten des grofsen Königs zuzuschreiben hat, der sich französische Steuerkünstler und Plusmacher und Hexenmeister und Tausendkünstler kommen liefs, die das schlechteste aller Finanzsysteme, nämlich das System der Steuerverpachtung, der Regie und der Accise einführten, welches in Frankreich in den Zeiten des bginnenden Verfalles unter Ludwig XIV. aufgekommen war. Der König hat sich in seinen Memoiren über dieses Monopol-, Regie- und Accisensystem ausgesprochen; er sagt: «Ich mufste Geld haben und ich wollte meine Manufakturen emporbringen». Ja, Geld hat er bekommen, aber «seine» Manufakturen, das heifst die Manufakturen des Staates, hat er in der That damit nicht emporgebracht und die Privatmanufakturen hat er damit ruinirt. Er hatte Geld nöthig, das ist richtig; und nach einem Kriege, wie dem siebenjährigen, kann man ihm es nicht verübeln, dafs er die Staatskassen wieder füllen wollte, die bis auf's äufserste erschöpft waren; aber er hat eine Finanzpolitik getrieben, die das Huhn schlachtet, das die goldenen Eier legt. Er hat finanziell für den Augenblick einen Erfolg gehabt, der aber, da er ein wirthschaftlicher Mifserfolg war, schliefslich auch einen finanziellen Mifserfolg herbeiführen mufste. Es kam so weit, dafs am Ende der grofse König selber seufzte, er sei es müde, über Sklaven zu herrschen; und dafs der Staat Alles war und der Bürger Nichts. Dabei kann aber ein Staat nicht bestehen. Dann kommt es so weit, wie es charakterisirt ist in dem Ausspruch des Kommandeurs von Berlin, der nach der Schlacht von Jena sagte: «Der König hat eine Bataille verloren, nunmehr ist Ruhe die erste Bürgerpflicht.» Ja, wenn man diese Parole auch 1812, 1813 und 1814 befolgt hätte, dann wäre das Joch der Napoleonischen Fremdherrschaft überhaupt nicht abgeworfen worden. Es ist das

eines jener verhängnifsvollen Worte, die später in anderer Umschreibung sich wiederholten, z. B. in dem Ministerialbescheide vom «beschränkten Unterthanenverstand», ein Bescheid, der bekanntlich erging auf eine Elbinger Eingabe, die unser verewigter Freund John Prince-Smith verfafst hatte. Ich will Ihnen diese Misère nicht weiter schildern. «Politisch Lied, ein garstig Lied», sagt ja der Dichter.

Im Jahre 1815 also, als man an die Vollendung des Werkes der Wiedergeburt ging, als man auch auf dem Gebiet der Steuer- und Zollgesetzgebung die Reform durchführen wollte, da hiefs es: Entweder das frühere System, wie es bis 1807 bestand, wiederherstellen, ausbauen und steigern, damit es mehr Geld einbringt, oder es fallen lassen und entschlossen zur Reform schreiten. Darüber gab es denn einen grofsen Krieg unter den verschiedenen Staatsmännern der fortschreitenden und der reaktionären Richtung. Es war damals der Dualismus, der sich überhaupt durch die ganze preufsische Geschichte zieht, der Dualismus zwischen den Männern, die Vertrauen hatten auf die freiheitliche Entwicklung Preufsens, und denjenigen, die da gleich Metternich glaubten, nur im Quietismus und in der Reaktion sei die Seligkeit zu finden. Diese Geschichte der Zoll- und Steuergesetzgebung von 1818 und der Gründung und Entwicklung des Zollvereins sieht von unserem heutigen Standpunkt aus wie ein ununterbrochener Siegeslauf, der sich in schnurgerader Linie bewegt. Das ist ähnlich so, wenn man nach zurückgelegtem Wege z. B. in eine lange Strafse hinein sieht; dann bilden die Laternen auf beiden Seiten eine ununterbrochene perspektivische Aussicht; wenn man sich aber dessen erinnert, was man bei Zurücklegung des Weges Alles im Einzelnen wahrgenommen und erfahren, so nimmt sich das ganz anders aus. In der That verlaufen die Dinge historisch nicht so, dafs sie schnurgerade gehen, sondern sie bewegen sich auf Spiralwegen; es kommen Abweichungen, Vertiefungen vor; man wird manchmal zurückgeworfen, man mufs nach der Regel vom Ritorno al Segno wieder von neuem anfangen und kann erst bei dem zweiten oder dritten Mal die Hindernisse durchbrechen. So ist es auch hier gewesen. Auf der einen Seite standen die grofsen Männer der Wissenschaft, des Fortschritts, der Reform und des Zollvereins, also die Kunth, Motz, Maafsen, Kühne u. s. w., auf der anderen Seite standen die

Staatsmänner der Vergangenheit, die Partikularisten, die Reaktionäre, die Männer der Gewohnheit und der Routine, die sich alledem widersetzten.

Es thut mir leid, dafs die Zeit nicht ausreicht, Ihnen in allen Einzelheiten die Kämpfe zu schildern, die um das Zollgesetz von 1818 gekämpft worden sind. Sie beginnen mit dem Jahre 1816. Da setzten Kunth und Maafsen verschiedene Verordnungen durch, die die Reform anbahnten. Unter anderm erschien am 11. Juni 1816 eine Verordnung wegen Aufhebung aller Wasser-, Binnen- und Provinzialzölle in den alten Provinzen. Es ist in dem Eingang derselben — damals herrschte die gute Sitte, dafs man im Eingang immer eine kleine Vorrede zum Gesetz machte, worin man es in die nöthigen Beziehungen zur Vergangenheit und zur künftigen Entwicklung brachte und die Beweggründe des Gesetzgebers offen darlegte — also im Eingang dieser Verordnung wurde gesagt, «dafs die Regierung beabsichtigt, den Verkehr der Unterthanen durch ein allgemeines und einfaches Grenzzollsystem von den Hindernissen zu befreien, welchen derselbe bei der bisherigen, in älteren Zeiten entstandenen verwickelten Zoll-, Durchgangs- und Handelsabgaben-Verfassung unterworfen gewesen». Fragen wir nun: Wie war diese ältere Zoll- und Handelsgesetzgebung beschaffen? Sie war einfach so, dafs jede Stadt und jede Provinz ein anderes Recht hatten. Jede Stadt hatte ihre besondere Accise-Verwaltung von der gröfsten Komplikation. Auf dem Lande wurde Kopfgeld bezahlt, oder wenigstens eine Art von Kopfgeld, dessen Höhe ebenfalls verschieden war in den verschiedenen Provinzen. Auf dem flachen Lande durfte kein Gewerbe betrieben werden; damit wollte man den Städten eine Wohlthat erweisen, obgleich es das Gegentheil einer Wohlthat war. In jeder Stadt war eine besondere Zollstätte, eine andere Kontrole und Beaufsichtigung, wie es jetzt zum Theil noch in Italien ist mit den dortigen *dazio communale*, das zugestandener Mafsen der wirthschaftlichen Entwicklung dieses, auch mit Staatssteuern überlasteten Landes hindernd im Wege steht. Auch in Preufsen war damals jede Stadt geschlossen, nicht etwa blos durch Wälle und Gräben, sondern durch ein höchst komplizirtes Accisesystem. Statt der Douaniers an der Grenze fand man damals in jeder Stadt eine Anzahl von Thorschreibern, die in jeder Stadt ihre besondere Zoll- und Grenzzolleinrichtungen hatten. Der Schmuggel war so

eines jener verhängnifsvollen Worte, die später in anderer Umschreibung sich wiederholten, z. B. in dem Ministerialbescheide vom «beschränkten Unterthanenverstand», ein Bescheid, der bekanntlich erging auf eine Elbinger Eingabe, die unser verewigter Freund John Prince-Smith verfafst hatte. Ich will Ihnen diese Misère nicht weiter schildern. «Politisch Lied, ein garstig Lied», sagt ja der Dichter.

Im Jahre 1815 also, als man an die Vollendung des Werkes der Wiedergeburt ging, als man auch auf dem Gebiet der Steuer- und Zollgesetzgebung die Reform durchführen wollte, da hiefs es: Entweder das frühere System, wie es bis 1807 bestand, wiederherstellen, ausbauen und steigern, damit es mehr Geld einbringt, oder es fallen lassen und entschlossen zur Reform schreiten. Darüber gab es denn einen grofsen Krieg unter den verschiedenen Staatsmännern der fortschreitenden und der reaktionären Richtung. Es war damals der Dualismus, der sich überhaupt durch die ganze preufsische Geschichte zieht, der Dualismus zwischen den Männern, die Vertrauen hatten auf die freiheitliche Entwicklung Preufsens, und denjenigen, die da gleich Metternich glaubten, nur im Quietismus und in der Reaktion sei die Seligkeit zu finden. Diese Geschichte der Zoll- und Steuergesetzgebung von 1818 und der Gründung und Entwicklung des Zollvereins sieht von unserem heutigen Standpunkt aus wie ein ununterbrochener Siegeslauf, der sich in schnurgerader Linie bewegt. Das ist ähnlich so, wenn man nach zurückgelegtem Wege z. B. in eine lange Strafse hinein sieht; dann bilden die Laternen auf beiden Seiten eine ununterbrochene perspektivische Aussicht; wenn man sich aber dessen erinnert, was man bei Zurücklegung des Weges Alles im Einzelnen wahrgenommen und erfahren, so nimmt sich das ganz anders aus. In der That verlaufen die Dinge historisch nicht so, dafs sie schnurgerade gehen, sondern sie bewegen sich auf Spiralwegen; es kommen Abweichungen, Vertiefungen vor; man wird manchmal zurückgeworfen, man mufs nach der Regel vom Ritorno al Segno wieder von neuem anfangen und kann erst bei dem zweiten oder dritten Mal die Hindernisse durchbrechen. So ist es auch hier gewesen. Auf der einen Seite standen die grofsen Männer der Wissenschaft, des Fortschritts, der Reform und des Zollvereins, also die Kunth, Motz, Maafsen, Kühne u. s. w., auf der anderen Seite standen die

Staatsmänner der Vergangenheit, die Partikularisten, die Reaktionäre, die Männer der Gewohnheit und der Routine, die sich alledem widersetzten.

Es thut mir leid, dafs die Zeit nicht ausreicht, Ihnen in allen Einzelheiten die Kämpfe zu schildern, die um das Zollgesetz von 1818 gekämpft worden sind. Sie beginnen mit dem Jahre 1816. Da setzten Kunth und Maafsen verschiedene Verordnungen durch, die die Reform anbahnten. Unter anderm erschien am 11. Juni 1816 eine Verordnung wegen Aufhebung aller Wasser-, Binnen- und Provinzialzölle in den alten Provinzen. Es ist in dem Eingang derselben — damals herrschte die gute Sitte, dafs man im Eingang immer eine kleine Vorrede zum Gesetz machte, worin man es in die nöthigen Beziehungen zur Vergangenheit und zur künftigen Entwicklung brachte und die Beweggründe des Gesetzgebers offen darlegte — also im Eingang dieser Verordnung wurde gesagt, «dafs die Regierung beabsichtigt, den Verkehr der Unterthanen durch ein allgemeines und einfaches Grenzzollsystem von den Hindernissen zu befreien, welchen derselbe bei der bisherigen, in älteren Zeiten entstandenen verwickelten Zoll-, Durchgangs- und Handelsabgaben-Verfassung unterworfen gewesen». Fragen wir nun: Wie war diese ältere Zoll- und Handelsgesetzgebung beschaffen? Sie war einfach so, dafs jede Stadt und jede Provinz ein anderes Recht hatten. Jede Stadt hatte ihre besondere Accise-Verwaltung von der gröfsten Komplikation. Auf dem Lande wurde Kopfgeld bezahlt, oder wenigstens eine Art von Kopfgeld, dessen Höhe ebenfalls verschieden war in den verschiedenen Provinzen. Auf dem flachen Lande durfte kein Gewerbe betrieben werden; damit wollte man den Städten eine Wohlthat erweisen, obgleich es das Gegentheil einer Wohlthat war. In jeder Stadt war eine besondere Zollstätte, eine andere Kontrole und Beaufsichtigung, wie es jetzt zum Theil noch in Italien ist mit den dortigen *dazio communale*, das zugestandener Mafsen der wirthschaftlichen Entwicklung dieses, auch mit Staatssteuern überlasteten Landes hindernd im Wege steht. Auch in Preufsen war damals jede Stadt geschlossen, nicht etwa blos durch Wälle und Gräben, sondern durch ein höchst komplizirtes Accisesystem. Statt der Douaniers an der Grenze fand man damals in jeder Stadt eine Anzahl von Thorschreibern, die in jeder Stadt ihre besondere Zoll- und Grenzzolleinrichtungen hatten. Der Schmuggel war so

stark, dafs, als die Regierung einmal Erhebungen stattfinden liefs, wieviel Kaffee importirt war in dieser oder jener Stadt und wieviel Rosinen — die Rosinen bezahlten nämlich wenig und der Kaffee viel — da stellte sich heraus, dafs auf je 5 Pfund Rosinen nur 10 Pfund Kaffee importirt wären. Da ging denn doch den Zöllnern ein Licht auf, dafs Etwas faul sein müfste bei dieser Ordnung der Dinge. Da kam, wie Minerva aus Jupiters Haupte, die Zollreform von 1818, die alle diese Dinge hinwegfegte und aus den zerrissenen Theilen, aus den verschiedenen Provinzen, die alle gegeneinander abgepfercht waren, ein einheitliches und untheilbares Reich in handelspolitischer und wirthschaftlicher Beziehung herstellte. Kein Verbot der Ausfuhr roher Stoffe, kein Verbot der Einfuhr verarbeiteter Stoffe mehr, ein nach damaligen Begriffen sehr einfacher Tarif nach bestimmten grofsen und praktischen Prinzipien konstruirt. Die Tarife waren bis dahin gleichsam erschöpfende realencyklopädische Wörterbücher, — Lexika der Technologie und Naturwissenschaften und der Waarenkunde. Sie handelten von Allem und noch Einigem, sie waren wer weifs wie dick, und kein Mensch konnte daraus klug werden. Sie hatten als Mafsstab Werth, Zahl, Mafs, kurz, alles mögliche, daneben auch Gewicht. So war der Betrügerei, dem Unterschleif und der Willkür Thür und Thor geöffnet. Von nun an wurde nur das Gewicht als Grundlage genommen, etwa im Verhältnifs von 15 Sgr. pro Centner. Der Tarif war absolut niedrig und relativ niedrig, er blieb in der Regel unter 10 pCt. *ad valorem*. Damals waren ja die meisten Manufakturen viel theurer, und wenn man alle Geld-Sätze bis auf den heutigen Tag beibehalten hätte, so würde bei dem gesunkenen Preise der Dinge der nämliche Geld-Zollsatz auf das Gewicht viel höher als Procent-Satz *ad valorem* geworden sein (3). Der Tarif erregte Sensation; selbst in England, das damals, wie erwähnt, noch kein Freihandelsland war, beneidete man uns um diesen Tarif.

Das Parlamentsmitglied Huskisson sagte im Unterhause am 7. Mai 1827: «Ich finde im preufsischen Zollgesetze von 1818 die Transitabgaben moderirt, die Abgaben von ausländischen Erzeugnissen sind sehr niedrig, und es hat mich in ein freudiges Erstaunen versetzt, dafs ich in diesem neuen preufsischen Zolltarif auch nicht ein einziges Einfuhr-Verbot entdecken konnte. Ich hoffe, die Zeit wird bald kommen, wo wir das nämliche von unserm englischen Tarife sagen können.» In einer Petition der

City von London heifst es: «Das ist der Weg, wie der Handel der Welt ein Austausch wechselseitiger Gewinne und eine allgemeine Zunahme an Wohlstand und Genufs unter allen Einwohnern jedes Staates verbreitet werden kann.» Der Tarif war so gestaltet, dafs 5/6 aller Einkünfte erhoben wurden von Dingen, die im Inland nicht erzeugt wurden, von Zucker, Kaffee, Südfrüchten, von südlichen Spirituosen, Tabak und dergleichen. Es waren Finanzzölle. Allein Anfangs fand der neue Tarif in Preufsen selbst den lebhaftesten Widerspruch; es bedurfte einiger Jahre, bis man sich überzeugt hatte, wie gut man mit demselben fuhr, während man in Frankreich umgekehrt mit den Einfuhrverboten immer unzufriedener wurde; ein französischer Schriftsteller schreibt um das Jahr 1820: «Aus den Gesetzen von 1816, welche die Einfuhr fremder Baumwollenwaaren ausschliefsen, ist das Gute, das man sich davon versprach, nicht entsprungen; dieser Ausschlufs der Konkurrenz hat den einheimischen Manufakturen zu grofse Sicherheit verliehen und sie der Nothwendigkeit überhoben, nach Schönheit und Vollkommenheit zu trachten; dadurch ist uns das Ausland überlegen geworden.»

Dafs die Zollgesetzgebung Preufsens von 1818 von den heilsamsten Folgen war, braucht man jetzt nicht mehr nachzuweisen; alle Welt weifs es, und es ist auch schon in früherer Zeit nachgewiesen in einem vortrefflichen Buche von Gustav von Gülich: «Geschichte des Handels, der Gewerbe und des Ackerbaues der bedeutendsten handeltreibenden Staaten unserer Zeit.» Das Buch ist schon ein Bischen alt, giebt aber eine sehr schöne Uebersicht über die damaligen Verhältnisse (4). Ich will nur beispielsweise einige Ziffern anführen: Im Jahre 1820 ertrug in Preufsen die Gewerbesteuer nicht ganz 1 1/2 Millionen Thaler, im Jahre 1827 aber 1 800 000 Thaler und im Jahre 1831 über 2 Millionen Thaler; obwohl fortwährend in den einzelnen Steuersätzen Ermäfsigungen und Erleichterungen eintraten, war doch der Gesammtertrag immer im Steigen. Der Verkehr auf den preufsischen Messen (Naumburg, Frankfurt a. O. u. s. w.) verdoppelte sich. Der Bruttoertrag der Post hob sich, trotz technisch und finanziell monopolhafter Einrichtung, von 2 3/4 Millionen in 1823 auf 4 1/2 Millionen in 1832. Die westlichen Provinzen, welche nach kurzem und künstlichem Flor seit 1813 litten, standen 1828 in vollster gewerblicher Blüthe, und das war eine natürliche Blüthe.

Nun fragen wir uns: Was machte denn dieses Zollgesetz von 1818, welches vom Auslande mit solchem Enthusiasmus aufgenommen wurde, für einen Eindruck in Deutschland selbst? Namentlich in dem nichtpreufsischen Deutschland? Der Eindruck war ganz merkwürdig; man sagte: «Was will denn das Preufsen? Es rebellirt ja gegen Deutschland? Wie kann es dies wagen? Liegen wir nicht zwischen seinen östlichen und westlichen Provinzen in der Mitte? O, wir wollen ihnen das Leben schon sauer machen, diesen unverträglichen, unruhigen, fiskalischen Preufsen!» — Kurz es ist, wenn man politische und militärische Dinge vergleichen darf, mit handelspolitischen Ereignissen ungefähr dieselbe Erscheinung gewesen, wie 1866. Preufsen zog sich scheinbar auf sich selbst zurück. Es sah, dafs es von dem Bundestage nichts Gutes zu erwarten habe. Es mufste der eigenen Kraft vertrauen, es mufste hoffen, es mufste wagen; und da es die Andern nicht mit sich fortreifsen konnte, so mufste es also von dem übrigen Deutschland sich vorübergehend trennen. Allein, es war nur eine Trennung auf Wiedersehen, nur ein Signal zur Wiedervereinigung auf einer neuen und besseren Basis. Es mufste sich in handelspolitischer Beziehung sammeln im Innern, um sich neu konstituiren zu können nach Aufsen; es that dies dadurch, dafs es seine Schlagbäume im Innern fallen liefs und seinen eigenen innern Markt frei machte. Denn indem es den innern Markt mittels der wirthschaftlichen Freiheit und Einheit herstellte, machte es sich zugleich den auswärtigen zugänglich.

In dem übrigen Deutschland, in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten konnte man diese Entwicklung Anfangs nicht begreifen. Man betrachtete das Alles als eine Anmafsung des preufsischen fiskalischen Absolutismus; man war sozusagen gewöhnt, in Preufsen absolut freien Eingang zu haben, ohne Gegenseitigkeit in der Leistung. Der schwäbische Barde Biedermeier griff in seine Württembergische Leyer und sang in dem Stuttgarter Morgenblatt folgendes Distichon auf den König von Preufsen und sein in schwäbischen Landen gelegenes Stammschlofs:

«Hohenzollern, du Schlofs, dem die preufsischen Herrscher entstammen,
Welch einen schrecklichen Zoll hat uns dein Sprösling gebracht!»

Nun, die Schwaben wufsten sich 1879 zu revanchiren; denn der intellectuelle Urheber des Tarifs von 1879 ist der Württembergische Staatsmann, welcher 1866 — etwas verfrüht —

das «Wehe den Besiegten» Preufsen gegenüber im Munde geführt hat.

Bis 1818 war Preufsen territorial gespalten, es hatte seine verschiedenen Provinzen, die es nach und nach erworben hatte, noch nicht in eine einheitliche wirthschaftliche Verfassung gebracht; jetzt aber entfernte es die Schlagbäume im Innern und machte einen einheitlichen Grenzzoll an seinen Aufsengrenzen. Noch in 1817 konnte das Getreide aus Posen, wo Ueberfluſs war, nicht nach der Rheinprovinz gelangen, wo Mangel, ja beinahe Hungersnoth herrschte. Das Gesetz von 1818 änderte das im Innern und nach Aufsen. Preufsen trat den übrigen deutschen Staaten gegenüber, im Innern und nach Aufsen zum ersten Mal auf als ein einheitliches und untheilbares wirthschaftliches Ganzes. Darob Heulen und Zähneklappern in den Mittel- und Kleinstaaten, namentlich in denjenigen, welche von Preufsen umklaftert wurden oder daran grenzten. Man erschrak, man wurde erbittert, man sprach von «preufsischem Uebermuth», von preufsischer Fiskalität, man drohte, man schritt sogar zu Retorsionen. Der Kurfürst von Hessen z. B. erliefs am 17. September 1819 eine Verordnung, in der er erstens Transitabgaben einführte für die preufsischen Waaren, zweitens Ausfuhrverbote erliefs Preufsen gegenüber, drittens auch verbot die Einfuhr preufsischer Erzeugnisse nach Kurhessen. Auch einen Ausfuhrzoll von 16 Albus — ein Albus war, glaube ich, ungefähr so viel wie 2 Silbergr. — auf Pfeifenthon, der in Preufsen verarbeitet wurde. Alles, was aus diesen Retorsionszöllen einkäme, sollte in eine Kasse fliefsen «zur Unterstützung durch die preufsischen Mafsregeln verarmter kurhessischer Fabrikanten». Ja, nicht in Folge des preufsischen Zollgesetzes, sondern in Folge der unsinnigen Mafsregeln, wenn sie lange gedauert hätten, wären wirklich manche kurhessischen Fabrikanten verarmt und sie hätten dann eine solche Kasse recht nöthig gehabt, vorausgesetzt, dafs etwas drin gewesen wäre. Glücklicherweise sah man aber bei Zeiten ein, welche Dummheit man gemacht hatte, und bekehrte sich zu dem Besseren. Es ging auch hier wie Goethe gesungen:

«Man mühet sich von manchen Seiten,
Unsinn und Wirrwarr zu verbreiten.
Es dauert eine kurze Frist,
Dann zeigt es sich, wie schlecht es ist.»

Sehen wir nun einmal zu, wie sich die Zollvereinsidee unter der Leitung von Männern wie Kunth, Motz, Maafsen und Kühne weiter entwickelte. Zunächst waren da eine Menge kleinerer Länder, die wieder ein jedes in lauter einzelne kleine Fragmente zerfielen, in minimale Territorial-Splitter, die zum Theil als Enklaven im preufsischen Gebiet lagen, zum Theil vom preufsischen Gebiet beinahe vollständig umgeben waren. Deren bisheriger Standpunkt war natürlich vollkommen unhaltbar. Sie mufsten sich gleichsam auf Gnade und Ungnade an Preufsen ergeben und sich dem gröfseren und lebensfähigeren wirthschaftlichen Ganzen anschliefsen. Die kleinstaatlichen Regierungen, klüger als der retorsionslustige Kurfürst von Hessen, schlossen für diese Splitter Accessionsverträge mit Preufsen. Der erste derselben war der von Schwarzburg-Sondershausen für die sogenannte «Unterherrschaft». Er datirt vom 25. Oktober 1819; er ging dahin, dafs Schwarzburg-Sondershausen zwar weiter nichts einzusprechen habe, aber sein Geld bekommen solle aus den Zollvereinsrevenüen nach Mafsgabe der Seelenzahl der Parzellen im Verhältnifs zu Preufsen, und dafs diese Seelenzahl alle drei Jahre festgestellt werden solle. In derselben Weise folgten für solche kleinen Parzellen, für diese territorialen Splitter Schwarzburg-Rudolstadt, später Sachsen-Weimar, Anhalt-Bernburg, Dessau und Köthen, Mecklenburg-Schwerin u. s. w. Diese Regierungen traten also für diese Landessplitter, für diese Enklaven, die vom preufsischen Zollverein eingeschlossen waren, zu Preufsen hinzu, indem sie sich dem preufsischen System anschlossen. Dasselbe Verhältnifs haben wir jetzt nur noch in Luxemburg und dann in einem Tiroler Dorfe, welches Jungholz heifst und erst kürzlich zur Sprache gekommen ist bei einer Gelegenheit, wo man entdecken wollte, dafs der verstorbene Zollverein noch heute am Leben ist. Glücklicherweise haben wir die Errungenschaften, den Inhalt, des Zollvereins gerettet, wir haben sie aber in eine neue, höhere Form gebracht, nämlich in die einheitliche Form des Deutschen Reichs, während sie früher nur in einer Zollkonferenz und in einem kündbaren Vertrag, der auf 12 Jahre abgeschlossen wurde, sich darstellten. Heute zu behaupten, dafs wir noch ein Zollverein wären, ist ungefähr das nämliche, als ob man von einem bejahrten Mann behaupten wollte: da er ehemals ein Kind gewesen wäre, so befinde sich

doch gleichsam auch heute, wenngleich in latenter Form, noch das Kind in ihm, und man müsse ihn deshalb kindlich oder gar kindisch behandeln.

Ich will nicht ausführlich reden von der Befreiung der Flüsse, der Weser, der Elbe und des Rheins, die nunmehr Preufsen vornahm, so dafs auch Holland die Schiffe der Rheinuferstaaten vermöge der Konvention vom 31. März 1831 frei bis in das Meer und nicht blos bis an das Meer lassen mufste.

Ich komme nunmehr zu dem ersten Akt des Anfangs und der vertragsweisen Konstituirung des wirklichen Zollvereins. Jenes war die Enklavenpolitik, nun kommt aber die Politik des Beitritts der Staaten, und zwar trat zuerst Hessen-Darmstadt bei, gedrängt von seiner Provinz Rhein-Hessen, die einige Industrie hatte und Wein produzirte, wofür man in Preufsen einen Markt zu finden hoffte. Die intelligente Stadt Mainz war es namentlich, die auf den Anschlufs drängte.

Nach langen Verhandlungen, die anfangs (5) mit beiderseitiger Zurückhaltung geführt wurden, kam es endlich am 14. Febr. 1828 zur Unterzeichnung eines Beitrittsvertrages, der denn auch schon mit dem 1. Juli desselben Jahres in Vollzug trat. Und während man sich bisher so gefürchtet hatte vor dem «preufsischen Absolutismus», vor der preufsischen Fiskalität, — namentlich die hessischen Stände deklamirten sehr lebhaft gegen diesen sogenannten «preufsischen Absolutismus», welcher in Wirklichkeit der gröfste Fortschritt war in der Wirthschaftspflege und der Handelspolitik Deutschlands während der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts — dauerte es nur ganz kurze Zeit, bis alle Welt einsah, dafs das Abkommen zunächst für beide Theile und in seinen Nachwirkungen und Konsequenzen für ganz Deutschland sehr gut war. Auch in Preufsen hatte die konservative Partei immer gegen die Zollvereinspolitik agitirt; sie hatte stets gesagt: «Preufsen bringt dadurch grofse finanzielle Opfer und es hat nichts dafür.» Die hessischen Stände dagegen sagten: «Durch diesen Anschlufs überliefern wir uns gebunden auf Gnade und Ungnade dem preufsischen Absolutismus, der preufsischen Fiskalität; die Zollvereins-Revenüen tragen am Ende unserm Grofsherzog so viel Geld ein, dafs er gar keine Steuern mehr braucht und dann kommen wir um unser landständisches Recht der

Steuerbewilligung, dann verfallen wir freien Hessen-Darmstädter in dieselbe Knechtschaft, wie die bedauernswürdigen Preufsen!»

Es kam Alles anders; zwar bekam Hessen-Darmstadt eine Million Gulden mehr als früher aus seinen Zöllen, aber der Wein aus Rheinhessen stieg auf den doppelten Preis, er wurde der Lieblingswein im preufsischen Gebiet und gewann einen Vorsprung, den er noch hat, namentlich auch vor den vortrefflichen Weinen des Rheingaues, denn die nassauische Regierung hat ihren Anschluſs aus Souveränetäts-Dünkel und Preufsen-Haſs noch eine gute Weile verzögert und sogar mit Frankreich ein gegen Preufsen *(contre la fiscalité prussienne)* gerichtetes Abkommen getroffen (6). Die hessischen Industrieprodukte eroberten sich den preufsischen Markt, aber Steuern waren vor wie nach nothwendig. Damit ist es geblieben von damals bis heute ganz unverändert, und die hessischen Stände erfreuen sich noch heute des Vergnügens, recht ansehnliche Steuern bewilligen zu können.

Dies war der erste Schritt zum Deutschen Zollverein, und da dieser Anschluſs dem ersten Staat, der sich dazu entschloſs, so gut bekommen war, so kamen nach und nach auch die anderen. Ich will das nicht weiter im Einzelnen erzählen, ich will nur sagen, der Zollverein war das stärkste Band der deutschen Einheit. Feinde im Innern und Feinde von Auſsen haben sich wiederholt die gröſste Mühe gegeben, dies Band zu zerreiſsen. Ebenso hat man sich bei verschiedenen Gelegenheiten bemüht, die österreichisch-ungarische Monarchie in den Zollverein hineinzuziehen, wodurch der Dualismus, der leider die deutsche Politik damals beherrschte, auch in das wirthschaftliche Leben gekommen wäre. Alle diese Anfechtungen, alle die zahlreichen Krisen, alle Stürme hat der Zollverein überdauert, und sogar aus dem Kriege von 1866, der ja auch zwischen Nord-Deutschland und Süd-Deutschland geführt wurde, ist der Zollverein ganz unversehrt hervorgegangen, während die morschen Wände des lebensunfähigen alten Bundestags bei dem ersten Schmettern der Kriegs-Trompete zusammenstürzten, um sich nie wieder zu erheben. Und wem haben wir diese glorreiche Entwickelung zu verdanken? Dem König Friedrich Wilhelm III. von Preufsen und seinen aufgeklärten, freihändlerischen Staatsmännern. Vielleicht — seien wir gerecht — auch ein klein wenig dem Fürsten Metternich, denn dieser überkluge Herr hatte es 1815 zu bewirken verstanden, daſs

Preufsen so seltsam zugeschnitten wurde, dafs der östliche Theil, der gröfsere, mit dem westlichen Theil, dem kleineren, kaum irgend einen territorialen Zusammenhang hatte, dafs das Land die reine Wespen-Taille erhielt und also darauf aus sein mufste, sich zu konsolidiren und eine Brücke zu schlagen zwischen den beiden getrennten Theilen. Dadurch wurde Preufsen genöthigt, die Anschlufs-Politik zu ergreifen, die es mit so grofsem Erfolge betrieben hat, indem es sich dazu vor Allem des Zollvereins bediente. Dieser Zollverein war der grofse Gedanke der nationalen Einheit und der wirthschaftlichen Freiheit. Um seinen zahlreichen Feinden zu entgehen, mufste der grofse Gedanke sich in diese bescheidene und unscheinbare Knechtsgestalt kleiden. So ist er ihnen entgangen und hat vermittelst dieser «List der Idee» seine Mission vollendet, indem er uns zum Norddeutschen Bund und zum Deutschen Reich hinüber führte, welche ohne diesen Vorläufer niemals zu Stande gekommen wären.

Nun noch einige Worte über die hervorragenden Männer, welchen wir die Vorbereitung, die Durchführung und die Erhaltung des Vereins verdanken. Es giebt auch zwei Männer aus dem Süden, die sich den Namen des «Urhebers des Zollvereins» vindizirten, oder von ihren Anhängern als die Väter desselben proklamirt wurden, das ist der Schwabe Friedrich List und der badische Staatsmann Carl Friedrich Nebenius. Friedrich List (7), der nachher durch die schutzzöllnerische Agitation sich hervorthat und — das läfst sich nicht bestreiten — ein Mann von grofser Energie und entschiedenem Charakter, zugleich auch nicht ohne Einsicht (aber ohne die erforderliche staatsmännische Tiefe und Geschäfts-Kenntnifs) war, kann durchaus keinen Anspruch darauf machen, der Stifter des Zollvereins genannt zu werden. Er wufste allerdings den Klagen des Handels- und Gewerbestandes über die bestehenden Mifsstände der handelspolitischen Zersplitterung und Zerstückelung auf den Versammlungen der Kaufleute und Fabrikanten und in der Presse lauten und energischen Ausdruck zu geben; aber wie zu helfen war, das wufste er durchaus nicht. Der witzige Abbé de Pradt meinte damals, die Deutschen seien in die einzelnen Staaten eingesperrt wie Menagerie-Thiere in den Käfigen, sie könnten einander brüllen hören, aber nicht zu einander gelangen, dem ständen die Gitter im Wege. Nun, Friedrich List verstand es vortrefflich zu brüllen,

aber nicht die Gitter aus dem Wege zu räumen. Dazu gehörte das Genie und die Geschäfts-Kenntnifs eines Staatsmannes.

Ich habe mir die Mühe genommen, das Organ des deutschen Handelsvereins, welches List damals herausgab, nachzusehen und habe darin, neben sehr berechtigten und beredten Klagen, von positiven Vorschlägen über die Mittel und Wege, wie die vorhandenen Mifsstände abzustellen seien, von ihm nur Folgendes gefunden: Erstens, «einen Kongrefs von Kaufleuten und Fabrikanten zu berufen, um einen gründlichen Plan für ein Bundes-Douanensystem zu entwerfen». In der That, das ist nichts als die alte bekannte Geschichte, wenn ich selber nicht weifs, was zu machen ist, dann schlage ich vor, eine Versammlung zu berufen, die auch nicht weifs, was zu machen ist, also ungefähr das, was man heutzutage «Enquête» nennt. Nicht mit Unrecht schrieb damals schon der gelehrte und besonnene Professor der Volkswirthschaft, Rau in Heidelberg: «Ein Plan für ein gemeinsames Zoll-System für ganz Deutschland zu entwerfen, dazu bedarf es doch auch höherer staatswirthschaftlicher Kenntnisse, und man darf nicht durch eigenes Interesse allzusehr einseitig befangen sein.»

Das also steht im Vereinsblatt vom 1. August 1819; in dem Vereinsblatt vom 15. Februar 1820 dagegen macht Friedrich List den Vorschlag, «dafs die Zolleinkünfte entweder von dem ganzen Bunde (also Oesterreich mitinbegriffen), oder von den Einzelstaaten an eine Aktiengesellschaft verpachtet werden sollen, die sich dann verbindlich machen würde, den bisherigen Zollbetrag als Pachtzins zu entrichten». Damit aber wäre man natürlich in keiner Weise über all die Schwierigkeiten, die Schranken im Innern zu beseitigen, hinausgekommen. Es war ein völlig unpraktischer Vorschlag, der nicht einmal den Reiz der Neuheit hatte; er erinnert an das französische System der Generalpächter. Gegenwärtig ist etwas der Art wohl nirgends mehr in Uebung, als in der Türkei, wo die Zehnten verpachtet werden und wo der Pächter von den Grundeigenthümern die Hälfte der Ernte erhebt, aber höchstens ein Zwanzigstel davon dem Staate zuführt, das übrige geht unterwegs verloren. Ein System, das gleich schlecht ist für die Steuerpflichtigen wie für den Fiskus.

Das sind also die Vorschläge von Friedrich List; aber seine Anhänger haben ihn bis auf den heutigen Tag als den

Urheber und Förderer des Zollvereins gepriesen, «er sei es, der das Ei des Kolumbus zum Stehen gebracht habe». Dagegen bemerkt der badische Minister Nebenius (8) nicht ganz mit Unrecht: «Nicht der, welcher unter den vielen Tausenden, die die Verwirklichung eines guten Gedankens hegen und verlangen, seine Stimme am lautesten erhebt, sondern wer bei entstandenem Zweifel über die Möglichkeit seiner Verwirklichung, die Art und Weise, wie die entgegenstehenden Schwierigkeiten zu besiegen und die Ausführung zu sichern sei, auf befriedigende Weise ersinnt und entwickelt, nur der bringt das Ei des Kolumbus zum Stehen.» List hat in der That nichts gethan als ewig wiederholt: «Es mufs anders werden». Wenn man aber weiter nichts sagen kann als das, so ist man immer in Gefahr, grofse Mifsgriffe zu begehen, oder wenigstens einen gewagten Sprung in das Dunkel zu riskiren.

Nebenius hat allerdings schon im Jahre 1818 eine Denkschrift geschrieben und dieselbe im Jahre 1819 publizirt, worin er zu folgenden sehr anerkennenswerthen Resultaten gelangt: erstens, dafs der Bund, d. h. der Bundestag, nicht helfen kann; zweitens, dafs ein Verein der deutschen Staaten nothwendig ist und dafs drittens derselbe nicht anders errichtet werden kann als dadurch, dafs man nach genauem Studium der verschiedenen Abgabensysteme der Einzelstaaten, die Grenzzölle und die entsprechenden Verbrauchsabgaben im Innern einheitlich konstruirt, um dadurch die Grundlage für ein gemeinsames Tarifsystem zu gewinnen. Dann verlangt er viertens gemeinschaftliche Verwaltung durch eine gemeinsame oberste Zentralbehörde. Diese an und für sich vollkommen berechtigte Forderung, die Nebenius schon 1818 aufstellte, ist erst im Jahre 1868 in Kraft getreten; früher machten das die Zollkonferenzen, freilich mangelhaft genug. Nebenius verlangt 1818 weiter fünftens: Gleichheit von Münze, Mafs und Gewicht, einheitliche Patentgesetzgebung und ein einheitliches Handelsgesetzbuch für ganz Deutschland — das Alles also schon im Jahre 1818. Das ist in der That eine bewundernswerthe Voraussicht der Ziele, die erst so viel später erreicht werden sollten. Aber gemacht hat denn doch auch Nebenius den Zollverein durchaus nicht. Er wufste noch nicht einmal Baden zum rechtzeitigen Beitritt zu bewegen; Baden kam erst als Nachzügler im Jahre 1836, also nach den meisten übrigen

Staaten. Nebenius schrieb 1835 das verdienstvolle Buch: «Der deutsche Zollverein, sein System und seine Zukunft». Er empfiehlt darin allmähliche Annäherung an das Freihandels-System, aber immer noch plaidirte er auch in diesem Buche für eine Vereinigung des Zollvereins mit Oesterreich und Ungarn, aus welcher Fusion, abgesehen von allen technischen und finanziellen Schwierigkeiten, entweder die Konfusion und der Dualismus entsteht oder wieder so eine Art von Kontinentalsperre in der Art, dafs sich Deutschland und Oesterreich-Ungarn gemeinschaftlich vom ganzen übrigen Europa absperren. Diese süddeutsche Velleität pflegt von Zeit zu Zeit immer wieder von Neuem aufzutauchen. So am Anfang der fünfziger und dann wieder am Anfang der sechziger Jahre, wo sie den Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten Gelegenheit zu einem seltsamen und selbstmörderischen Intriguen-Spiele bot und den Bestand oder wenigstens die Fortentwicklung des Zollvereins mit ernstlichen Gefahren bedrohte.

Die wahren Stifter des Zollvereins sind zunächst die Männer des preufsischen Zollgesetzes von 1818, dieses Zollgesetzes, das hauptsächlich von Maafsen und Kunth entworfen und durchgesetzt und später im Zollverein ausgebildet worden ist unter Motz, Kühne, Delbrück u. s. w. Kunth war der Vorbereitende, Motz der Anregende, Maafsen der Gestaltende und Kühne der Erhaltende. Soweit es die Zeit erlaubt, will ich von jedem dieser hochverdienten Männer noch ein kurzes Charakterbild geben.

Gottlob Kunth (9) war geboren am 12. Juni 1757 in Baruth als Sohn eines Predigers; er gewann dort im Verkehr mit der gräflichen Familie Solms-Baruth jenen gesellschaftlichen Schliff und jene vornehme und elegante Lebensform, die ihm später so sehr zu Statten kommen sollten. Als er in Leipzig studirte, versiechten ihm plötzlich seine Mittel, und so mufste er schon in dem jugendlichen Alter von zwanzig Jahren Hofmeister in einem adligen Hause werden. Er wurde es bei einem Major und Kammerherrn v. Humboldt. Dieser Name war damals noch nicht so berühmt, wie er es jetzt ist. Zu dieser Berühmtheit hat auch Kunth das Seinige beigetragen. Denn die Söhne des Majors wurden die Zöglinge Kunth's. Es sind Wilhelm und Alexander v. Humboldt, deren Ruhm gleich einem strahlenden Gürtel sich um die ganze Erde schlingt. Kunth hat bei diesen beiden grofsen Männern, deren Mentor er noch eine geraume Zeit über ihre

Jugend hinaus blieb, eine hohe Anerkennung und Verehrung gefunden; er verwaltete das Humboldt'sche Vermögen, und beide Männer haben ihm diese Verwaltung des elterlichen Vermögens auch nach erreichter Grofsjährigkeit überlassen, Wilhelm v. Humboldt so lange, bis er aus dem Staatsdienst ausschied, und Alexander v. Humboldt bis zu Kunth's Tode. 1789 wurde Kunth Assessor beim «Manufaktur- und Kommerzkollegium», und zwar, wie es heifst: «weil er kein Examen gemacht hatte», während er mehr gelernt und gewufst hat als die meisten Menschen, die Examina zu machen pflegen. Sein Chef war Herr von Struensee, ein Anhänger der alten Handelspolitik aus der Zeit vor 1806, der, obgleich ihm Kunth sehr oft opponirte und das Protectiv-, Prohibitiv- und Bevormundungs-System fortwährend bekämpfte, ihn doch förmlich als seinen Liebling behandelte, denn damals war es noch nicht Mode, dafs man selbst die Ansichten auf Kommando mit dem Chef wechseln mufste, und es wurde ein Mann, der etwas gelernt hatte, auch dann respectirt, wenn er den Muth seiner eigenen Meinung hatte. Kunth hat die gröfsten Verdienste um das technische Unterrichtswesen in Preufsen. Zu gleicher Zeit war er auch unermüdlich im Kampf gegen die romantisch-particuläre Reaktion der zwanziger Jahre und für die wirthschaftliche Freiheit, trotz vielfach getäuschter Hoffnungen und trotz hypochondrischer Dispositionen, an welchen er litt. Er und Maafsen haben das Zollgesetz von 1818 durchgesetzt. Er starb am 22. November 1829 und ist im Humboldt'schen Park zu Tegel begraben. Er selbst hatte für sein Grab die Inschrift gewählt: «*Arbusta loquuntur*» — die Bäume sprechen. Die Humboldts haben das etwas umgedichtet; die Inschrift des Grabmals lautet jetzt: «*Grata quiescentem cultorem arbusta loquuntur*», d. h. die von ihm gepflanzten und gepflegten Bäume verkünden dankbar den Ruhm des hier ruhenden Pflegers. Dabei denkt man zunächst an die Bäume des Parks, die Kunth wirklich selber gepflanzt und gepflegt hat; dann aber auch an seine Zöglinge Wilhelm und Alexander v. Humboldt; weiter an das Alles, was er für die Handels- und die Gewerbefreiheit, für Pflege der öffentlichen Wohlfahrt, für das Schulwesen Preufsens u. s. w. gethan hat, und endlich — *last not least* — an die enormen Verdienste, die er sich durch Ein- und Durchführung des Zollsystems von 1818 in Gemeinschaft mit Maafsen

erworben. Nie hat es eine treffendere Grabschrift gegeben! Nie eine mehr mit Ehren und Arbeit verdiente!

Nun kommen wir an Herrn v. Motz (10), der in der entscheidenden Zeit preufsischer Finanzminister gewesen. Friedrich Christian Adolf v. Motz stammte aus einem alten Adelsgeschlecht, im Hanau'schen begütert, dessen Söhne früher als Offiziere, u. A. auch unter Pappenheim und Piccolomini, gedient und Städte berannt und zerstört und das Land verheert haben, — was dann dieser ihr Enkel in der löblichsten Weise wieder gut gemacht hat, indem er die Künste des Friedens, die Wohlfahrt, die Freiheit und den Frieden von Stadt und Land pflegte. Motz hat mit Vincke (dem späteren Oberpräsidenten von Westfalen, diesem Mann im Kittel, der so aufserordentlich einsichtig und populär war) studirt und ist durch ihn bewogen worden, aus kurhessischen in preufsische Dienste zu gehen, allerdings kurz ehe der preufsische Staat zusammenbrach. Anfangs war er also in hessischen Diensten, dann ist er in preufsischen, französischen und wieder in preufsischen Diensten gewesen, oder vielmehr ich darf nicht sagen, in französischen, sondern in den Diensten des westfälischen Königs Jérôme, des bekannten Kasseler Karneval-Königs «Morgen wieder lustig». So hat Motz eine vielseitige Weltanschauung und Geschäfts-Kenntnifs und zu gleicher Zeit die Charakterstärke gewonnen, die ihn auszeichnet. Kunth nennt ihn «einen Heros», empfänglich für jeden Reformgedanken, auch wenn er selbst nicht der Urheber war, der Mann der grofsen Impulse und der beispiellosen Thatkraft!» Ob das ihm angeboren war oder erworben oder ererbt von seinen kriegerischen Vorfahren, oder gepflegt in der aufreibenden und stürmischen Zeit der Umwälzung von 1806 bis 1816, mag dahin gestellt bleiben. Jedenfalls hat er sich zunächst um die Verwaltung der Finanzen in Preufsen die gröfsten Verdienste erworben, indem er eine einheitliche Centralkasse errichtete, eine Menge unnützer Kontrolen entfernte und die Zersplitterung und Komplikation im Interesse einer klaren Evidenterhaltung der Uebersicht beseitigte. Er hatte in den westfälischen Diensten den einfachen französischen Mechanismus der Behörden kennen gelernt und bekämpfte in Folge dessen jene Komplikationen der alten Büreaukratie, welche zu Zögerungen und Geschäftsstockungen führen. Er war der Mann des grofsen Blickes in eine ferne Zukunft. Vom Detail, von manchen Einzelnheiten

verstand er wenig, und er gestand selbst zu, dafs er ohne Maafsen und Kunth nichts machen könne, — ein Zugeständnifs, das bei Ministern damals schon selten war und es heutzutage noch mehr ist. Ich erwähne schon hier Kühne, der sich selbst rühmt, der Schüler von Motz zu sein und unter ihm gearbeitet zu haben für Beseitigung der Monopole, der Schutzzölle, des alten Accisesystems u. s. w., von dem übrigens damals die konservativen Herren behaupteten, seine Abschaffung würde «eine Verletzung der biblischen Gebote involviren». Kühne (auf den ich zum Schlusse noch zurückkommen werde) war ein eifriger Anhänger und Vollstrecker der Ideen von Motz. Motz schickte ihn zunächst nach Kassel; da hatte er nun freilich kein Glück. Er wollte den Kurfürsten zum Beitritt zum Zollverein bewegen, allein der Kurfürst, der damals mit der Gräfin Reichenbach hauste, während seine legitime Gemahlin und sein Sohn sich nach Bonn geflüchtet, also in Preufsen ein Asyl gefunden hatten, hörte zwar den preufsischen Abgesandten Kühne ruhig an, dann aber sagte er ihm: «Was Zollverein hin, was Zollverein her; ich will von dem Plan zur Zeit noch nichts wissen; erst mufs die Kurfürstin und mein Sohn wiederkommen und sich auf Gnade und Ungnade unterwerfen, dann will ich mit Euch vom Zollverein sprechen». Eine eigenthümliche Art höchstpersönlicher Regierung! Dagegen hat vorzüglich Kühne den Vertrag mit Darmstadt zu Stande gebracht; und man erzählt sich noch, dafs er die Schwierigkeiten durch freundliches Parliren mit dem Darmstädter Abgesandten, der übrigens ein sehr vernünftiger Mann war, beseitigt hat in dem «Türkischen Zelt» zu Charlottenburg, wo sie ihren Kaffee mit einander tranken, so dafs also das Türkische Zelt gleichsam als die Wiege des Zollvereins einen historischen Charakter in Anspruch nehmen dürfte. Kühne sagt von Motz:

— «Motz war ein Talent, das sich erst in einem grofsartigen Wirkungs-Kreise entfalten konnte und erst da seine ganze Kraft zeigte. Es wächst der Mensch mit seinen höheren Zwecken. Motz mag kaum mehr als ein gewöhnlicher Landrath, — kaum mehr als ein mittelmäfsiger Regierungspräsident gewesen sein, — eben weil der ihm innewohnende Thätigkeitstrieb zu grofs und zu mächtig war für den beschränkten Raum, innerhalb dessen er sich zu bewegen hatte. Aber in dem Mafse, in welchem sich dieser Raum erweiterte, konnte und mufste sich auch seine Thätig-

keit immer nützlicher, erspriefslicher, folgerichtiger und grofsartiger entfalten. Motz war erst wahrhaft grofs als Minister.»

Wir kommen nun zu Karl Georg Maafsen (11). Maafsen hat das gemein mit Motz, dafs er in verschiedener Herren und Länder Diensten herumgeworfen wurde; indefs hatte sein Vater keine Ahnen, sondern nur sehr viele Kinder, ich glaube 14 oder 15, und wenig Geld. Der Vater war Gerichtsschreiber in Cleve. Der Sohn, geboren am 23. August 1769, wuchs auf bei einem Landgeistlichen, studirte an der zwischenzeitig von der Bildfläche verschwundenen kleinen Universität Duisburg, war frühzeitig verwaist und war anfänglich eine Mischung von Jurist und Alterthümler. Damals bestand noch der niederrheinisch-westfälische Reichskreis, bei dessen Ausschufs die Kreisvorsteher wechselten; einmal war es ein geistlicher Herr, der Bischof von Münster, dann ein weltlicher, und zwar abwechselnd Preufsen für Cleve und Kurpfalz für Jülich. Plötzlich kam die französische Revolution, um diesem verrotteten Stillleben ein Ende mit Schrecken zu machen; die Regierung von Cleve (bei der Maafsen arbeitete) mufste flüchten, erst bis Wesel und dann nach Hamm und endlich nach Emmerich; 1802 besetzte Preufsen diese geistlich-weltlichen und reichsständischen Territorien und errichtete eine Regierung in Münster. Maafsen wurde in Hamm und später in Münster angestellt, dann nach dem Frieden von Tilsit, in welchem Preufsen die Hälfte seines Gebietes verlor, entlassen; und nun diente er auch unter französischem Régime, d. h. im Grofsherzogthum Berg unter dem von Murat, damals genannt Grofsherzog Joachim, ernannten Minister Reichsgrafen Nesselrode. Aber während der reiche deutsche Reichsgraf an der französischen Wirthschaft keinen Anstofs nahm, konnte sie dem armen verwaisten Gerichtstschreiber-Sohn nicht konveniren; Maafsen stellte sich bald wieder Preufsen zur Verfügung und wurde nun, am 24. Mai 1809, angestellt unter Vincke, dem späteren westfälischen Oberpräsidenten, damals Regierungspräsidenten in Potsdam. Maafsen ist der Mann der Klärung, der Organisation, der Gestaltung, der Ausführung; er hatte seinen Scharfsinn geübt in den schwierigsten und verwickeltsten Verhältnissen der Kleinstaaterei, in dem Durcheinander der territorialen Zersplitterung, in welches dann obendrein noch die Fremdherrschaft verwirrend und störend hinein griff. Im Jahre 1816 kam er in die «Generalverwaltung für Handel und Gewerbe»,

und das ist die Stelle, von wo aus er das neue Zoll- und Abgabensystem ausgedacht und in Verbindung mit Kunth unter den härtesten Kämpfen durchgesetzt hat. Beiläufig bemerkt, was den Antheil Kunth's an dieser Reform anlangt, so findet man darüber eine vortreffliche Darstellung in dem «Leben des Staatsrathes Kunth», von seinen beiden Enkeln Friedrich und Paul Goldschmidt, das vor Kurzem in Berlin erschienen ist. Maafsen war der vielgewandte und schmiegsame, der geduldige und elastische und doch so zähe, ausdauernde Mann der Unterhandlung. Er gewann mit einer unsäglichen Arbeit und Geduld die Zustimmung der preufsischen Staatsmänner, die von Hause aus anderer Meinung waren, und er vermochte das Zollgesetz erst im Jahre 1819 in's Leben treten zu lassen. Er und Kühne schlossen, wie gesagt, die meisten Verträge über den Beitritt zum Zollverein. Kühne schreibt von ihm:

— «Maafsen war ein in jeder Beziehung ausgezeichneter Mann, — ein Riese an Geist, ein Kind an Gemüth. Von Allem, was ich geleistet, verdanke ich ihm das Meiste. Guten Willen und Fähigkeiten brachte ich schon mit. Aber die tüchtige Ausbildung der letzteren für eine tüchtige beharrliche und folgerechte Leitung der Geschäfte, danke ich seinem Unterrichte.»

Klar wie er von Natur war, erwies Maafsen sich unermüdlich und siegreich thätig im Klären der verwickeltsten und verworrensten Dinge. Er führte Preufsen und den Zollverein einen ähnlichen Weg, wie er ihn selber individuell zurückgelegt und durchgemacht hatte, den Weg aus der Territorialzersplitterung, der Unordnung, dem Durcheinander und der Verwirrung zur Einheit, Ordnung, Freiheit, Sicherheit und Klarheit, und das alles gelang ihm durch die Ruhe, Mäfsigung, Vorsicht, Zuverlässigkeit, Geduld und Ausdauer, die ihm das Vertrauen seines Königs und der obersten Beamten in Preufsen gewannen, nicht minder aber auch das Vertrauen aller derjenigen Regierungen und Bevollmächtigten anderer Staaten, mit denen er die Unterhandlungen zu führen hatte. Damals galt die Parole: «Alles mit Maafsen», also mit jener continuirlichen, ununterbrochenen, gemäfsigten, ruhigen Politik, d. i. alles so, wie Maafsen es machte (12).

Wir kommen zum Schlufs wieder zu Kühne zurück, der, wie ich bereits erwähnt, sich mit Stolz einen Schüler von Maafsen nennt. Er, Ludwig Kühne, ist am 15. Februar 1776 in Wanzleben, in

der Provinz Sachsen, geboren. Sein Vater war Amtsrath und Domänenpächter. Auch Kühne war zuerst in preufsischen Diensten, wurde dann gleich Maafsen, nach dem Frieden von Tilsit, aus dem Staatsdienste entlassen, hatte hierauf verschiedene Stellen in dem Jérôme'schen Königreich Westfalen bekleidet; sobald aber das Land wieder deutsch und frei wurde, 1814, stellte er sich Preufsen wieder zur Verfügung. Er wurde im Jahre 1819 Hilfsarbeiter im Finanzministerium. Dann diente er unter Motz, der Minister war von 1825 bis 1830, unter Maafsen, der Minister war von 1830 bis 1834. Er mit Maafsen hat die meisten Anschluſs-Verträge abgeschlossen. Generalsteuerdirektor wurde er im Jahre 1842 und seinen Abschied nahm er in einer vorübergehenden Mifsstimmung 1849. Er hat aber noch gelebt bis zum Jahre 1864, wo er, 78 Jahr alt, starb. Er hat es immer vorgezogen, Generalsteuerdirektor zu bleiben. Er konnte bei verschiedenen Gelegenheiten Finanzminister werden, namentlich soll ihm auch im Jahre 1858 von dem jetzigen Kaiser, dem damaligen Prinzregenten, unter der neuen Aera das Portefeuille der Finanzen angeboten worden sein. Er hat es abgelehnt, er ist immer derselbe bescheidene, selbstlose, erfolgreich im Stillen wirkende Beamte geblieben. Unter den zahllosen Finanzministern, unter denen er gedient hat, hat er niemals seine Richtung geändert, und als er aus dem Staatsdienst ausgetreten war, da hat er in der ersten Kammer und im Abgeordnetenhause dieselbe Zoll- und Handelspolitik, deren Urheber und Mitbegründer er war, fortgesetzt, hat in manchen wichtigen Dingen als Berichterstatter in den handelspolitischen Fragen fungirt, sekundirt von Rudolf Delbrück als Regierungskommissar und von Otto Michaelis als Mitglied des Abgeordnetenhauses. Er war ein Mann von seltener persönlicher Liebenswürdigkeit. Viele von uns, auch ich haben ihn noch gekannt. Kühne hatte, trotz seiner Liebenswürdigkeit einen treffenden und manchmal sogar herben Humor. Ohne Rückhalt überschüttete er die Verkehrtheiten, die Utopien, die Projekten- und Plusmacherei mit der Lauge seines Spottes. Herr von Jordan hat uns eine Sammlung denkwürdiger Aeufserungen von Kühne überliefert, von denen ich Ihnen nur einige mittheilen will. Er sagte z. B.: «Alte Steuern sind keine Steuern; nur neue Steuern drücken.» — «Wenn man nicht dringende Veranlassung hat, mufs man die Steuergesetze nicht verändern, denn ein mittelmäfsiges altes Gesetz ist besser, als ein gutes neues.» —

«Bei den indirekten Steuern liegt der Mifsbrauch stets dicht neben dem Gebrauch.» — «Der radikalste Fehler einer Steuer oder eines Zolles ist: Wenn sie nichts einbringen.» — (Wir haben im Tarif von 1879 jetzt viele solche.) — «Das Liegenlassen der Sachen, die «Reste», sind ein Hausmittel, es mufs aber mit Auswahl angewandt werden.» — Auf die Angabe eines Handlungshauses: Wegen momentanen Ablebens des Prinzipals könne man nicht antworten, erwiderte er: «Das scheint doch wohl eine dauernde Mafsregel gewesen zu sein.» — Er ist auch der Urheber des berühmten Spruches: «Dummheit ist eine Gabe Gottes, aber sie zu mifsbrauchen ist schändlich.» — Er sagt weiter: «Dummheit paart sich stets mit Impertinenz, letztere giebt der Dummheit erst das nöthige Colorit.» — Ferner meinte er: «Es ist der Fehler Vieler, dafs sie laut denken-schreiben», — das heifst, dafs sie mit dem Schreiben anfangen, bevor sie mit dem Denken fertig sind, und so nicht nur die Resultate ihres Nachdenkes, sondern auch den ganzen, oft nicht klaren und gesichteten Weg, auf welchen sie zu diesen Ergebnissen gelangt sind, vollständig mittheilen. — «Es versteht sich von selbst», ist eine schlechte Redensart, denn sehr häufig versteht sich solches am allerwenigsten von selbst.» — «Die Vernunft geht über das Reglement,» — und endlich — das ist heute bei den vielfachen politischen und handelspolitischen Wandlungen sehr beachtenswerth: «Es ist nichts inkonsequenter, als mit Konsequenz inkonsequent sein zu wollen».

Ich könnte Ihnen und müfste Ihnen noch alles erzählen, wie Kühne zu verschiedenen Zeiten den von der Reaction auf das Ernsteste bedrohten Zollverein siegreich vertheidigt hat. Die preufsische Reaktion hat nämlich unter dem Vorgeben, der Zollverein trage finanziell nicht genug ein, wiederholt bei dem König Versuche gemacht durchzusetzen, dafs der Zollverein gekündigt werde, oder wie man damals mit einem übel angewandten Euphemismus sagte: «Preufsen mufs sich auf sich selbst zurückziehen.» Hätte es das gethan, so wäre natürlich später auch vom norddeutschen Bund und deutschem Reich gar keine Rede gewesen. Ein solches Zurückweichen hinter die glorreich errungenen Positionen hat Kühne stets auf das Aeufserste bekämpft. Er ist darüber zuweilen mifsliebig geworden, man hat ihn schlecht behandelt, zurückgesetzt oder «kalt gestellt», endlich aber hat er bei dem König Friedrich Wilhelm III., der insbesondere in wirth-

schaftlichen Dingen ein ebenso einsichtiger, als für die ferne Zukunft rechnender Herr war, als wieder einmal der Ansturm der Reaktion sehr grofs und nahe an einem Erfolg war, eine Kabinetsordre erwirkt, worin es ungefähr heifst: «Davon, dafs der Zollverein gekündigt werde, kann und soll überhaupt keine Rede mehr sein.» Er hat im Jahre 1834, 1840 und 1846 eine Reihe von Denkschriften zur Vertheidigung der Institution und der freihändlerischen Grundsätze des Zollvereins geschrieben, welche Schriften heute noch gelesen zu werden verdienen, denn sie bezeichnen die Marksteine der Entwickelung und enthalten die klarste Darlegung der Grundprinzipien, auf welchen das Zollgesetz von 1818 und der Zollverein aufgebaut sind, im Gegensatz zu dem übereilten, unüberlegten und mifslungenen Werke von 1879 (13).

Wenn man sich an diese grofsen und verdienstvollen Männer, die leider das deutsche Volk immer noch zu wenig kennt, erinnert, wenn man ihre stille und doch so wirkungsvolle, ihre bescheidene und doch so andauernde und beharrliche Thätigkeit und die grofsartigen, dauernden, weltgeschichtlichen Wirkungen derselben überblickt, so erinnert man sich unwillkürlich der Worte Schiller's:

«Die grofsen, schnellen Thaten der Gewalt,
Des Augenblickes staunenswerthe Wunder,
Sie sind es nicht, die das Beglückende,
Das ruhig, mächtig Dauernde erzeugen.»

Solche stürmische und gewaltige Ereignisse sind ja auch durch den Gang der Dinge geboten, aber sie haben ihre natürliche Beschränkung, denn man kann nicht jeden Tag eine Schlacht von Königgrätz oder von Sedan schlagen. Es ist daneben auch die ruhige, freie und friedliche Entwickelung der Dinge nothwendig, und darauf vorzugsweise, auf der ruhigen, ununterbrochenen, stetigen, kontinuirlichen Entwickelung beruht die Wohlthat des Staats, der zu seinem Kulturfortschritt im Innern auf gewaltsame Katastrophen, auf Revolutionen von Oben oder von Unten nicht angewiesen ist. Zur Ergänzung der Worte von Schiller möchte ich auf das schöne Gedicht von Uhland hinweisen, worin er den Tod Tell's schildert, der bei der Rettung eines Knaben aus dem reifsenden Wildbach ertrank. Es schliefst mit den Worten:

«Denn schön ist nach dem grofsen,
Das schlichte Heldenthum.»

Das sind die schlichten. Männer, die Männer, von welchen wir uns heute Abend unterhalten, das sind Einige von jenen schlichten und anspruchslosen Helden, die uns unsere wirthschaftliche Gegenwart geschaffen haben, und deshalb wollen wir denn diesen grofsen Männern der friedlichen Regelung, den Stiftern und Erhaltern des Zollvereins ein dankbares Andenken auch heute noch bewahren, ihre bewährten Grundsätze festhalten und, wo wir von denselben abgewichen sind, das unsrige dazu beitragen, um zu denselben zurückzukehren.

Anmerkungen.

1. «Wir Deutschen haben trotz der grofsen Fortschritte, welche unsere Geschichtsforschung innerhalb des letzten Menschenalters gemacht hat, nur zu sehr den Ausbau der Kulturgeschichte vernachlässigt und stehen auf diesem Gebiete den übrigen grofsen europäischen Völkern, namentlich den Engländern, Franzosen und Italienern, entschieden nach. Sei es, dafs unsere Liebe zum Generalisiren, unsere zur Deduction ausgebildete philosophische Anlage uns noch zu sehr gefangen hält; sei es, dafs bei den bisherigen, bescheidenen Anfängen unseres politischen Lebens wir zu wenig öffentliche Charaktere hatten und das individuelle Element in Beurtheilung der allgemeinen Angelegenheiten nicht gehörig würdigten — genug, wir sind verhältnifsmäfsig sehr arm an persönlichen Denkwürdigkeiten, Sammlungen von charakteristischen Zügen aus dem Leben unseres Volkes, kurz an kulturgeschichtlichen Werken, noch ärmer aber an der Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit in ihrer Ausbeutung. Was sich bei uns Kulturgeschichte nennt, ist meistens ein engeres oder weiteres Raisonnement über eine ziemlich beschränkte Anzahl von Notizen, die aus den landläufigen Hand- und Hilfsbüchern zusammengelesen sind und je nach dem Standpunkt des Verfassers mit einer neuen kritischen Sauce begossen werden. Was in sechs Büchern an Thatsachen gestanden hat, das findet sich auch im siebenten; wer die eine Kulturgeschichte gelesen hat, kennt auch den wesent-

lichen Inhalt der anderen, höchstens dafs der Eine diese Thatsache ausgelassen oder jene hinzugefügt hat.

«Die Sache ist an sich nicht wunderbar. Wie lange ist es denn her, dafs sich die Geschichte darauf beschränkte, die Haupt- und Staatsaktionen als ihr eigentliches Feld zu betrachten und selbst die Literatur als eine ihr gehörige Provinz zu behandeln; seit wann wird denn die Volkswirthschaft als Wissenschaft von ihren älteren zünftigen Schwestern anerkannt? Etwa in demselben Geiste und Vorurtheile, mit welchem zu Anfang unseres Jahrhunderts Philosophen à la Schelling über Natur-Philosophie oder Fichte über den Handelsstaat schrieben, ohne auch nur eine Ahnung von den Gesetzen der Natur oder der Nationalökonomie zu haben, so lassen sich jetzt am Ende desselben Jahrhunderts deutsche Gelehrte über Kulturgeschichte vernehmen, ja stellen Schlufsfolgerungen und ganze Systeme auf, ohne mehr als die gewöhnlichsten Thatsachen zu kennen, ohne sich nur die Mühe zu geben, den Kreis des Thatsächlichen zu erweitern. Man nimmt eben was bequem zur Hand liegt. Um die grofsen geschichtlichen Bewegungen zu erkennen, mufs man selbst das Kleinste aufmerksam studiren; aber das würde zu viel Zeit kosten, und deshalb begnügt man sich lieber mit dem vorhandenen geringen Vorrath. Zur Zeit ist in den Tagesblättern vielfach die Rede von der vierbändigen «Kulturgeschichte Deutschlands im achtzehnten Jahrhundert» von Karl Biedermann, einem Werke, welches mit grofser Gelehrsamkeit und solider Kritik 26 Jahre (1854—1880) zu seiner Vollendung gebraucht hat. Von seinen 2228 Seiten behandeln die ersten 428 des ersten Bandes die politischen, materiellen und sozialen Zustände des Volks, während der zweite, dritte und vierte Band zwar die geistigen, sittlichen und geselligen Zustände in den Kreis der Besprechung ziehen wollen, in der That aber fast nur literar-historische Bemerkungen und Ausführungen geben. Die eigentlichen kulturgeschichtlichen Quellen des Verfassers sind äufserst mager, und selbst von den hervorragendsten wurden nicht alle benutzt (von Schlözer z. B. nur der Briefwechsel). So empfehlenswerth und vortrefflich an sich auch die Kommentare des Verfassers über unsere Klassiker sein mögen, sie gehören in die Literatur- und nicht in die Kulturgeschichte. So lernen wir denn auch für den letzteren Zweck sehr wenig Neues aus dem Buche. *Ex uno disce omnes!* Wir haben schon

an hundert Kommentare über «Faust», wenn nicht mehr; aber noch keinen Essay über die Geschichte der Preise in den verschiedenen Jahrhunderten. Goethe's Verhältnifs zu Frau von Stein ist zum Ueberdrufs selbst von unerfahrenen Dutzenden von Literaten und Schulamtskandidaten von oben herab verurtheilt oder in den Himmel erhoben worden, aber noch kennen wir so gut wie nichts über die erste Entstehung und spätere Ausbildung der Schriftsteller-Honorare. Wir binden jährlich Hunderttausende von Büchern, aber wir wissen noch nicht, wann der Pappdeckel zuerst erfunden und gebraucht worden ist. Es könnte also garnichts schaden, wenn wir für's erste die Literaturgeschichte sich selbst überliefsen oder sie wenigstens nicht mit der Kulturgeschichte verquickten. Ich gebe zu, dafs die eine ohne die andere nicht denkbar ist, dafs wir diese verstehen müssen, um jene ganz würdigen zu können. Vom deutschen protestantischen Pfarrhause wissen wir jetzt gerade genug, aber von den übrigen Hindernissen, trotz welcher sich unsere geistigen Titanen zur Unsterblichkeit oder andere Menschen zum behaglichen Dasein empor hungerten, wissen wir noch viel zu wenig. Wollen wir die allmälige Entwicklung deutscher Sitte und Gesittung richtig verstehen, so müssen wir unsere Dörfer, Landschaften, Städte und Provinzen planmäfsig in Angriff nehmen, lokale Aufzeichnungen, Kirchenbücher und Heberollen etc. durchforschen, Provinzial- und Landschaftsverordnungen im Zusammenhange mit ihrer Zeit studiren, kurz, uns auf den Nebenwegen gründlich zu orientiren suchen, um uns auf dem grofsen, geschichtlichen Hauptwege desto sicherer zu bewegen. Denn nur, wenn wir die Einzelbewegung aus einheitlichen Gesichtspunkten mit der Gesammtbewegung verstehen und zusammenstellen können, werden wir die richtige Grundlage für das Verständnifs unseres Volksthums und seiner Entwicklung gewinnen. Es giebt kaum ein Kirchenbuch, kaum eine Hausbibel, kaum ein öffentliches Register, aus welchem sich nicht neues Material gewinnen und neue Belehrung schöpfen liefse. Welche Schätze harren in den wichtigeren deutschen Mittelstädten noch ihrer Erschliefsung! Die reiche Sammlung von Urkunden, Alterthümern und sonstigen Zeugnissen aus vergangenen Jahrhunderten, welche die Fürsten Schwarzenberg während der Wiener Weltausstellung 1873 von ihren verschiedenen Gütern in Wien vereinigten, ist, soviel mir bekannt,

für die Gesammtheit der Nation noch nicht einmal ausführlich besprochen, geschweige denn von unseren Geschichtsforschern gebührend gewürdigt worden. Welche Fülle von Materialien ist hier noch verborgen, wann wird sie für unsere Kulturgeschichte endlich nutzbar gemacht werden?» Friedrich Kapp, «Zur Deutschen Kulturgeschichte» (in der Wiener «Neuen Freien Presse», Nr. 5858 vom 18. Dezember 1880).

Ich erlaube mir die höchst beachtenswerthen Aeufserungen Kapp's durch eine Bemerkung zu ergänzen, welche den praktischen Werth der Kultur- und Wirthschafts-Geschichte hervorzuheben beabsichtigt.

Wenn heut zu Tage die politischen und namentlich die volkswirthschaftlichen Anschauungen so rasch wechseln und so leicht in Verwirrung gerathen, wenn beinahe jeder Aufruf an die Unwissenheit und an die Leidenschaft, an den kurzsichtigen Eigennutz und an den sinnlosen Neid, ein lebhaftes Echo hervorruft, welches nicht ohne Einflufs bleibt auf die öffentliche Meinung und auf die von ihr beherrschte staatliche und wirthschaftliche Entwickelung, auf die moderne Politik und Gesetzgebung, so zeigt gerade diese traurige Erscheinung so recht deutlich «das dringende praktische Bedürfnifs der Verbreitung kulturhistorischer Anschauungen, welche geeignet und berufen sind, fruchtbringend zu werden dadurch, dafs sie auf die Auffassung der Gegenwart energisch zurückwirken». (Vierteljahrschr. für Volkswirthschaft etc., Jahrgang XVIII, Bd. 3, Band LXVII der ganzen Zeitschrift S. 142 u. ff.)

Wenn man die Kultur-Entwicklung eines längeren Zeitraums in ihrem Zusammenhange überblickt, so mufs man sich darüber klar werden, dafs eben so wenig durch einen hartnäckigen Stillstand, wie durch ein ungeduldiges Hin- und Herspringen und rein empirisches Experimentiren, der wirthschaftliche Zustand einer Nation gehoben werden kann, sondern nur durch ein beharrliches, allmäliges, planmäfsiges Vorschreiten, bei welchem ganze Jahrzehnte gleichmäfsig und folgerichtig von demselben Ideen-Gange beherrscht sind.

«Aus einer solchen Kenntnifs der Zustände der Vergangenheit unseres Volkes erwächst die Klärung und Objektivität des Urtheils über die Gegenwart, so dafs wir das für die Kultur-Entwickelung unserer Zeit Förderliche von dem Schädlichen, und

das zu Konservirende von dem zu Reformirenden mit Sicherheit zu unterscheiden, — vom Radikalismus eben so wie vom Quietismus uns gleich fern zu halten wissen». (Vierteljahrschr. für Volkswirthschaft a. a. O. S. 143.) Wenn es mir gestattet ist, in dieser bescheidenen Anmerkung von mir selbst zu sprechen, so bemerke ich, dafs ich bemüht war, in einer Anzahl von Werken kulturgeschichtliche Anschauungen in immer weiteren Kreisen Deutschlands zu verbreiten. Ich rechne dahin: Meine «Bilder aus der deutschen Kleinstaaterei», 5 Bände, dritte Auflage, Hannover 1881, — mein «Aus den Mappen eines deutschen Reichsbürgers», 3 Bände, Hannover 1874, — mein «Skizzenbuch», 2 Bände, Stuttgart 1875, — meine «Mordgeschichten», 2 Bände, Hannover 1875, — meine «Deutsche Landschafts- und Städtebilder», Glogau 1880, — sowie meine neuesten Bücher «Von Berlin nach Leipzig», Leipzig 1881, und «Doktor Sackauer, Neue Bilder aus der Deutschen Kleinstaaterei», Leipzig 1881.

In allen diesen Büchern habe ich mich bestrebt — ob dies Bestreben gelungen, darüber steht mir kein Urtheil zu —, in einer möglichst unterhaltenden Form, in einer allgemein verständlichen Ausdrucksweise und sogar nicht ohne Verschmähung der Ausbeutung der scherzhaften Seite, welche so viele bisher allzu ernsthaft genommene Dinge darbieten, aus der Kulturgeschichte der deutschen Nation, namentlich und vorzugsweise aus der Geschichte der wirthschaftlichen Kultur der letztvergangenen Jahrhunderte, heraus das Verständnifs unserer Gegenwart zu vermitteln, und dadurch beizutragen zur Förderung der Erkenntnifs des kulturfreundlichen und des kulturfeindlichen Charakters der verschiedenen Tages-Strömungen, Agitationen, Stimmungen und Verstimmungen, welche heute Deutschland so lebhaft bewegen, — sowie zum entschlossenen Erfassen des Zieles, welches wir uns im Sinne der Fortsetzung unserer Kultur-Entwickelung für die Gegenwart und für die nächste Zukunft zu setzen haben.

Für dieses Streben wollte ich allen Klassen, welche auf Bildung Anspruch machen, einen Leitfaden reichen, oder — wenn man so lieber will, für dieselben einen unterhaltend plaudernden, aber zuverlässigen Führer auf der Bahn des besonnenen und beständigen Fortschreitens abgeben.

Gegenwärtig, fürchte ich, hat unsere öffentliche Meinung und

die von ihr beeinflufste Gesetzgebung eine verhängnifsvolle Aehnlichkeit mit der Echternacher Springprozession, mit welcher es sich so verhält: In Echternach, einem Landstädtchen im Luxemburgischen, sammeln sich an einem bestimmten Festtag alle Gläubigen der Umgegend, welche ihre Sünden abzubüfsen gedenken. Sie vollziehen ihre Prozession in einer originellen Weise. Nach den Klängen einer eigenthümlichen Musik springen sie immer je drei Schritte vorwärts und dann wieder je zwei zurück u. s. w., bis das Heiligthum glücklich erreicht ist. Einige pflegen, um den Werth ihres guten Werks der Bufse zu erhöhen, sich auch noch Erbsen in die Schuhe zu schütten.

2. Ich setze die Titel dieser Werke des Herrn v. Jordan hierher:

a) «Die Verwaltung der indirekten Steuern in der Provinz Sachsen. Gedenkblatt an den 2. Januar 1875, als der fünfzigjährigen Jubelfeier der Provinzial-Steuer-Direktion in Magdeburg. Von A. L. von Jordan, Geheimer Ober-Finanzrath und Provinzial-Steuer-Direktor der Provinz Sachsen. (Als Manuskript gedruckt). Magdeburg, Dezember 1874, Königliche Hofbuchdruckerei von Carl Friese.»

Der Titel verspricht wenig, desto mehr leistet der Inhalt. Dies ergiebt schon das Inhalts-Verzeichnifs, welches lautet, wie folgt:

«I. Theil:

Historische Einleitung, Darstellung der Entstehung unseres Zoll- und Steuer-Systems und der Provinzial-Steuer-Direktionen, Anfang und Entwickelung des Zollvereins unter den Finanzministern von Klewitz, von Motz und von Maafsen.

Umfang des Zollvereins und dessen letzte Krisis.

Preufsen unter den Finanzministern Graf Alvensleben, v. Bodelschwingh, v. Flottwell, v. Duesberg, Hansemann, v. Bonin, Kühne (als Verweser), v. Rabe, v. Bodelschwingh, v. Patow, v. d. Heydt, Camphausen.

General-Steuer-Direktoren: Maafsen, Kuhlmeier, Kühne, v. Pommer-Esche, Hasselbach.

II. Theil.

Historische Einleitung, Errichtung der Provinzial-Steuer-Direktion in Magdeburg, Lokal- und Personal-Verhältnisse derselben.

Umfang und Art der Verwaltung des Provinzial-Steuer-Direktors in Magdeburg, in Preufsen und im Auslande.

Wandelungen unserer Zoll- und Steuer-Gesetzgebung in den Jahren 1825 bis 1875.

I. Zollgesetz und Zolltarif.
II. Uebergangs-Abgaben.
III. Elbzoll.
IV. Rübenzuckersteuer.
V. Branntweinsteuer.
VI. Braumalzsteuer.
VII. Weinsteuer.
VIII. Tabaksteuer.
IX. Salzsteuer.
X. Mahl- und Schlachtsteuer.
XI. Stempelsteuer.
XII. Einnahme v. d. Chauseen.
XIII. Einnahme v. anderen Communikations-Anstalten.
XIV. Niederlagegeld.
XV. Blei- und Zettelgelder.
XVI. Strafgelder.
XVII. Aufserordentl. Einnahmen.

Die Finanzverwaltung der Provinz Sachsen in den Jahren 1828 bis 1874 im Allgemeinen.

Einfluſs der Verwaltung auf Handel, Schifffahrt und Industrie.

Beigefügt ist im Anhang, Artikel 2: «Beiträge zur Geschichte des Lebens und Wirkens der in den Jahren 1825 bis 1875 in Preufsen angestellt gewesenen Finanzminister und General-Steuer-Direktoren, sowie der in derselben Zeit in der Provinz Sachsen angestellt gewesenen Oberpräsidenten und Provinzial-Steuer-Direktoren.

Die Finanzminister sind:

1. v. Klewitz, 1817—1825.
2. v. Motz, 1825—1830.
3. Maafsen, 1830—1834.
4. Graf v. Alvensleben, 1834—1842.
5. Freiherr Ernst v. Bodelschwingh, 1842—1844.
6. v. Flottwell, 1844—1846.
7. v. Duesberg, 1846—1848.
8. Hansemann, März bis September 1848.
9. v. Bonin, September bis November 1848.
10. Kühne (interimistischer Stellvertreter).
11. v. Rabe, 1849—1851.
12. Freiherr Carl v. Bodelschwingh, 1851—1858.
13. Freiherr v. Patow, 1858—1862.
14. Freiherr von der Heydt, 14. März bis 23. September 1862.
15. Freiherr Carl v. Bodelschwingh, 1862—1866.
16. Freiherr von der Heydt, 1866—1869.
17. Camphausen, 1869—1878.

Die General-Steuer-Direktoren sind:

1. Maafsen, 1818—1830.
2. Kuhlmeier, 1830—1842.
3. Kühne, 1842—1849.
4. v. Pommer-Esche, 1849—1870.
5. Hasselbach, seit 1870.

b) «Nekrolog des Königl. Preufs. Wirkl. Geheimen Raths und General-Steuer-Direktors Ludwig Samuel Bogislaw Kühne von L. A. v. Jordan. (Als Manuskript gedruckt.) Magdeburg, Februar 1875, Königl. Hofbuchdruckerei von Carl Friese.»

Herr von Jordan ist auch Einer der Erben der grofsen Zollvereins-Traditionen. Er hat von 1842 ab mit Kühne im Finanzministerium gearbeitet, 1842 bis 1843 als Reise-Kommissarius des Finanzministeriums, von 1844 ab als vortragender Rath. Seit 1852 ist er Provinzial-Steuer-Direktor von Sachsen. Von 1849 bis 1851 war er Mitglied und Vicepräsident der damaligen Ersten Kammer in Berlin und 1852 Mitglied des Staatenhauses in Erfurt.

Er hat grofse Verdienste namentlich als Organisator: 1854 hat er die Zoll- und Steuerverwaltung in den Anhaltischen Herzogthümern organisirt; 1856 hat er die Zollverhältnisse zwischen dem Zollverein und der Hansestadt Bremen dem abgeschlossenen Vertrage gemäfs in einer Weise geregelt, welche beiden vertragschliefsenden Theilen gleichmäfsig zum Vortheil gereichte; vom Juni 1867 ab fungirte er als preufsischer Kommissarius zur Gestaltung der Zoll- und Steuer-Verwaltung in den Herzogthümern Schleswig-Holstein und in Lauenburg; vom 16. September 1867 bis zum 15. April 1868 verwaltete er, unter Beibehaltung seiner Stellung in Magdeburg und in Anhalt, die Stelle eines Provinzial-Steuer-Direktors für Schleswig-Holstein; zugleich führte er die Zollverhandlungen mit Hamburg, seit Dezember 1868 ist er auch Vorsitzender der Kommission zum Vollzuge des Anschlusses verschiedener Hamburger Gebietstheile an den Zollverein.

Um allen diesen Funktionen so genügen zu können, wie es Herr von Jordan gethan hat, mufs man die Arbeitskraft und das Organisations-Genie eines Kühne und Maafsen besitzen.

Einen berufeneren Geschichtsschreiber für die Entwickelungs-Periode, um die es sich hier handelt, kann man sich nicht

wünschen; denn er ist gleich sehr von dem Geiste der Stifter des Zollvereins beseelt, wie auch eingeweiht in deren Geschäftskenntnifs und von deren Gestaltungs-Kraft durchdrungen.

3. Fürst Bismarck hat im Reichstage darzuthun versucht, dafs der Zolltarif von 1879 nur eine Rückkehr zu dem Zollgesetz von 1818 sei, von welchem man sich seit 1860 mit Unrecht entfernt habe. Wie irrig dies ist, hat mit schlagenden Worten der Reichstags-Abgeordnete Wilhelm Oechelhäuser nachgewiesen:

— «Erörtern wir nunmehr,» sagt derselbe, «den prinzipiellen Unterschied der Reform von 1879 und der bisherigen Tarifpolitik seit 1818, so zeigt sich derselbe sowohl in der allgemeinen Rückkehr zu höheren Zöllen, als insbesondere in der Hinzufügung des agrarischen zum industriellen Schutzsystem.

Fürst Bismarck versuchte in der Sitzung vom 8. Mai 1879, in einer Entgegnung an den Abgeordneten Oechelhäuser, den Tarif von 1818 als noch schutzzöllnerischer wie den vorgeschlagenen Tarif von 1879 darzustellen und damit die Verleugnung der Prinzipien von 1818 zurückzuweisen. Abgesehen davon, wie es Niemandem in den Sinn kommen könnte, Sätze, die vor 60 Jahren ihre Berechtigung haben mochten, in ihrer absoluten Höhe für die gänzlich veränderten heutigen Verhältnisse empfehlen zu wollen, litt doch jene Exemplifikation des Reichskanzlers an dem Mangel, dafs derjenigen wichtigen Kategorien, z. B. Getreide, Holz, Vieh, Roheisen, Leinengarne u. s. w. nicht gedacht wurde, die zollfrei, oder nur mit geringen Kontrolabgaben belastet, eingingen, und dafs ferner die Preise fast aller Waaren, auf welche damals Schutzzölle gelegt waren, seit jener Zeit enorm gesunken sind, so dafs im Verhältnifs zum Werth der geschützten Gegenstände, die Tendenz des Tarifs von 1818 als eines höchst gemäfsigten Schutzzolltarifs, inmitten der Prohibitionen der Nachbarländer, noch stärker hervortritt. Die seitherige Entwickelung, insbesondere die freisinnigen Reformen der sechziger Jahre, waren einfache Konsequenzen jener Tarifgesetzgebung und der durch die Eisenbahnen bewirkten stärkeren Strömungen des Verkehrslebens. Die Prinzipien von 1818 finden also nicht blos in den Zahlen des ersten Tarifs, sondern in der auf ihrem Boden stattgehabten sechzigjährigen Entwickelung ihren authentischen Ausdruck. Dieser Entwickelung steuert der Tarif

von 1879 direkt entgegen, wenn auch seine speziellen Tarifsätze vielfach nicht bis auf 1818 zurückgehen.

Nach dem Wortlaut des Gesetzes von 1818 und der Präzisirung seiner Tendenz durch den Tarif, stellte sich das System von 1818 als ein Finanzzollsystem, verbunden mit einem gemäfsigten Industrieschutzsystem, dar. Es ist hiernach vergebliche Mühe, zu leugnen, wie die agrarischen Schutzzölle des Tarifs von 1879 eine offenbare Verletzung der Prinzipien von 1818 involviren und den am meisten hervortretenden Scheidungspunkt zwischen 1818 und 1879 bilden.»

Wilhelm Oechelhäuser, «Die Tarif-Reform von 1879», Berlin, Julius Springer, 1880.

4. Siehe Gustav von Gülich, «Geschichtliche Darstellung des Handels, der Gewerbe und des Ackerbaues der bedeutendsten handeltreibenden Staaten unserer Zeit», Theil II, Seite 419,

und

C. F. W. Dieterici, «Der Volkswohlstand im preufsischen Staat», Berlin, 1846.

5. Der Gang der Verhandlungen zwischen Berlin und Darmstadt im Einzelnen war kurz folgender:

Aus Anlafs der erwähnten Mainzer Petition fragte Darmstadt im März 1826 vorsichtig und rückhaltig in Berlin an, ob Preufsen geneigt sei, in handelspolitische Verhandlungen einzutreten, und ob namentlich, wenn Darmstadt mit Bayern und Württemberg eine Art Zollverein abschliefse, Preufsen beabsichtige, sich einem solchen Verein zu nähern.

Eben so diplomatisch, wie die Darmstädter Anfrage, war die Berliner Antwort: Man vermöge aus dieser Anfrage feste Anhaltspunkte zur Beurtheilung nicht zu entnehmen, Darmstadt möge doch positive und greifbare Vorschläge machen; die Frage wegen Annäherung Preufsens an einen von Darmstadt im Verein mit Württemberg und Bayern aufzurichtenden Zollbund vermöge man nicht zu beantworten, bevor man wisse, auf welchen Grundlagen dieser Verein aufgebaut werden solle.

Es ist natürlich, dafs man in Berlin mehr dazu neigte, mit einem einzelnen Staat über den Anschlufs als mit einem Zollbund über Annäherung zu unterhandeln (oder über «Anbahnung», wie jenes unglückliche Wort in der Convention mit Oesterreich lautete,

welches zu so viel Irrung, Mifsverständnifs und Streit Anlafs gegeben).

Ueber diesem Schreiben zwischen Darmstadt und Berlin verging ein halbes Jahr Zeit.

Im September 1827 fragte endlich Darmstadt, ob es einen Unterhändler nach Berlin schicken solle; und die Antwort von Berlin lautete «Ja», obgleich auch in diesem Darmstädtischen Schreiben allerlei seltsame Vorbehalte sich fanden, wie, man erachte den Anschlufs zur Zeit noch für unthunlich, sei aber bereit zu jeder Verkehrs-Erleichterung.

Im Januar 1828 erschien der Hessische Bevollmächtigte von Hoffmann in Berlin, und ein Monat reichte aus, um durch mündliche Verhandlung das Ziel zu erreichen, das eine Correspondenz von einem halben Jahre kaum zu fördern vermochte.

6. Siehe in meinen «Bildern aus der Geschichte der Deutschen Kleinstaaterei», dritte Auflage, Hannover, Rümpler, 1881, den Aufsatz «Nassau mit Frankreich wider Preufsen. Ein Beitrag zur geheimen Geschichte des Deutschen Zollvereins», Band III, Seite 97—146. Auf diese interessante Episode der kleinstaatlichen Misère findet das Wort Goethe's Anwendung:

«Wie unglückselig ist der Mann,
Der unterläfst das, was er kann,
Und unterfängt sich, was er nicht versteht,
— Kein Wunder, dafs er zu Grunde geht!»

7. Siehe «Friedrich List, Betrachtungen über die heimischen und auswärtigen Erwerbs-Verhältnisse», von Friedrich Goldschmidt, Berlin, Julius Springer, 1880.

8. Siehe «Karl Friedrich Nebenius, ein Lebensbild eines deutschen Staatsmannes und Gelehrten. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte Badens und des Deutschen Zollvereins». Von Joseph Beck, Grofsherzogl. Badischem Geheimen Hofrath. Mannheim, Schneider, 1866.

9. Zur Prüfung der Frage, ob man im Verkehr mit den nichtpreufsischen Staaten zu dem früheren Prohibitivsystem, wie es bis 1807 geherrscht hatte, wieder zurückkehren, oder dasselbe gänzlich fallen lassen solle, — ob das Mercantil- und Fabrik-System oder die Handels-

freiheit den Vorzug verdiene, — ob man zum Schutz der inländischen Fabrikate und Fabriken ein handelspolitisches System machen solle, welches den Eingang ausländischer Fabrikate ganz verbietet, oder wenigstens durch hohe Zölle aufserordentlich schwer macht, oder ob man im Interesse des Gemeinwohls und ohne den Ruin der bestehenden Fabriken herbeizuführen, sich schon jetzt für ein freihändlerisches System erklären könne und müsse, welches nicht nur dem Getreide, sondern auch allen ausländischen Manufakturwaaren den Eingang zum innern Verbrauch unter mäfsigen Abgaben gestattet, — hatte 1816 und 1817 König Friedrich Wilhelm III. verschiedene Kommissionen wirthschaftlich und praktisch gebildeter Staatsmänner berufen, — Kommissionen, welche einen diametralen Gegensatz bilden zu den sogen. «Enquêten», welche seit einigen Jahren in Deutschland Mode geworden sind und weniger zur objectiven Ermittelung der Wahrheit dienen, als dazu, einzelnen Fabrikanten, als Vertretern ihrer Industriezweige, Gelegenheit zu geben, statt kontrolirbarer und unter Kontrole gestellter Zeugen-Aussagen, unkontrolirte Partei-Vorträge zur Vertheidigung ihrer Sonder-Interessen zu verlautbaren, — zuweilen sogar auf den Grund und nach der Mafsgabe einer vorher getroffenen gemeinsamen Verabredung.

Auf der einen Seite standen damals, 1817, die während der Kontinental-Sperre und gerade durch diesen Akt der internationalen Handelsfeindseligkeit künstlich, d. h. auf Kosten des Publikums, bereicherten und zu Macht und Ansehen gelangten Fabrikanten von Seide-, Wollen- und Baumwollen-Waaren, namentlich in den westlichen Provinzen, welche, anknüpfend an die napoleonischen Traditionen, versicherten, der blofse Grenzzoll reiche nicht aus, sie gegen die gröfsere Leistungsfähigkeit des Auslands, namentlich Englands, zur Genüge zu schützen, sondern absolute Eingangs-Verbote oder unübersteigliche Schlagbäume verlangten, als die einzige Mafsregel, den Untergang von ihnen abzuwenden. Sie überschütteten den König mit Deputationen und Sturm-Petitionen.

Auf der andern Seite standen die in den Lehren des Adam Smith und in der Schule des Königsberger Kraus gebildeten aufgeklärten Staatsmänner, sowie die Fabrikanten, die, weil sie leistungs-, lebens- und exportfähigen Unternehmungen vorstanden, sich vor der Konkurrenz nicht fürchteten, wohl aber vor einer

Vertheuerung der Rohstoffe und der Halbfabrikate, welche sie verbrauchten, und endlich der Handelsstand, welcher durch Beschränkungen des Verkehrs aufser Stand gesetzt wird, seine Mission zu erfüllen; die Mission, Gebrauchsgegenstände und Waaren aus der Zeit und von dem Orte, wo sie im Ueberfluſs sind, hinüberzuführen in die Zeit und an den Ort, wo man ihrer bedarf und so den Markt abundant zu erhalten und dem Publikum zugänglich zu machen, daſs dasselbe reichlich, gut und billig versorgt wird.

König Friedrich Wilhelm III., welcher während der traurigen Zeiten der Fremdherrschaft mitten unter seinem Volke — auch mit den mittleren und unteren Klassen desselben — gelebt, und dadurch die verheerenden Wirkungen der Kontinentalsperre und anderer Acte napoleonischer Handelsfeindseligkeit kennen gelernt hatte, neigte zu der letzteren Seite.

Allein gerecht, gewissenhaft und vorsichtig, wie der König war, zeigte er sich auch hier vor Allem bedacht, in dem Widerstreit der Meinungen und Interessen den für die Wohlfahrt seines Staates richtigen Weg zu finden; bestürmt von den Eingaben der schutzzöllnerischen Fabrikanten, hatte er bestimmt, daſs eine Spezialkommission, zu deren Vorsitzenden der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, von Heydebreck, ernannt wurde, die Eingaben und Vorstellungen der Interessen prüfen und genaue Erhebungen anstellen und so der Kommission des Staatsrathes das Material zu ihren Berathungen liefern solle.

Zu dieser Spezialkommission, die aus 7 Mitgliedern zusammengesetzt war, gehörten auch, und zwar als die einzigen Vertreter der freisinnigen Richtung, Kunth und Maaſsen. Kunth schrieb in einem späteren Brief an Stein über diese Kommission: «Eine gewisse Klasse von Fabrikanten wuſste es unter dem Einfluſs von Heydebreck, Ladenberg und dem jüngeren Beguélin durchzusetzen, daſs eine Kommission aus eben diesen und noch zwei anderen gleichgesinnten, von ihnen ebenfalls vorgeschlagenen Personen zur Prüfung des neuen Systems ernannt wurde. Doch fühlte der Kanzler die Nothwendigkeit eines Gegengewichts und so wurde Maaſsen und ich mit in die Kommission berufen.»

An Widerwärtigkeiten hat es beiden Männern in dieser Kommission, die ihre Sitzungen von vornherein in gereizter Stimmung begann, nicht gefehlt, namentlich sah sich Kunth mancher Anfeindung und zwar vielfach persönlicher Natur gegenüber. Er

schreibt darüber: «Die Kommission trieb sich in vielen meist leeren Konferenzen und Verhandlungen herum, war kaum eröffnet, als ich von anderen, besser gesinnten Fabrikanten dringendst ermahnt wurde, was auch in derselben vorgehen möchte, mir nicht zu sehr zu Herzen zu nehmen, indem die wohlbekannte Absicht sei, mich von allen Seiten anzugreifen und auf das Bitterste zu kränken. So geschah es auch, und dies auf so leidenschaftliche und gehässige Weise, dafs ich meiner ganzen Kraft bedurfte, um bis zum Ende auszuhalten. Ein ebenso feindliches Gepräge trug der Schlufsbericht, wie ihn die Mehrzahl von 5 zu 2 beschlossen hatte. Mir blieb nichts übrig, als meine abweichende Meinung in einem besonderen, einfachen Veto zu entwickeln, mit welchem sich Herr Maafsen unbedingt vereinigte.»

In der That trugen diejenigen, welche Preufsen in das alte Prohibitivsystem zurückwerfen wollten, Anfangs den Sieg davon. Die Mehrheit der Kommission verwarf den Reformplan und stellte unter ausdrücklicher Motivirung den Antrag, «das Verbotsystem, wie es bis 1806 bestanden, wieder in volle Kraft zu setzen, und die Kabnetsordres vom 30. Mai und 28. Juli 1807, welche solches bereits zum Theil suspendirt hatten, wieder aufzuheben».

Es ist Kunth's unleugbares Verdienst, in schwerer, verhängnifsvoller Stunde den rechten Ausdruck für das, was vom Standpunkte der Zollgesetzgebung aus allein der preufsischen Gewerbepolitik zum Segen gereichen konnte und ihr in der Folge auch zum Segen gereichte, gefunden und damit im letzten Augenblick bestimmend auf die Entschliefsung der Kommission des Staatsrathes, welche die Entscheidung in Händen hatte, eingewirkt zu haben.

Kunth selbst schrieb über die Verhandlung in der Staatsraths-Kommission, deren Vorsitz Wilhelm von Humboldt führte, und vor deren Forum die Arbeiten der Spezial-Kommission wie das Separat-Votum Kunth's, das Maafsen mit den Worten unterschrieben hatte: «ich pflichte diesem Votum bei», verwiesen waren, folgendes: «Hier hatte ich die Genugthuung, dafs sich, als man zuerst den Hauptbericht mit Ungeduld angehört, einige Stimmen der Oberpräsidenten mit dem Antrage erhoben, mir durch eine besondere Deputation für meine Arbeit zu danken. Dies geschah zwar nicht, aber der Theil des Bülow'schen Planes, mit welchem mein Votum sich beschäftigte, war mit 20 Stimmen

gegen 3, von Heydebreck, Ladenberg und Beguélin, angenommen. Ich erhielt darüber mehrseitig Glückwünsche, auch von Graf von Bülow selbst, und das Votum ging als Abschrift durch viele Hände, eine Auszeichnung, die es im Mindesten nicht durch sich selbst, sondern nur durch die Schwierigkeit verdiente, unter denen es entstanden war.»

Siehe Friedrich und Paul Goldschmidt in dem «Leben des Staatsrathes Kunth», S. 115. Kunth's maſsgebendes Votum vom 25. März 1817 findet man ebendaselbst abgedruckt, S. 271 bis 309.

Den weiteren Verlauf erzählt C. F. W. Dieterici: «Der Volkswohlstand im Preufsischen Staate», Berlin, 1846. Siehe ferner noch die «Denkwürdigkeiten Hardenberg's», von Ranke, zweite Auflage, Leipzig, 1880. W. Weber: «Der deutsche Zollverein», Leipzig, 1869, und von Festenberg-Packisch: «Geschichte des Zollvereins», Leipzig, 1869.

10. Literatur über Minister von Motz:

a) Friedrich Christian Adolf von Motz. Eine Biographie. Nebst einem Portrait und einem Facsimile. Erfurt, Druck und Verlag von J. J. Ackermann, 1832.
b) Zeitgenossen, Band II, Heft 1, 1829.
c) Preufs. Staats-Anzeiger, No. 181 von 1830.
d) v. Jordan, a. a. O.

Obgleich der Vater des Herrn von Motz Präsident des Obersten Gerichtshofes von Kurhessen war, und der Sohn also, nach bekanntem Herkommen, eine gute Carrière zu erwarten hatte, verschmähte der junge Motz den kleinstaatlichen Dienst und ging, mit nichts versehen als einem Empfehlungsbrief an den Präsidenten von Biedersen, 1795 nach Halberstadt, wo er, obgleich als Student mehr den freien und ritterlichen Künsten als dem Fachstudium ergeben, ein glänzendes Examen machte und eine Anstellung bei der Kriegs- und Domainen-Kammer (Regierung) fand. Nach der Katastrophe von Jena machte ihn der König Jérôme von Westfalen zum Steuerdirektor im Harz-Departement. Kaum aber war die Fremdherrschaft gebrochen, als Motz nach Mühlhausen eilte, um dort die Funktionen des von den Alliirten verhafteten Präfekten zu übernehmen; im Sommer 1815 wurde ihm die Verwaltung des Departements Fulda

übertragen und so machte er weiter seine Laufbahn vom Geheimrath zum Präsidenten, zum Oberpräsidenten und zum Finanzminister.

Motz hatte ebenso viel Geist als Kühnheit. Er setzte sich leicht über Schwierigkeiten hinaus, was Einige als eine Manifestation seiner genialen Natur, Andere als einem Mangel an wissenschaftlichen Kenntnissen und fachmännischer Schule entspringend ansahen; von Raumer, der freilich selbst nichts weniger als ein Staatsmann war, schreibt in seinen «Briefen aus Paris» (Theil II, Brief 53), dem Minister Motz habe zur Vollendung als Staatsmann «die Wissenschaft (richtiger: die zünftige Gelehrsamkeit) gefehlt». Ich vermuthe, dafs, wenn Motz mit all diesem gelehrten Ballast, welchen Raumer an ihm vermifst, beladen gewesen wäre, er weniger schwungvolle Initiative besessen haben würde, und vielleicht auch mehr Dünkel und Rechthaberei, welche ihn verhindert haben würden, den Rathschlägen von Maafsen und Kühne zu folgen. So wie er war, erkannte er bereitwillig an, dafs er ohne den Rath und die Hülfe der Anderen nicht im Stande sei, seine hochfliegenden Pläne durchzuführen. Dies bezeugt ausdrücklich sein Biograph und Panegyriker, welcher nach den Aufzeichnungen der Motz'schen Familie und Freunde, namentlich eines Neffen, arbeitete. Wie gut Motz, Kühne und Maafsen ein Geheimnifs zu wahren wufsten, beweist der Umstand, dafs, als der hessen-darmstädtische Bevollmächtigte in Berlin verweilte, um den ersten Zollvereinsvertrag zu unterhandeln (1827—1828), die gesammte spürnasige Diplomatie glaubte, es sei blos von dem Verkauf einer hessischen Saline an Preufsen die Rede, — so lange, bis ihnen der Vertrag vom 14. Februar die Augen öffnete.

Siehe meine Abhandlung «Von Preufsen durch den Zollverein in's Deutsche Reich» in «Zeitgenossen». Erzählungen, Charakteristiken und Kritiken. Gesammelte Feuilletons von Karl Braun-Wiesbaden, 2 Bände, Braunschweig, 1877, Band I, S. 282 bis 319.

In dem Nachfolgenden gebe ich eine kurze Zusammenstellung der einzelnen Etappen in dem Berufsleben des Herrn v. Motz: 1806 Preufsischer Landrath in Halberstadt und dann im Eichsfeld, — 1807 bietet ihm Jérôme, König von Westfalen, eine Unterpräfektur in dem Departement Eichsfeld oder die Präfektur in dem Departement der Werra, — Motz lehnt ab, — darauf

wird er von der hessischen Ritterschaft zu ihrem Vertreter in der von Jérôme errichteten Kammer- und Landes-Deputation erwählt, — als er, hierdurch und durch seinen Besitz an das Land gebunden, zum Direktor der direkten Steuern des Harz-Departements ernannt und in die Reichsversammlung des Königreichs Westfalen berufen wird, kann er nicht ablehnen, zieht sich jedoch auf seinen Landsitz Vollerborn, den Sammelplatz der Deutschgesinnten, zurück, — sofort nach der eiligen Flucht Jérôme's stellt er sich dem deutschen provisorischen Gouvernement zur Verfügung, — unter dem Vorsitze des Civilgouverneurs, des Preufsischen Geh. Staatsraths v. Klewitz (späteren Finanzministers), übernimmt er die Finanz-Verwaltung in Halberstadt, — im Frühling 1815 übernimmt er für Preufsen die Verwaltung des vormals fürstbischöflichen und dann französischen Fulda, und da bei der Auseinandersetzung dies Fürstenthum halb an Kurhessen und halb an Sachsen-Weimar abgetreten wird, erhält Motz die Stelle eines Vice-Präsidenten in Erfurt, — 1818 wird er Chefpräsident der Erfurter Regierung, — 1820 erhält er noch dazu das Präsidium in Magdeburg und dann das provisorische Oberpräsidium daselbst, — 1824 wird er definitiv zum Oberpräsidenten ernannt, — am 1. Juli 1825 Geh. Staats- und Finanzminister, — am 30. Juni 1830 starb er.

Seine gröfste und kühnste That war der Abschlufs mit Hessen-Darmstadt, welchem sich die Vertreter der Fiskalität, der Routine, der Plusmacherei und des reaktionären Partikularismus, auf das Aeufserste widersetzten.

«Dieses Grofsherzogthum,» sagten sie, «grenzt nur auf der kurzen Strecke von Bingen bis Kreuznach an die Rheinprovinz, und dann noch ein wenig auf der anderen Seite mit den von dem übrigen Grofsherzoglichen Gebiete getrennt liegenden Aemtern Biedenkopf und Gladenbach an die Provinz Westfalen. Eine Vereinigung der östlichen mit den westlichen preufsischen Provinzen, eine Ueberbrückung dieses zwischen beiden klaffenden Spaltes, worauf es doch vor Allem ankommt, wird durch den Beitritt Hessens nicht erzielt. Auf der anderen Seite drohen uns positive Nachtheile: Die geographische Konfiguration dieses Landes erfordert sehr ansehnliche Grenzbewachungskosten, welche den Reinertrag unserer Zölle vermindern. Auch erzeugt Rheinhessen viel Wein. Dieser Wein wird das preufsische Gebiet

«überschwemmen» (die nämliche seltsame Redensart, die der Geheime Rath und Regierungs-Kommissar Tiedemann 1879 in seiner eigenthümlichen Getreidezoll-Rede im Reichstag gebrauchte); er wird unsere Einnahme an Weinzöllen vermindern; er wird unseren Weinbauern an dem unteren Rhein und an der Mosel eine scharfe Konkurrenz bereiten. Wozu also der Beitritt von Darmstadt allein? Er bringt uns nur Nachtheil, aber keinerlei Vortheil. Weisen wir daher Darmstadt zurück und warten wir, bis mit ihm noch Andere kommen. Und wenn sie nicht kommen? Was dann? Nun, dann bleiben wir Preufsen für uns; und das ist vielleicht noch das Beste.»

Gegenüber diesen Konservativen, die den Herrn von Motz sogar als einen «Renegaten» ausschrieen und keine Ahnung hatten von der deutschen Mission Preufsens, bestand der liberale freihändlerische Minister entschieden auf der Annahme des Darmstädtischen Beitritts:

«Was die Finanzen anlangt,» erwiderte Motz, «so habe doch ich als Finanzminister daran das gröfste Interesse; und ich habe zur Genüge gezeigt, wie ernst ich es damit nehme. Aber auf der anderen Seite gehöre ich nicht zu jenen Leuten, welche ein wichtiges und folgenreiches Unternehmen nur nach seiner augenblicklichen Wirkung und nach der engherzigen Berechnung finanzieller Plusmacherei zu würdigen pflegen. Hier, bei diesem ersten freien Anerbieten eines deutschen Nachbarlandes, sich ohne Vorbehalt unserem Steuer- und Zoll-System anschliefsen zu wollen, kommt es vor Allem darauf an, aller Welt den Beweis zu liefern, dafs die von uns im Prinzip bereits öffentlich ausgesprochene Bereitwilligkeit hierzu ernstlich und ehrlich gemeint sei, und dafs diese Bereitwilligkeit nicht etwa blos auf den einseitigen Vortheil eines der vertragschliefsenden Theile berechnet und durch diesen bedingt sein dürfe. Es handelt sich hier nicht allein um Fragen der Finanz- und der Handelspolitik; und es dürfen daher selbst vorübergehende finanzielle Verluste, welche sich jedoch ohne Zweifel bald wieder reichlich ersetzen, nicht in Betracht gezogen werden angesichts der grofsen Folgen, welche dieser erste Beitritt für die politische Stellung Preufsens nach sich ziehen wird.»

Auf Grund dieser Erwägungen gab dann der Finanzminister von Motz die Parole aus:

«Und wenn auch vorerst sonst Niemand mit geht, als Hessen-Darmstadt, — dann vorwärts mit Hessen-Darmstadt allein! Wir müssen anfangen; die Andern werden schon kommen.»

Heut zu Tage wird Niemand bestreiten, dafs der Blick des Herrn von Motz schärfer war und weiter trug, als der seiner quietistischen Gegner.

Motz zeigte dem hessischen Bevollmächtigten, Minister von Hoffmann, ein so loyales Entgegenkommen und eine solche Willfährigkeit in allen den Hauptzweck nicht alterirenden Dingen, dafs die Verhandlungen einen sehr raschen Verlauf nahmen, und dafs der Vorwurf der (im Süden damals so viel verschrieenen) «preufsischen Pfiffe und Kniffe» hinfällig wurde.

Ueber das Ergebnifs derselben schreibt die citirte «Biographie» (S. 256 u. ff.) nach den Papieren des Ministers:

— «Ohne auf eine Prüfung jenes Vertrages nach allgemeinen staatswirthschaftlichen und finanziellen Grundsätzen tiefer einzugehen, und ohne insbesondere eine jede darin getroffene Bestimmung als theoretisch vollkommen und über jede Anfechtung erhaben anpreisen zu wollen, glauben wir nur darauf hindeuten zu dürfen, dafs der Minister von Motz der Mann nicht war, der einen Fortschritt zum Besseren um defswillen verschmäht hätte, weil damit nicht sofort das ganz Vollkommene, oder auch nur das ihm selbst als noch besser und wünschenswerther Erscheinende erreicht würde. Jedenfalls war in dem Vertrage vom 14. Februar die Aufgabe, wie ein minder mächtiger Staat sich zum Besten seiner heimischen Produktion und Konsumtion und zum Vortheile seiner Finanzen dem Zollgesetze und der Zoll-Verwaltungs-Ordnung eines mächtigeren Staates anschliefsen könne, ohne darum von seinen landeshoheitlichen Rechten Etwas opfern, auf eine geistreiche und allen Anforderungen gegenseitiger Gerechtigkeit oder gerechter Gegenseitigkeit entsprechende Weise gelöst und der Weg gezeigt und gebahnt, auf welchem allmälig und mit jederzeit möglichster Berücksichtigung der besonderen Interessen des einzelnen Landes eine wachsende Erweiterung des, der deutschen Volkswirthschaft freie Bewegung gestattenden und den Schutz gleicher Voraussetzungen der Produktion gewährenden, gemeinsamen Zollgebietes sich erzielen lasse.»

Das Ei des Columbus war zum Stehen gebracht.

Das Vorurtheil, dafs bei jedem handelspolitischen Vertrag

einer der kontrahirenden Theile der Betrogene sein müsse — ein Vorurtheil, das auch aus so manchen der neueren Reden des Reichskanzlers hervordringt, war widerlegt und durchbrochen.

Hier war ein Vertrag, von welchem beide Kontrahenten gleichmäfsigen Vortheil hatten; und es war auch den Nicht-Kontrahenten gestattet, an diesen Vortheilen theilzunehmen, wenn sie nachfolgten auf dem betretenen Wege.

«Nicht nur die Zeitgenossen,» sagte Motz, «sondern auch die Nachkommen sollen ihre Freude daran haben.»

Motz war ein aufrichtiger Verehrer von Adam Smith und pflegte sich auf folgenden, heute erst recht wieder zu beherzigenden Ausspruch desselben zu berufen:

— «Sowohl die Nothwendigkeiten des Lebens als auch die Roh-Stoffe für Manufaktur-Waaren müfsten zu den ganz zollfreien Waaren gehören.

«Die freie Einfuhr der Ersteren würde wohl den Geldpreis der Lebensmittel ermäfsigen, aber ihren wirklichen Werth nicht vermindern.

«Denn der Werth oder die Kaufkraft des Geldes hängt immer ab von der Quantität der Lebensmittel, die man dafür erhalten kann. Der Werth der Lebensmittel aber hängt nicht ab von der Quantität des Geldes, die dafür zu erhalten sind. Der verminderte Geldpreis der Arbeit würde alle einheimischen Manufakturen wohlfeiler machen. Von einigen würde der Preis durch freie Einfuhr der Rohstoffe vermindert werden. Dies müfste ihnen das Uebergewicht auf dem ausländischen Markt, auf dem Weltmarkt verschaffen.»

11. Literatur über Maafsen:

a) Preufsische Staats-Zeitung, 1834, Nummer 13—15.

b) Vergl. Jordan, a. a. O.

Zur Orientirung über seine Beamten-Laufbahn genügen folgende Data:

Maafsen wurde nach wohlbestandener Prüfung am 9. Juni 1791 bei der Regierung zu Cleve vereidigt, und zwar als Auskultator im Justizdienste, der auch zum Geschäftskreis der Regierung gehörte. Die Cleve-Märkische Regierung hatte auf dem Gebiete des öffentlichen Rechtes und im Verkehr mit ihren Nachbarn mit schwierigen und verwickelten Verhältnissen zu schaffen. Die

Theilung des Cleve-Märkischen Nachlasses hatte unter den Eigenthümern noch manche Gemeinschaft hinterlassen; und nicht mit Unrecht sagen die Juristen: «Die Gemeinschaft ist die Mutter des Streits *(Communio est mater rixarum).*» Cleve hatte aufserdem noch allerlei Verwickelungen mit den benachbarten Niederlanden, theils durch die eingeschlossenen Aemter Savenaar und Huifsen, theils durch die Rhein- und Maafs-Zölle, theils durch die gemeinschaftlichen Deich- und Strombauten an den Flüssen Rhein, Wael und Yssel; die Grenzen gegen Münster und Kur-Köln waren unsicher auf den Mooren und auf den Heiden; nicht minder war der Umfang des schutzherrlichen Rechtes über die Abtei Werden und das Stift Nieder-Elten bestritten. Auch das Recht im Innern des kleinen Landes war unklar und verworren. Der einzige Mann, der in allen diesen Dunkelheiten, Streitigkeiten, Antiquitäten, Kuriositäten und Raritäten Bescheid wufste, war der alte Kriminalrath von Oven, der Grofsvater Maafsen's. Maafsen wurde sein Hausgenosse, der Erbe seines Wissens, seiner Sammlungen und seiner literarischen Schätze. Er ward vom 1. Dezember 1791 an im Regierungsarchive beschäftigt. Nun nahte der Krieg dem Niederrhein. Vom Froste begünstigt eroberten die Franzosen 1795 die Niederlande und machten eine «batavische Republik» aus denselben. Dies hinderte jedoch nicht, dafs Maafsen am 30. Dezember 1795 zum Geheimen Regierungs-Archivarius und Hoheits-Sekretarius ernannt wurde. Einen Ruf als Professor der Rechtswissenschaft an die, dem Untergang geweihte kleine Universität Duisburg lehnte er ab. Am 16. September 1803 wurde die Cleve-Märkische Regierung in Emmerich aufgelöst. Das Personal derselben, Maafsen mit inbegriffen, wurde der Regierung in Münster zugetheilt. Das Patent, welches Maafsen zum «Kriegs- und Domänenrath» an der Kammer in Hamm ernannte, datirt vom 18. November 1804. In dieser Stellung erhielt er Anträge, sowohl in Grofsherzoglich-Bergische Dienste überzutreten, als auch einer Stelle im Generaldirektorium in Berlin. Ersteren Antrag lehnte er kurzhändig ab. Der letztere wurde hinfällig durch die Schlacht von Jena. In Folge des Friedens von Tilsit wurde Maafsen, gleich so vielen andern preufsischen Beamten, einfach entlassen.

Er war mittellos. Seine Lage war schwierig. Er war Gatte und Vater. Als nun ein zweiter Ruf der Grofsherzoglich-

Bergischen Regierung an ihn erging, entschlofs er sich, wenngleich mit schwerem Herzen, in die Dienste des französischen Herrschers, Joachim I., zu treten. Am 20. Mai ging er nach Düsseldorf als Grofsherzoglich-Bergischer vortragender Rath im Ministerium, mit dem Decernat «Inneres und Kultus».

Inzwischen hatte Preufsen den Weg der Wiedergeburt durch liberale Reform-Mafsregeln betreten. Auch die Behörden wurden umgestaltet. Die «Kurmärkische Kriegs- und Domänen-Kammer» wurde in eine Regierung umgestaltet und von Berlin nach Potsdam verlegt. An ihrer Spitze als Präsident wurde der Freiherr von Vincke gestellt, unter welchem Maafsen schon in Hamm gedient hatte. Vincke beeilte sich, seinen erprobten Mitarbeiter zu berufen, und Maafsen, trotz der glänzenden Aussichten, welche sich ihm unter Joachim I. boten, leistete dem Rufe bereitwillig Folge; am 24. März 1809 wurde er angestellt als zweiter Direktor der Regierung in Potsdam. Durch Kabinets-Ordre vom 31. Oktober 1810 wurde er zum Vicepräsidenten befördert. So harrte er aus in den schwierigsten Zeiten bis zur Wiedererringung der politischen Unabhängigkeit für den preufsischen Staat, und als ihm sein König in den Tagen des Sieges zur Belohnung für die treue Hingebung in den Zeiten des Unglücks die Wahl liefs unter allen Gnaden und Ehren, wählte Maafsen das eiserne Kreuz. Er zog dieses Ehrenzeichen jeder Dotation vor.

Nach wiederbefestigtem Frieden errichtete der König, welcher vor Allem darauf bedacht war, nicht nur durch weise Sparsamkeit, sondern auch durch Fortschritte der Gesetzgebung und eine freisinnige Verwaltung das durch die Fremdherrschaft niedergedrückte und ausgesogene Land wieder zu heben, 1816 eine zum Ministerium gehörige Behörde, «General-Verwaltung für Gewerbe und Handel», deren Direktor Maafsen wurde. Die Thätigkeit Maafsen's in dieser Stellung und in dem Staatsrath, dessen Mitglied er 1817 wurde, und die Prinzipien, von welchen er sich bei seiner Thätigkeit leiten liefs, schilderte Herr von Jordan mit folgenden Worten:

«Der Preufsische Staat hat in dem denkwürdigen Jahrzehnt von 1806—1816 anerkannt mächtige Fortschritte zur Vervollkommnung seiner wichtigsten öffentlichen Anstalten gethan, grofse Verbesserungen harrten seitdem nur des sicheren Ruhestandes, dessen sie bedurften, um in's Leben zu treten. Schon

dadurch allein ward ein verstärkter Aufwand unvermeidlich, dazu trat die Verzinsung und Tilgung der Schulden, welche der Krieg selbst und die Wiederherstellung dessen, was er verdarb und entzog, erzeugte. In Zeiten der öffentlichen Ruhe und ungestörten Wohlfahrt wächst der Ertrag der persönlichen, Verbrauchs- und Verkehrs-Steuern mit der Volkszahl und dem Erwerbe und es bedarf auch bei steigendem Aufwande so wenig neuer Auflagen, dafs selbst die alten zuweilen noch gemildert werden können. Aber in ganz anderer Lage befand sich der preufsische Staat, als am Schlusse jenes Jahrzehnts, das am Marke seines Volkes zehrte, sein Finanzwesen wieder geordnet werden sollte. Gleichwohl gebot die Nothwendigkeit eines erhöhten Aufwandes, durch ein neues Abgabensystem ein jährliches Defizit zu decken, das bloſses Uebertragen von den Staatskassen auf die Gemeinen oder angebliches Ersparnifs auf Kosten des öffentlichen Dienstes wohl verstecken, aber nicht tilgen konnte. Dieses neue System zu gründen, war die erste Aufgabe des neuen Staatsraths. Eine zahlreiche Kommission der sachkundigsten Mitglieder desselben, worunter auch Maafsen sich befand, ergab nur eine unvereinbare Verschiedenheit der Ansichten über die Anordnung des Ganzen. Der Drang des Bedürfnisses, dennoch vorzuschreiten, verschaffte dem Antrage Eingang: zunächst das Mindestbestrittene zu berathen und auszuführen, dann von dem ferneren Austausche der Meinungen und der beginnenden Erfahrung auch über das Zweifelhaftere Vereinigung zu erwarten und so theilweise zu vollenden, was aus einer umfassenden Ansicht auf einmal darzustellen unmöglich schien. Dies Verfahren eignete sich ganz für Maafsen's Weise. Jeden Anschein eines Vordrängens, das verletzen konnte, mit kluger Behutsamkeit vermeidend, jeder Meinung volle Beachtung gewährend, die Festigkeit, womit er leitende Grundideen durchzuführen strebte, durch verständiges Eingehen auf vermittelnde Vorschläge mildernd, ward er die Seele der Ministerial-Kommission, welche die neuen Steuergesetze entwarf. Mit eigenthümlicher Gewandtheit verstand er, diesen Entwürfen die Zustimmung der Abtheilungen des Staatsraths zu gewinnen, welche sie vorbereitend prüften. Sie fanden nun im Staatsrathe selbst beredte Vertheidiger und erlangten den Beifall der Mehrheit, so scharf und beharrlich auch hier der Gegensatz der Ansichten zur Sprache

kam. Dafs Maafsen selbst Direktor der General-Verwaltung für die Gewerbe war, hat den Gewerben am meisten genutzt durch die verständige Beachtung ihres Interesse bei den Berathungen über das neue Steuersystem. Zwar ist es eine sehr alltägliche Bemerkung, dafs auch hochgebildete Männer nur mit tiefem Unwillen die Zucht der öffentlichen Meinung vertragen, die — wiewohl gleich dem Höchsten, das der Mensch besitzt, Glauben, Hoffnung und Liebe der grellsten Ausartung fähig — unter den unerkannten Wohlthaten vielleicht die gröfste ist; dennoch darf es befremden, dafs derselbe Scharfsinn, wodurch die geheimsten Kräfte der Natur der Gewerbsamkeit unterthan werden, der das Tiefste der Wissenschaft und das Höchste der Kunst erlauscht, um seine Marktwaare damit zu adeln — dafs dieser Scharfsinn es nicht vermag, die Gewerbtreiben über ihr Vorurtheil gegen die Zucht der öffentlichen Meinung, gegen die freie Mitwerbung zu enttäuschen. Und doch darf behauptet werden, dafs die freie Wahl des kundigen Käufers auf offenem Markte, zugänglich jedem ehrlichen Verkäufer, die nachhaltigste Grundlage gewerblicher Verbesserungen ist. Allein dieser strengen Lehre weicht auch der verständige Fabrikherr besonders mit einer Selbsttäuschung aus, welche nicht der Ueberzeugung, nur der Nothwendigkeit nachgiebt.

Die Besteuerung des Verkehrs mit dem Auslande, deren Unentbehrlichkeit am mindesten zweifelhaft schien, wurde zuerst berathen. Ihr wichtigster Gegenstand ist unstreitig der Erwerb von Einkommen aus den Einfuhrabgaben auf tropische und südeuropäische Erzeugnisse. Nächstwichtig ist, dafs die Grenzbewachung, die deshalb nöthig wird, auch die Steuererhebung von inländischen Erzeugnissen sichert; inländischer Branntwein beispielsweise könnte nicht besteuert werden, wenn ausländischer unversteuert eingehen dürfte. Weit untergeordnet in Bezug auf Ertrag ist die Verwendung des Grenzschutzes auf ein gewerbliches Interesse. Gleichwohl ist es diese weit überwiegend, welche die Gesetzgebung durch widersprechende Aufforderungen erschwert. Es gehörte die ganze Sachkenntnifs, welche Maafsen in seiner amtlichen Stellung zu Gebote stand, und das ganze Vertrauen auf seine Einsicht und Milde dazu, um die Vollziehung des Gesetzes vom 26. Mai 1818 über den Zoll und die Verbrauchssteuer von ausländischen Waaren zu erwirken; dessen Bekannt-

machung bis zum 5. September hingehalten wurde durch beharrliche Gegenvorstellungen, welche den Untergang der mühsam gepflegten inländischen Fabrikation, in Folge der mit erheblicher Besteuerung gestatteten Einfuhr fremder Fabrikate befürchten liefsen. Selbst nachdem erhoben sich noch dringende Mahnungen dawider und mühsam trat das Gesetz im gröfsten Theile des Staates erst mit dem Anfange des Jahres 1819 in's Leben. M.'s Persönlichkeit selbst mufste Gewähr für die Ausführung leisten, er ward am 3. Junius 1818 zum General-Steuer-Direktor ernannt.

Nachdem er dieses unter den damaligen Verhältnissen so aufserordentlich schwierige Amt sieben Jahre bekleidet, trat 1825 Herr von Motz als Finanzminister an die Stelle des Herrn von Klewitz. Motz, der mit Maafsen schon lange enge verbunden und geistesverwandt war, überliefs ihm vertrauensvoll die selbstständige Leitung des Steuerwesens. Motz gewann dadurch freie Zeit und konnte seine ganze Geisteskraft den von ihm geplanten grofsen Reformen zuwenden.

Als 1830 Motz starb, waltete keinen Augenblick darüber ein Zweifel, wer sein Nachfolger werden müsse. Maafsen, sein bisheriger Stellvertreter, der geistesverwandte Genosse und der geschickte Vollstrecker seiner grofsen Pläne, wurde an die Spitze der Finanzverwaltung berufen; am 14. August 1830 erfolgte seine Ernennung zum Minister. Er hat das Amt nur vier Jahre bekleidet; im Vertrauen auf seine aufsergewöhnliche Körperkraft und Gesundheit, gönnte er sich keinerlei Schonung in der Arbeit; er wollte Alles selbst und Alles allein thun; nicht einmal den Besuch eines Bades, welchen die Aerzte als dringend nothwendig anriethen, wollte sein dienstlicher Feuereifer ihm gestatten. So erschöpfte sein allzu regsamer Geist die Kräfte des Körpers. In den Morgenstunden des 2. November 1834 verschied er an einem Unterleibsleiden. Der Probst Rofs, sein Universitätsfreund von Duisburg her, hielt ihm die Leichenrede. Der Kronprinz, später König Friedrich Wilhelm IV., warf auf seinen Sarg die erste Hand voll Erde.

12. Ludwig Kühne's Schriften über den Zollverein sind zum Theil anonym. Es sind folgende:

a. «Ueber den Deutschen Zollverein», zuerst 1834 anonym in Ranke's Zeitschrift erschienen. — Siehe «Historisch-

politische Zeitschrift, herausgegeben von Leopold Ranke». |Zweiter Band (mehr ist nicht erschienen). Berlin 1833—1836, bei Duncker und Humblot, S. 503—537. Dann umgearbeitet und erweitert als Buch in demselben Verlage 1836 erschienen.

b. «Denkschrift über die bisherigen Erträge und Erfolge des Zollvereins,» Berlin 1840.

c. «Ueber Differenzialzölle.» Berlin im November 1844.

d. «Der Deutsche Zollverein während der Jahre 1834 bis 1845,» zum ersten Mal im August 1846 in Berlin, und dann in wiederholten Auflagen erschienen.

e. «Fliegendes Blatt als Zustimmung und Nachtrag zu der von Patow'schen Beleuchtung der vorgeschlagenen Zoll-Tarif-Veränderungen.» Berlin 1850.

Sämmtliche Schriften Kühne's waren Gelegenheits- und Streitschriften, oder richtiger Vertheidigungsschriften.

Sie waren nicht hervorgegangen aus schriftstellerischem Drange oder Beruf, sondern geboren von der harten Nothwendigkeit, die geliebte Institution zu vertheidigen gegen ihre zahlreichen Gegner, namentlich gegen die einheimischen, — gegen die preufsischen Konservativen und Partikularisten, welche der Vereinigung Deutschlands, selbst in der äufserlich so bescheidenen, aber sachlich so weittragenden Form des Zollvereins, d. i. der volkswirthschaftlichen Einheit und Freiheit, auf das Aeufserste widerstrebten. Wie Motz die Idee, Maafsen die Erscheinungsform, die Ausführung, die Organisation repräsentirt, so Kühne den Ausbau, die Vertheidigung, die Abwehr der Feinde.

Kühne erinnert uns an die Erzählung des Propheten Nehemia von der Erbauung des Tempels in Jerusalem:

— «Von nun an geschah es, dafs die eine Hälfte der Werkleute that die Arbeit mit der Kelle, die andere aber hielt Spiefs und Schild. Ein Jeglicher, der da mithalf bauen, hatte das Schwert um die Lenden gegürtet und bauete also.»

Ich werde auf diese Situation und die einzelnen Schriften Kühne's, welche derselben ihre Entstehung verdankten, noch zurückkommen.

Hier zunächst noch einige Daten über sein äufseres Leben:

Kühne erhielt seine Ausbildung in «Kloster Berge». Der treffliche Prof. Gurlitt hätte gern einen Philologen, der Mathematiker Lorenz, bekannt durch seine Uebersetzung des Euklides,

hätte gern einen Mathematikus aus ihm gemacht. Kühne zog «Cameralia» vor und begab sich zum Zwecke des Studiums derselben 1803 nach der süddeutschen Universität Erlangen. Nach dem benachbarten Halle wollte er nicht. Er strebte in die Ferne und wollte kein «Kümmeltürke» werden, wie man damals die Studenten aus der Nähe nannte, welche ihre «*subsidia paterna*» in der Gestalt von Brot, Butter, Kümmel und sonstigen Naturalien bezogen.

Seine Beamten-Laufbahn begann Kühne als Auskultator an der Kriegs- und Domänen-Kammer zu Plock, in dem damaligen Neu-Ostpreufsen, bei welcher Kammer damals ein Vetter von ihm Direktor war. Am 11. Juli 1806 wurde Kühne zum Referendar ernannt. Allein seine Karrière wurde durch die Katastrophe von 1806 unterbrochen. Die Franzosen marschirten ein. Die preufsischen Behörden wurden aufgelöst. Nach dem Tilsiter Frieden ging Kühne nach Berlin, um eine neue Anstellung in preufsischen Diensten zu suchen. Allein er scheiterte. Die Zahl der entlassenen Beamten, der Aspiranten, welche mit ihm konkurrirten, war zu grofs.

In Berlin abgewiesen, wandte er sich nach Wanzleben, seiner Heimath. In dem Kriegselend war inzwischen seine Mutter gestorben, sein Vater um den gröfsten Theil seines Vermögens gekommen. Endlich gelang es Kühne, bei der Kriegs- und Domänen-Kammer in Magdeburg als Referendar wieder angestellt zu werden. Allein auch hier ging es zu Ende. Seit Ende 1807 befand sich die Kammer in einem kläglichen Zwitterzustande. Sie hatte aufgehört preufsisch zu sein und war doch auch noch nicht recht westfälisch-französisch geworden. Kühne hatte hier Gelegenheit, seine französischen Sprachkenntnisse zu verwerthen.

Am 18. März 1808 wurde die Kammer aufgehoben. Magdeburg wurde die Hauptstadt des Elb-Departements des Royaume de Westfalie.

Wie im Grofsherzogthum Berg so drängte sich auch in dem Königreich Westfalen der hohe Adel Deutschlands in die höheren Stellen des quasi französischen Regiments. Wie dort der Graf Nesselrode, so hier der Graf von der Schulenburg-Emden. Letzterer wurde Präses des Elb-Departements; Kühne sein Bureau-Chef.

Im Herbst 1809 wurde Kühne Bureau-Chef in der Präfektur

des Fulda-Departements in Kassel, am 4. August 1810 Sekretär der Unterpräfektur Nienburg, und am 29. März 1812 Staatsraths-Auditeur und dienstthuender Unterpräfekt in Braunschweig, der zweiten Hauptstadt des Königreichs Westfalen.

Am 23. August 1813 waren schon zwei Regimenter westfälischer Husaren zu den Preufsen übergegangen. Im Oktober erschienen vor der Königlich Westfälischen Residenz Kassel einige Kosacken-Schwärme unter Tschernitschew. «Jérôme, roi de la Westfalie», wurde von einem panischen Schrecken ergriffen und floh ohne Aufenthalt bis nach Koblenz. Zwar kehrte er am 16. Oktober 1813 nach Kassel wieder zurück, aber nur um nach der Schlacht bei Leipzig abermals die Flucht zu ergreifen. Diesmal eilte er von der Wilhelmshöhe, welche damals Napoleonshöhe hiefs, ohne seine vielgetreue Residenzstadt Kassel zu berühren, in einem Fluge bis Mülheim an der Ruhr. Herr von Klewitz wurde Civilgouverneur der von den Alliirten occupirten Länder zwischen Elbe und Weser. Er stellte Kühne, welcher seinen westfälischen Dienst verliefs und sich Preufsen zur Verfügung stellte, bei der Landesdirektion in Heiligenstadt an, von wo er im März 1814 nach Halberstadt zum Gouvernement berufen wurde. Hier lernte Kühne den späteren Minister v. Motz kennen.

Am 6. März 1816 wurde Kühne als Rath der Regierung in in Erfurt zugetheilt, an welcher v. Motz Direktor war.

Am 31. März 1819 wurde Kühne von Klewitz, der seit 1817 Finanzminister war, als Hülfs-Arbeiter, oder wie man damals sagte als «Sommer-Knecht», in dies Ministerium berufen. Anfangs im Domänenfache beschäftigt, wurde er von Ende 1819 zu den Arbeiten der Steuer-Reform herangezogen. Von nun an arbeitete er, zuerst unter Klewitz und dann unter Motz, gemeinschaftlich mit Maafsen. Er trat nun in die Erfüllung seiner grofsen Lebensaufgabe, seiner eigentlichen Mission ein, zu der er sich durch die mannigfachsten Verrichtungen, die ihn in allen Geschäften schulten und seinen Blick erweiterten, vorbereitet hatte. Von nun an gehört seine Laufbahn der preufsischen und der deutschen Geschichte, ja man kann wohl sagen der Weltgeschichte an. Von nun an finden wir jene Kooperation der grofsen Männer des Zollvereins und des wirthschaftlichen Fortschritts, auf welche man die Worte Schiller's anwenden kann:

«Nur aus der Kräfte schön vereintem Streben
Erhebt sich wirkend erst das wahre Leben.»

Als Maafsen Finanzminister wurde, benachrichtigte er seinen Freund Kühne hiervon durch ein Billet vom 12. August 1830, worin es heifst:

«Gerne will ich der Erste sein, der Ihnen diese Nachricht mittheilt, da Sie der Erste sind, auf dessen Unterstützung ich bei meinem beschwerlichen Berufe rechne und von dessen gewohnter Anhänglichkeit ich mich überzeugt halte.»

Kühne hat das Vertrauen, das ihm Maafsen schenkte, getreulich bewährt. Er hat denselben während seines Lebens mit freudiger und opferwilliger Hingebung durch gewissenhafte und hochbegabte Pflichterfüllung unterstützt, und nach Maafsen's Tode dessen Werk mit Thatkraft und Erfolg gegen die immer drohender heraufziehende Reaktion des nach Umkehr und trägem Beharren verlangenden Konservatismus vertheidigt, — in und aufser dem Amte, durch Arbeit und Anstrengung, Reden und Schriften; (von Jordan, Nekrolog. S. 7 u. ff).

Vor sieben Jahren, als ich zuerst die schwarzen Punkte am deutschen Himmel bemerkte, welche das Gewitter der reaktionären Handelspolitik signalisirten, habe ich Kühne's Kampf gegen die Reaktion mit folgenden Worten geschildert:

— «Schon 1833 hatte Maafsen, als ihn der König wegen des guten Ertrages der Steuern und Zölle während der schweren Periode von 1830—1832, wo man mit der Cholera und halbem Kriegszustande im Osten und im Westen (Polen und Frankreich) zu kämpfen hatte, belobte, mit vorsorglicher Offenherzigkeit erklärt, dafs der erweiterte Zollverein für die erste Zeit Einnahmeverluste für Preufsen zur Folge haben werde. «Nun,» hatte Friedrich Wilhelm III. gütig geantwortet, «dafür wird unser Maafsen auch schon Rath wissen.»

Als aber die mageren Jahre nun wirklich kamen, da war Maafsen schon todt; er war am 2. November 1834 gestorben, und an seine Stelle war als Finanzminister Graf von Alvensleben getreten. Die romantische Reaktion warf ihre Schatten voraus; und der Zollverein und seine grofsen Begründer begannen selbst in Preufsen mifsliebig zu werden. Auch Kühne wurde faktisch etwas bei Seite geschoben, obgleich er äufserlich in seiner Stellung verblieb. Unter Motz und Maafsen Kollege und Mitarbeiter,

ohne dessen Rath nichts geschah, sollte Kühne unter Alvensleben zum Handlexikon degradirt werden, welches man nur dann nachschlug, wenn man eines seiner Daten bedurfte.

Graf Alvensleben erstattete für den Finalkassenabschluſs von 1835 einen Bericht an den König, worin er die Einnahmen aus Steuern und Zöllen von 1831 bis 1833 mit denjenigen von 1834 bis 1835 verglich und zu dem Ergebnisse gelangte, daſs «der Minderertrag an Zolleinkünften den nachtheiligen Einwirkungen des Zollvereins beizumessen sei, ohne welche mit Sicherheit höhere Einnahmen zu gewärtigen gewesen wären.» Vergeblich bestritt Eichhorn (damals Direktor im Ministerium des Auswärtigen, später Minister) diesen Causalnexus, indem er hinzufügte, es komme übrigens auch auf diese finanzielle Seite weniger an, der Verein sei von zu groſser politischer Wichtigkeit, als daſs man vor vorübergehenden und unbedeutenden Ausfällen zurückschrecken dürfe. Es erging eine Kabinetsordre, laut welcher der König «diese ungünstigen finanziellen Resultate sehr ungern ersehen hatte und der Finanzminister angewiesen wurde, mit dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten in Korrespondenz darüber zu treten, in welcher Art etc.» Es wurde ernsthaft hin und her korrespondirt und erwogen, ob nicht Preuſsen durch finanzielle Gründe genöthigt sei, den Zollverein zu kündigen und wieder aufzulösen und «sich ganz auf sich selbst zurückzuziehen», bis endlich der König selbst entschied, «daſs von einer Auflösung des Zollvereins und somit auch von einer Kündigung keine Rede sein könne».

Daſs aber der Zollverein noch fortwährend, auch von preuſsischer Seite, d. h. von dem preuſsischen Partikularismus und Fiskalismus, wenigstens von Zeit zu Zeit mit dem Untergang bedroht war, beweist der Umstand, daſs Kühne genöthigt war, unaufhörlich zu dessen Vertheidigung das Wort zu führen, nicht nur in amtlichen Gutachten und Berichten an den König, sondern auch in Druckschriften, welche meist anonym erschienen sind, über deren Autorschaft aber kein Zweifel herrscht. Ohne Kenntniſs dieser Kühne'schen Schriften kann eine erschöpfende Geschichte des Deutschen Zollvereins garnicht geschrieben werden. Die erste heiſst «Ueber den Deutschen Zollverein». Sie schlieſst mit dem in der Form bescheidenen, aber in der Sache entschiedenen Ausspruche, «daſs Vieles und Wohlerwogenes täuschen müsse, wenn in den augenblicklichen finanziellen Ergebnissen des

Vereins ein Grund zu dessen Wiederauflösung gefunden werden sollte.»

Die Angriffe der fiskalischen Bureaukratie Preufsens gegen den Zollverein dauerten jedoch fort und 1840 mufste Kühne wiederholt zur Feder greifen, um sein Werk, den Zollverein und das Andenken seiner Miturheber Maafsen und Motz, zu vertheidigen. Er schrieb die berühmte und jetzt so selten gewordene «Denkschrift über die bisherigen Erträge und Erfolge des Zollvereins» und setzte es nach endlosen Anstrengungen durch, dafs es ihm endlich erlaubt wurde, 700 Exemplare derselben drucken zu lassen und eines davon dem Kronprinzen überreichen zu dürfen.

Ein weiterer Kreis der Oeffentlichkeit war der zweiten Defensionsschrift Kühne's gestattet. Sie erschien in Berlin bei Decker im August 1846 unter dem Titel: «Der Deutsche Zollverein während der Jahre 1834 bis 1845» und hat dann mehrere Auflagen erlebt, welchen verschiedene Nachträge und eine auch heute noch lesbare Abhandlung über Differenzialzölle beigefügt sind. Kühne sagt in der Vorrede unter Verweisung auf seine «Denkschrift», die in derselben ausgesprochenen Hoffnungen hätten sich alle erfüllt, aber das habe er doch nicht vorausgesehen, dafs der Zollverein wenige Jahre später werde angefochten, ja dessen Existenz werde in Frage gestellt werden, nicht weil er zu wenig, sondern weil er zu viel einbringe. Noch nach der Abrundung, welche der Zollverein 1835 durch den Anschlufs von Baden, Frankfurt und Nassau gewann, machte der Finanzminister von Alvensleben Kühne Vorwürfe, Preufsen habe diesen Nachzüglern zu viel zugestanden, man habe sie finanziell kürzer halten müssen. Kühne remonstrirte. Es war umsonst. Da suchte er um seine Versetzung in ein anderes Ressort nach. Der König verweigerte dieselbe, Kühne sei unentbehrlich. Kühne brachte das Opfer, zu bleiben. Er hat seit 1835 noch manches Finanzministerium durchgemacht und (seit 1842 als Generalsteuerdirektor) überlebt, so nicht nur Alvensleben, sondern auch Bodelschwingh, Flottwell, Duesberg, Hansemann, Bonin und Rabe; stets erfüllte er nicht nur die Funktionen des Generalsteuerdirektors, sondern auch die des wirklichen Leiters der Finanzpolitik, des zeitweisen Stellvertreters des Finanzministers und des Referenten im Staatsrath für Finanz-, Steuer- und Zollsachen.

Das «tolle» Jahr 1848 entfesselte noch einmal die ganze

Macht der schutzzöllnerischen Bewegung, welche auf der Kasseler Zollkonferenz ihren Ausdruck fand. Am letzten Dezember 1848 schrieb Kühne verzweifelnd: «Zwar darf ich die Fahne nicht verlassen, aber ich sage mit Hamlet:

Die Welt ist aus den Fugen,
Weh mir, dafs ich sie einzurichten kam.»

Am 1. März 1849 erhielt er auf wiederholtes Ansuchen seinen Abschied. 1850 erliefs er eine tapfere Flugschrift wider die Kasseler Konferenz und deren Resultate, betitelt: «Fliegendes Blatt als Zustimmung zu der Patow'schen Beleuchtung der vorgeschlagenen Zolltarifveränderungen». Erst der Septembervertrag mit Hannover (1851) brachte die entschiedene Rückkehr zum Zeichen: «Die Wiederanknüpfung an die grofsen Traditionen der preufsischen Zollvereinspolitik.» (Karl Braun-Wiesbaden, «Zeitgenossen», S. 281—299.)

Wie oben die Charakteristik, welche Kühne von seinem Lehrer Maafsen gegeben, so theile ich nachstehend die Schilderung der Persönlichkeit Kühne's mit, welche wir seinem nicht minder trefflichen Schüler L. A. von Jordan verdanken. (v. Jordan, Gedenkblatt, S. 23.)

— «Mit umfassenden Kenntnissen,» schreibt Herr von Jordan, «auf allen Gebieten der Wissenschaft ausgestattet, geistreich, geschäftsgewandt, belesen, von nicht zu vertilgender Arbeitskraft, unerreicht in der Kunst der Eintheilung und Verwendung seiner Zeit, unterstützt von einem zwanzig Jahre und länger zurücktragenden Gedächtnifs und voll von Interesse für alle Erscheinungen in der ihn umgebenden Welt, war Kühne allerdings wie wenig Sterbliche zu einem Staatsmanne ersten Ranges und zu einem unübertroffenen Lehrer in Dingen seines Berufs geschaffen. — Aber auch die Art, wie er hierbei verfuhr, war unübertrefflich. «Ich habe nichts gegen das Lesen der Akten von hinten, wenn man weifs, was vorne in den Akten steht,» pflegte er bei nicht genügender Information des Vortragenden zu sagen, während er gut gelieferte Arbeiten wohl durch die Bemerkung lohnte: «Ich habe die Arbeit auf Ihr Konto als Guthaben gebracht.» Bei den Vorträgen in den Sitzungen wufste er die trockenste Materie durch einen selten getrübten Humor, zuweilen durch scharfen Sarkasmus zu einem anregenden Stoff zu gestalten, und war ich gleich zuweilen in der Lage, anderer

Meinung zu sein als Kühne, so habe ich doch keine Session verlassen, ohne das Gefühl mit fortzutragen: «Du bist doch ein ausgezeichneter Mann.» Mit immer neuer Bewunderung aber erfüllte mich die Leistungsfähigkeit Kühne's, der auch in Zeiten äufserster Arbeitsbedrängnifs für jeden noch so geringfügig scheinenden Vortrag der Räthe genügende Zeit hatte und dabei nichts ungelesen liefs und aufserdem auch noch zur schriftlichen Erörterung hochwichtiger Tagesfragen in Denkschriften, Brochüren hinreichende Mufse fand. Es ist Thatsache, dafs Kühne auch auf dem publizistischen Wege zur Aufklärung über das Wesen, den Zweck, über die muthmafslichen (später wirklich eingetroffenen) Erfolge des Zollvereins, sowie zur Entwickelung und Kräftigung desselben, auch abgesehen von seiner äufserlich hervortretenden Betheiligung an der Bildung des Zollvereins, wie bei dem Vertrage mit Kurhessen, wesentlich beigetragen hat. Kühne wird neben Maafsen und von Motz selbst den Begründern des Zollvereins beigezählt werden müssen, sofern man den Preufsisch-Hessen-Darmstädter Vertrag als den ersten wirklichen Zollvereins-Vertrag, als die Grundlage für alle späteren Zoll-Vereinigungen anzusehen hat, dafs aber Kühne von dem mächtigsten Einfluſs auf Wachsen und Gedeihen des Zollvereins von 1820 bis 1850 und darüber hinaus gewesen, könnte nur von einer absichtlichen Verkennung der Thatsachen in Zweifel gezogen werden.»

13. Ueber den Zolltarif von 1879 urtheilt der eben so gemäfsigte als sachkundige Reichstags-Abg. Oechelhäuser:

— «War aber nun einmal das Dogma adoptirt, dafs man den allgemeinen Nothstand durch Zollmafsregeln heilen könne, welche die Einfuhren beschränkten und die Preise steigerten, so liefs sich auch nichts mehr gegen die fliegende Eile einwenden, mit welcher eine Total-Reform auf dem schwierigsten aller staatlichen Gebiete nunmehr begonnen und binnen soviel Monaten durchgeführt wurde, als Jahre zu einer gründlichen und umfassenden Prüfung erforderlich gewesen wären. Nur auf zwei Gebieten fand man Vorarbeiten, in den Berichten nämlich der Experten-Kommissionen für die Eisen- und die Textil-Industrie. Das Ergebnifs der ersteren Enquête, welches bereits im Bericht eine ausgesprochene schutzzöllnerische Färbung erhalten hatte, wurde in seinen extremsten Forderungen adoptirt; der Bericht

über die Textil-Industrie dagegen, ein Muster der Unparteilichkeit und Objektivität, ward, um den mildesten Ausdruck zu gebrauchen, völlig entstellt, zur Unterlage der seinen Ergebnissen direkt entgegengesetzten Zollerhöhungen gemacht. Für alle übrigen Zweige dienten lediglich die mangelhaften Ein- und Ausfuhrlisten, die merkantilistische Formel von dem Nutzen der Einfuhrsbeschränkungen für die nationale Arbeit und das von den Interessenten selbst zur Unterstützung ihrer Schutzzoll-Ansprüche gelieferte Material, zur Basis und Richtschnur der Reformarbeit. Und dabei galt nur der Produzent für zurechnungsfähig, der für Zollerhöhung plaidirte; die zahlreichen Industriellen und Landwirthe, welche gegen jede Zollerhöhung waren, wurden als beschränkte Menschen angesehen; manchen Zweigen wurde der Schutzzoll, trotz ihres Widerstrebens, förmlich aufoktroyirt. Man kann sowohl Herrn von Varnbüler, als auch der parlamentarischen Tarifkommission und dem Reichstag das Zeugnifs unermüdlichen Fleifses nicht versagen, und darf dennoch behaupten, wie noch niemals ein grofsartiges, in tausend Verhältnisse und althergebrachte Beziehungen tief einschneidendes Reformwerk, in solcher Ueberstürzung und auf so hohlen, unzulänglichen Grundlagen aufgebaut worden ist, als der Tarif von 1879. Insbesondere enthalten die demselben beigegebenen Motive solche Leistungen volkswirthschaftlicher Unkenntnifs und Oberflächlichkeit, dafs selbst die fliegende Eile, die nun einmal geboten war, keine Entschuldigung hierfür bietet.»

Wilhelm Oechelhäuser, «Die Tarifreform von 1879», S. 28 u. ff.

Druck von Kerskes & Hohmann in Berlin.

Deutschlands

Getreideproduction, Brodbedarf

und

Brodbeschaffung.

Von

Ch. Lorenz.

BERLIN.

VERLAG VON LEONHARD SIMION.

1881.

Vorwort.

Der Inhalt dieser Broschüre ist zum Theil ein Wiederabdruck von Artikeln, die unlängst in verschiedenen Nummern des «Berliner Tageblatt» zur Veröffentlichung gelangten. Auf mehrfachen Wunsch haben wir dieselben zusammengefafst, einheitlicher gestaltet und mit Zusätzen versehen. Von Polemik haben wir uns dabei so fern wie möglich gehalten, ohne deshalb unseren Standpunkt zu verleugnen, der, obgleich dem Kathedersocialismus nahe stehend, doch keineswegs der der gegenwärtig dominirenden Wirthschaftspolitik ist. Was das Zahlenmaterial der Broschüre anlangt, so beruht es theils auf den neuesten amtlichen statistischen Publicationen, theils auf anderen lauteren und hinlänglich verbürgten Quellen. Da diese überall genannt sind, läfst sich das daraus Geschöpfte auch leicht controliren. Wir erlauben uns sogar, darum zu bitten. Denn bei einem so wichtigen Gegenstande, wie der des Themas dieser Schrift, handelt es sich nicht um Behauptungen — auch die officiellen sind keineswegs frei von Irrthümern, — sondern um Beweise, und wo solche durch Zahlen erbracht werden, müssen letztere genau und zuverlässig sein, worüber ein Urtheil jedoch nur dann möglich ist, wenn gleichzeitig die Methode und die Organe der Beobachtung, Aufzeichnung, Sammlung und Zusammenstellung der ziffernmäfsigen Thatsachen bekannt sind. Die Beweisführung auf Grund eines thunlichst zuverlässigen Materials war unser Bestreben bei Verfassung dieser Schrift. Ob uns die Aufgabe gelungen, das ist eine Frage, deren Beantwortung wir der Kritik anheimstellen müssen.

Berlin, im August 1881.

C. L.

I.

Deutschlands Getreideproduction.

Inmitten der neuen Ernte werden allmählich auch die definitiven Resultate des Ernteertrags des Jahres 1880 im Deutschen Reiche bekannt. Da solche, auf Grund der 1878 vom Bundesrath angeordneten specialstatistischen Erhebungen, nunmehr aus den drei Jahren 1878, 1879 und 1880 vorliegen, empfiehlt es sich, die deutsche Getreideproduction und Consumtion einer genaueren Beleuchtung zu unterwerfen, als das bisher möglich war. Betrachtungen hierüber wurden gegen Ende 1878 und Anfang 1879, wo die Agitation für Kornzölle ihren Anfang nahm, zwar mehrfach angestellt und veröffentlicht. Insbesondere war es eine kleine, vom Verein zur Förderung der Handelsfreiheit unter dem Titel «Deutschlands Getreideverkehr mit dem Auslande» herausgegebene anonyme Broschüre, welche viele ähnliche Schriften veranlafste. Indefs der Inhalt der Broschüre war nicht die einzige Veranlassung hierzu; ebenso sehr trug auch der gefeierte Name des Verfassers, dem sie zugeschrieben ward, zu grofser Lebhaftigkeit des literarischen Kampfes bei. Der Schlufssatz derselben ist gleichsam die Quintessenz des Inhalts. Er lautet: «Es hat sich (aus den geführten Nachweisen) ergeben, dafs die deutsche Getreideproduction trotz ihrer bedeutenden Steigerung nicht vermag, der durch die natürliche Vermehrung der Bevölkerung herbeigeführten Steigerung des Bedarfs an Getreide zu folgen, und dafs dieses Unvermögen, welches unter Wiederkehr der nämlichen Erscheinungen seit längerer oder kürzerer Zeit bei fast allen Getreidegattungen zur Evidenz gekommen ist, die Ausfüllung der Lücke durch den Bezug ausländischen Getreides zu einer für die Wirthschaft der Nation unabweisbaren Nothwendigkeit macht. Es hat sich ergeben, dafs die Belegung dieses ausländischen

Getreides mit einem Eingangszoll den Preis auch des inländischen Getreides um einen, dem Zollsatze nahekommenden Betrag erhöhen würde, und dafs die durch diese Erhöhung der Nation aufgelegte Last aufser jedem Verhältnifs zu der finanziellen Wirkung des Zolles stehen, den wirthschaftlich schwächsten Theil der Nation am stärksten treffen und eine Beschränkung in dem Verbrauche gewerblicher Erzeugnisse zur unmittelbaren Folge haben würde.»

Unleugbar weisen diese knappen Sätze auf einen kenntnifsreichen, mit der Materie theoretisch wie praktisch durch und durch vertrauten Autor hin. Kein Wunder daher, dafs die Interessenten der Kornzölle (die solidarisch verbundenen gewerblichen Schutzzöllner und Agrarier) den Inhalt der Broschüre und ihren vermeintlichen Autor stark befehdeten und an Beiden nicht viel Gutes liefsen. Fast jeder einzelne Satz wurde bestritten, und, soweit er unter statistischen Beweis gestellt war, nahm man keinen Anstand, die betreffende Statistik als eine falsche, unbrauchbare oder gar tendenziöse zu bezeichnen. Hierin leisteten manche Schriften und Zeitungsartikel Erstaunliches. In Summa kamen die Bemängelungen der Broschüre darauf hinaus, dafs die deutsche Getreideproduction den deutschen Consum vollständig zu decken im Stande sei, dafs die in den letzteren Jahren gestiegene Einfuhr von Getreide nicht auf Nothwendigkeit, sondern nur auf Speculation beruhe, dafs die Kornzölle übrigens auch die Consumenten gar nicht belasten, sondern dafs sie von den ausländischen Producenten und Händlern getragen werden würden, und endlich, dafs, wenn dies auch nicht der Fall wäre, die deutsche Landwirthschaft eines Zollschutzes von mindestens 2 ℳ pr. 100 kg Brodgetreide bedürfe, wenn sie nicht der amerikanischen, russischen, österreichisch-ungarischen und sonst welcher steuerbefreiten Concurrenz zum Opfer fallen solle. Das Hauptorgan der Agrarier hielt sogar einen Zoll von 25 pCt. des Getreidewerths, insbesondere auch in Zeiten schlechter Ernten, kaum für ausreichend.

Die Korn- und Mehlzölle sind seit dem 1. Januar 1880 in Höhe von 1 ℳ für je 100 kg Weizen, Spelz, Roggen, Hafer und Hülsenfrüchte, von $^1/_2$ ℳ für je 100 kg Gerste, Mais und Buchweizen, von 2 ℳ für je 100 kg Mehl und Mühlenfabrikate (Graupen, Gries, Grütze), von 4 ℳ für je 100 kg Reis zum Verspeisen eingeführt; sie bestehen mithin jetzt schon über 18 Monate. Die definitiven Erntemengen der Jahre 1878, 1879 und 1880 sind be-

kannt. Die Ein- und Ausfuhr von Getreide, Mehl u. s. w. wird, Dank der statistischen Gebühr, genauer als bisher ermittelt und angeschrieben. Die Bevölkerung des Deutschen Reichs ist am 1. December 1880 wiederum gezählt worden, das vorläufige Zählresultat ist veröffentlicht, die Veröffentlichung des definitiven steht wohl binnen Kurzem zu erwarten. Ueber den individuellen Brodbedarf liegen gleichfalls neuere und zuverlässige Untersuchungen vor. Mithin sind fast sämmtliche Elemente gegeben, um die Frage von Deutschlands Getreideproduction und Consumtion von Neuem einer kritischen Prüfung zu unterwerfen.

Was zunächst die deutsche Getreideproduction anlangt, so ist es notorisch, dafs in den Jahren 1877 und 1878 sehr gute, in den Jahren 1879 und 1880 hingegen ziemlich schlechte Getreide-Ernten erzielt wurden.

Die Nachweise über die Jahre 1878—1880 lehren Folgendes:

Es wurden geerntet im Deutschen Reiche Doppelcentner (à 100 kg):

an	1878	1879	1880*)
1. Weizen . .	26 071 858	22 786 962	23 388 850
2. Spelz. . .	4 469 266	4 602 880	4 891 848
3. Roggen . .	69 196 670	55 624 347	49 401 151
4. Gerste . .	23 252 267	20 573 579	21 391 654
5. Hafer. . .	50 402 397	42 642 545	42 270 280
6. Buchweizen	2 249 032	1 416 206	1 336 741
Sa. 1—6 . .	175 641 490	147 646 519	142 680 524
7. Mais . . .	**)	144 831	106 832
8. Erbsen . .	5 122 747	4 139 387	3 756 424
9. Kartoffeln .	235 927 809	189 045 963	187 378 586

*) Während der Correctur obiger durch Privatcorrespondenz erhaltenen Zahlen der definitiven Erntemengen im Jahre 1880 geht uns das neueste (Juli-) Monatsheft zur Statistik des Deutschen Reichs des Kaiserlichen statistischen Amts zu, in welchem das «Hauptergebnifs der Ermittelungen über die Ernte des Jahres 1880 im Deutschen Reiche ohne Fürstenthum Lippe» wie folgt in Doppelcentnern mitgetheilt wird: Weizen 23 452 780, Spelz, Dinkel, Fesen, Emer und Einkorn 4 885 630, Roggen 49 625 250, Gerste 21 456 170, Hafer 42 281 280, Buchweizen 1 336 740, Mais 106 830, Erbsen 3 762 970, Kartoffeln 194 662 420. Diese neueren Zahlen weichen so wenig von den oben mitgetheilten älteren ab, dafs es nicht der Mühe verlohnt, die auf letztere gestützten Rechnungen in vorliegender Broschüre zu Gunsten der ersten abzuändern.

**) In Preufsen 7978 Ctr. als Grünfutter verwendet.

Diese Erntemengen sind aus vielhunderttausendfachen Localermittelungen gewonnene Gesammtergebnisse. Von der wechselvollen Witterung abhängig, schwanken sie natürlich von Jahr zu Jahr und zwar nicht blos im Ganzen, sondern auch in den einzelnen Früchten. Man kann deshalb nirgends ein maſsgebendes Urtheil über die Getreideproduction auf die Ernte nur eines einzigen Jahres stützen. Leider ist aber eine wirkliche Mittel- oder Durchschnittsernte Deutschlands deshalb noch eine unbestimmte Gröſse, weil die statistischen Erhebungen hierüber erst drei Jahre im Gange sind und diese Zeit zu kurz ist, als daſs schon alle Schwankungen darin ausgeglichen sein könnten. Stellt man indeſs, mangels eines Besseren, die Flächen, welche dem Anbau der obengenannten Früchte in den drei Jahren 1878—1880 gewidmet waren und die Erntemengen dieser drei Jahre zusammen, so ergeben sich folgende Durchschnitte für den Hektar- und für den Gesammtertrag, die bis auf Weiteres als Mittelernte-Zahlen für ganz Deutschland angesehen werden mögen.

Fruchtsorten	Anbaufläche	Hektar-Ertrag	Gesammtertrag
	ha	kg	Doppelcentner
1. Weizen . . .	1 813 304	1328	24 415 890
2. Spelz	390 788	1191	4 654 665
3. Roggen . . .	5 926 068	980	58 074 066
4. Gerste . . .	1 621 647	1341	21 739 180
5. Hafer	3 742 529	1205	45 105 074
6. Buchweizen . .	244 673	679	1 667 326
Sa. 1—6 . .	13 739 009	1133	155 656 201
7. Mais	10 067*)	1244	125 832
8. Erbsen . . .	468 823	925	4 339 519
9. Kartoffeln . .	2 756 814	7407	204 237 453

Wir unterlassen es, die Gewichtszahlen in Hektoliter umzurechnen, wodurch die Schätzungsfehler nur noch gröſser werden, denn das Hektolitergewicht variirt selbst für gleiche Getreidesorten von Jahr zu Jahr und innerhalb eines Jahres von Ort zu Ort. Uebrigens werden in der deutschen Erntestatistik die Erntemengen ausnahmslos nach dem Gewicht erhoben und veröffentlicht.

*) Meist zum Grünfutterbau verwendet.

Allerdings stehen in den einzelnen Jahren nicht die hier nachgewiesenen Durchschnittsmengen, sondern nur die Erntemengen des bestimmten Erntejahres für die Ernährung der Menschen und der Thiere zur Verfügung, und dies auch nur insoweit, als der Saatbedarf für die neue Ernte davon zurückgestellt ist. Da letzterer weit weniger als die Erntemenge schwankt und kein bestimmter Bruchtheil hiervon ist, sondern sich zunächst nach der Anbaufläche, dann auch nach der Bodenbeschaffenheit, der Zeit und Art der Aussaat richtet, so übt er auch einen starken Einflufs auf die jährlich zur Nahrung verfügbaren Erntemengen. Folgende abgerundete Mittelzahlen in Kilogramm giebt u. A. Rhode von Eldena in seiner in Mentzel und Lengerke's landwirthschaftlichem Kalender veröffentlichten Aussaattabelle bei breitwürfiger Saat pro Hektar für die einzelnen Früchte an: Winterweizen 190, Sommerweizen 200, Winterspelz 260, Sommerspelz 270, Winterroggen 150, Sommerroggen 190, Wintergerste 150, Sommergerste 170, Hafer 170, Buchweizen 83, Erbsen 210, Mais (gedrillt) 69, Buchweizen (gedrillt) 83, Kartoffeln (gedrillt) 1420.

Mit Rücksicht auf die den Sommer- und Winterfrüchten gewidmeten Flächen ergiebt sich hiernach im Deutschen Reiche ein Saatbedarf von 3 451 183 Doppel-Ctr. Weizen, 1 004 641 D.-Ctr. Spelz, 8 946 490 D.-Ctr. Roggen, 2 739 126 D.-Ctr. Gerste, 6 357 047 D.-Ctr. Hafer, 203 054 D.-Ctr. Buchweizen, 6621 D.-Ctr. Mais (excl. des Saatbedarfs für den grün geernteten, zu Viehfutter verwendeten), 980 370 D.-Ctr. Erbsen und 39 143 961 D.-Ctr. Kartoffeln. Diese selbstverständlich keineswegs bis auf den Centner genauen, doch immerhin annähernd richtigen Saatmengen müssen (da die im Jahre 1878 ermittelten und, bundesbestimmungsgemäfs, nur von fünf zu fünf Jahren neu festzustellenden Anbauflächen für die Jahre 1878 bis 1880 als gleich zu gelten haben) ebensowohl von der jedesmaligen Jahres- als auch von der Durchschnitts-Erntemenge aus 1878 bis 1880 abgesetzt werden. Der Rest ist erst das im neuen Erntejahre bezw. im Durchschnittsjahre zur Nahrung verfügbare Quantum der einheimischen Erzeugung. Dasselbe beträgt also:

	im Durchschnittsjahr D.-Ctr.	im Erntejahr 1880/81 D.-Ctr.
1. Weizen . .	20 964 707	19 937 667
2. Spelz*) . .	3 650 024	3 887 207
3. Roggen . .	49 127 576	40 454 661
4. Gerste . . .	19 000 054	18 652 528
5. Hafer . . .	38 748 027	35 913 233
6. Buchweizen .	1 464 272	1 133 687
Sa. 1—6 . .	132 954 660	119 978 983
7. Mais . . .	119 211	100 211
8. Erbsen . .	3 359 149	2 776 054
9. Kartoffeln .	165 093 492	148 234 625

Um leichter erkennen zu können, wie sich diese Productionen auf die Bevölkerung vertheilen, stellen wir die des Durchschnittsjahres der Durchschnittsbevölkerung**) in den Jahren 1878—1880, und die des Erntejahres derjenigen vom 1. December 1880 gegenüber, wovon allerdings nur erst die vorläufigen Resultate bekannt sind. Sie betrug 45 194 172 Seelen, während sich die Durchschnittsbevölkerung auf 44 444 000 Seelen berechnet; Zahlen, die für unsere Berechnungen unbedenklich auf 44½ bezw. 45 Millionen abgerundet werden können. Hiernach wären pro Kopf der Bevölkerung des Deutschen Reiches auf Deutschlands Boden gewachsen:

	im Durchschnittsjahr kg	im Erntejahr 1880/81 kg
1. Weizen . . .	47,11	44,3
2. Spelz	8,20	8,6
3. Roggen . . .	110,40	89,9
4. Gerste	42,74	41,5
5. Hafer	87,07	79,8
6. Buchweizen . .	3,29	2,51
Sa. 1—6 . .	299,02	266,61
7. Mais	0,26	0,22
8. Erbsen	7,54	6,17
9. Kartoffeln . .	370,00	329,4

*) Der Spelz von 1880 ist sehr gut gerathen, darum die Erntemenge gröfser.

**) Die Bevölkerung des Deutschen Reichs wird im II. Jahrgang des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich angegeben wie folgt: 1878 43 791 000, 1879 44 349 000.

Von den Getreidemengen kommen für die menschliche Nahrung nur Weizen, Spelz und Roggen in Betracht. Die Gerste wird hauptsächlich zur Malzbereitung, der Hafer zum Pferdefutter verwendet, und auch der Buchweizen wird zum gröfsten Theile in's Vieh verfüttert. Indessen von der Gerste wird gleichfalls eine beträchtliche, jedoch nicht bekannte Menge zu Graupen, vom Hafer eine Menge zu Grütze verarbeitet, und beide Producte dienen den Menschen zur Nahrung, wie ja auch hier und da Gerste und Hafer in gröfseren oder geringeren Mengen mit zu Brod verbacken wird. Allein andererseits wird Weizen in nicht minder beträchtlicher Menge zu Stärke und Kleister verarbeitet, auch zum Bierbrauen mit verwendet, während Roggen in erheblichen Quantitäten der Kornbranntweinbrennerei als Rohmaterial dient. Man wird daher nicht sehr irren, wenn man diese verschiedenen Verwendungen dahin compensirt, dafs man den gesammten Weizen, Spelz und Roggen als Brodgetreide in Anspruch nimmt, die gesammte Gerste, den gesammten Hafer und Buchweizen dagegen hiervon ausschliefst. Dann hat die Getreideproduction im Deutschen Reiche im Jahre 1880 jedem deutschen Bewohner ein Quantum von 142,8 kg Brodgetreide geliefert, während die Durchschnittsproduction auf 165,7 kg zu veranschlagen ist. Ob diese Production die Consumtion deckt, oder über dieselbe hinausgeht oder aber dahinter zurückbleibt, das läfst sich erst beurtheilen, wenn man den Brodgetreidebedarf des deutschen Volkes einigermafsen genau kennt.

II.

Deutschlands Brodbedarf.

Aus dem vorangegangenen Abschnitt ist bekannt, wie viel Getreide sowohl in einem aus 1878 bis 1880 gezogenen Durchschnittsjahre, als auch im Jahre 1880 im ganzen Deutschen Reiche pro Kopf der Bevölkerung desselben gewachsen ist. Allein nicht alles Getreide ist Brodgetreide; wir haben aus guten Gründen nur den gesammten Weizen, Spelz und Roggen dafür in Anspruch genommen. Hiervon entfielen im Durchschittsjahre 165,$_7$ kg, im Jahre 1880 nur 142,$_8$ kg auf je einen Bewohner des Reiches. Das sind aber nur erst Körner, kein Mehl, kein Brod. Wie viel Brod daraus erhalten worden ist, läfst sich freilich nicht genau sagen, indem dies von der Beschaffenheit der Körner, von dem specifischen oder Hektolitergewicht und der Backfähigkeit des Mehles abhängt, d. h. also von Eigenschaften, die mit den Jahren zu wechseln pflegen. Während ein tüchtiger Müller und Bäcker, Vincenz Till in Bruck an der Mur, in einer kleinen Schrift, betitelt, «die Lösung der Brodfrage» als Ziel der Müllerei angiebt, «aus 100 kg Korn 96 kg gleich weifses, reines, alle Nährtheile enthaltendes Mehl zu erzeugen, die mit Rücksicht auf die 50procentige Vermehrung bei der Brodbäckerei 144 kg Brod geben», erklären andere, nicht minder tüchtige Müller und Bäcker dies für eitle Grofssprecherei und behaupten: «200 Pfd. bester Roggen (Körner) geben höchstens 125 Pfd. gutes Brodmehl, 5 Pfd. Schwarzmehl, 60 Pfd Kleie und 10 Pfd. Abgang und Verstäubung. Aus 1 Ctr. Roggenmehl bäckt selbst der tüchtigste Bäcker nur 138 Pfd. Brod heraus; aus 125 Pfd. also 172$^1/_2$ Pfd. Brod. 1 Ctr. Roggen giebt mithin nur 86$^1/_4$ Pfd. Brod, nicht 130 Pfd. (wie s. Zeit in einer Polemik behauptet wurde), noch weniger 144 Pfd., es müfste denn Alles Commifsbrod sein.» Damit stimmen fast genau die

Ergebnisse der im Grofsen und bekanntlich mit Verzicht auf jeden Geschäftsgewinn arbeitenden Brodbäckerei in F. Krupp's weltberühmter Stahlfabrik überein, das heifst, es werden in dieser Bäckerei aus 98,$_{75}$ kg Roggenmehl und 1,$_{25}$ kg Salz nur 132 bis 135 kg Brod gebacken. — Aus 100 kg Weizen werden heut zu Tage ebenfalls nicht mehr als 72—75 pCt. Mehl gewonnen, die natürlich, mit mehr oder weniger Milch zu Milchbroden verbacken, eine verschiedene Gewichtsmenge solcher Brode liefern. Bei Krupp erhält man aus 99 kg Mehl, 1 kg Salz, 58 l Milch und 1,$_{140}$ kg Hefe 124—125 kg Weifsbrod.

Nehmen wir, um nicht zu viel und nicht zu wenig Verlust durch die Mehl- und Brodbereitung an der Erntemenge in die Rechnung einzuführen, denselben im Durchschnitt für Weizen, Roggen und enthülseten Spelz auf 10 pCt. an, so dafs aus 100 kg Körner 90 kg Brod gebacken werden, so liefern obige 165,$_{7}$ kg bezw. 142,$_{8}$ kg Brodgetreide 149,$_{1}$ bezw. 127,$_{6}$ kg Brod, welches zu ziemlich gleichen Theilen Weizen- «oder Spelz-» und Roggenbrod ist. Die Frage ist nun: Entspricht diese jährliche Brodmenge den Ernährungsbedürfnissen und Gewohnheiten unseres Volkes?

Eine für alle Personen, alle Orte, alle Zeiten und alle Verhältnisse gültige Antwort läfst sich hierauf nicht wohl geben, denn nichts im menschlichen Leben ist elastischer, als der Verbrauch eines bestimmten Nahrungsmittels. Gehört Brod zwar zu den allerunentbehrlichsten, so weifs doch Jedermann, welch' bedeutende Rolle die Brodsurrogate, vornehmlich die Kartoffeln, sodann auch die Hülsenfrüchte und zu gewissen Jahreszeiten das Obst spielen und wie sich die Menge des Verzehrs von dem Einen und dem Andern nach dem Ausfall der Ernten richtet.

Es ist hier nicht der Ort und die Zeit, in die Theorie der menschlichen Ernährung einzugehen. Unsere Leser werden es glauben, wenn wir ihnen versichern, dafs, wie mannichfaltig auch die Nahrungsmittel sein mögen, der ernährenden Grundstoffe doch nur wenige und diese ziemlich einfach sind. Sie dürfen, damit die Nahrung dem Menschen zuträglich sei und ihn nicht blos am Leben, sondern auch bei Gesundheit und Kraft erhalte, weder unter eine gewisse Quantität täglich hinabgehen, noch dem Organismus in jedem beliebigen Mischungsverhältnifs dargeboten werden. Im Gegentheil; gerade auf letzteres kommt sehr viel an.

Und namentlich das Brod und seine Bestandtheile spielen hierbei eine überaus wichtige Rolle. Darum hat man auch schon seit lange sowohl dem individuellen als auch dem gesammten Brodverbrauche bestimmter, gut abgegrenzter Bevölkerungsgruppen und Klassen eine besondere Beachtung gewidmet. Wissenschaftliche, steuerfiscalische, administrative und privatökonomische Beobachtungen und Untersuchungen sind darüber zu verschiedenen Zeiten und an vielen Orten angestellt worden und dauern bis heute noch fort.

Die ältesten sind die fiscalischen. Die Lenker der Staaten und Gemeinden sind schon sehr frühzeitig dahinter gekommen, dafs, weil der Mensch alle Tage essen und trinken und eine grofse Menge von Dingen verbrauchen mufs, die zur Erhaltung seines Lebens unbedingt nöthig sind, oder es ihm reizvoller machen, dies sehr geeignete Gegenstände wären, um eine Abgabe darauf zu legen und ihn auf diese Weise zu zwingen, in dem Mafse, wie er seine eigenen Lebensbedürfnisse befriedigt, zugleich die des gröfseren oder kleineren Gemeinwesens, dem er angehört, mit zu befriedigen. Diese Anschauung hat neuerdings wieder mehr Boden als je gewonnen, und die Besteuerung der unentbehrlichsten Nahrungsmittel an den Grenzen der Staaten und den Thoren der Städte gilt heute in den mafsgebendsten Kreisen vorzugsweise deshalb als das Ideal aller Steuerweisheit, weil den Consumenten die atomistische Steuerentrichtung weniger fühlbar und unangenehm sei und von ihnen auch nicht leicht umgangen werden könne. Sie erfordert natürlich einen grofsen Ueberwachungs-, Anschreibe- und Controlapparat. Trotzdem sind die hierdurch gewonnenen individuellen Consumtionsnachweise nur von beschränktem Werth; sie gleichen dem Durchschnittsreichthume zweier Personen, von denen die eine ein Rothschild, die andere ein armer Teufel ist. Die Durchschnittsziffer läfst sie beide reich erscheinen.

Zu den eine lange Reihe von Jahren umfassenden Nachweisen des Brodbedarfes gehören die Anschreibungen der Mahlsteuer in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten Preufsens; sie erstrecken sich über die Jahre von 1843 bis 1873. Das zeitliche und räumliche Gesammtdurchschnittsresultat ist ein Verzehr von 47,60 kg Weizen, 113,08 kg Roggen, zusammen also von 160,68 kg Weizen und Roggen und von 39,49 kg Fleisch pro Kopf der Be-

völkerung jener Städte, die im Jahre 1843 sich auf 1 677 406, im Jahre 1873 auf 2 690 093 Seelen belief. In Berlin speciell war dieser Durchschnitt $57,_{99}$ kg Weizen und 89,78 kg Roggen; zusammen also $147,_{77}$ kg Weizen und Roggen und $62,_{62}$ kg Fleisch; in den Städten der Rheinprovinz hingegen 51,32 kg Weizen und $93,_{16}$ kg Roggen; zusammen $144,_{48}$ kg Weizen und Roggen und $44,_{91}$ kg Fleisch. Auch in nichtpreufsischen Städten bestand und besteht zum Theil noch eine Consumtionsabgabe. So z. B. in Bremen, woselbst in den Jahren 1875 bis 1879 der Consum von Roggenmehl und -Brod zwischen $60,_{34}$ und $66,_{24}$ kg, der von Weizenmehl und -Brod zwischen $41,_{56}$ und $50,_{27}$ kg schwankte. Diese Quantitäten Mehl entsprechen $80,_{45}$ bezw. $88,_{32}$ kg Körner Roggen und $58,_{74}$ bezw. $67,_{02}$ kg Körner Weizen. Der Durchschnittsconsum kommt gleich $62,_{88}$ kg Weizen und $84,_{38}$ kg Roggen, zusammen $137,_{26}$ kg Weizen und Roggen. In Paris gab Husson den Durchschnittsverzehr von Brod im Jahre 1873 auf 158 kg an; dies ist aber fast nur Weifs-, d. h. Weizenbrod. Für sämmtliche Octroistädte Frankreichs beträgt der Durchschnitt 187 kg Brod im Jahre oder 511 g täglich. In Italien besteht bekanntlich die Mahlsteuer. Das versteuerte, zur menschlichen Nahrung bestimmte Mahlgut auf die Bevölkerung vertheilt, ergiebt einen Consum von 199 kg Getreide.

Bessere, den Individualbedarf und Verbrauch genauer bezeichnende Nachweise liefern die Wirthschaftsrechnungen grofser öffentlicher Anstalten, wie z. B. Kasernen, Erziehungsanstalten, Gefängnisse, Kranken-, Heil- und Verpflegeanstalten u. s. w. Nach den neuesten Soll-Etats der Beköstigung von 22 verschiedenen Armeen und Truppentheilen erhält (auf's Jahr berechnet) 1 Mann durchschnittlich im Frieden 235 kg Brod, $25,_{2}$ kg (Militär)-Zwieback, $40,_{2}$ kg Mehl und $1,_{64}$ kg Mühlenfabrikate, zusammen also $302,_{04}$ kg. Hierneben aber u. A. auch noch $96,_{9}$ kg Fleisch, bezw. Speck und Fisch. Im Kriege erhält derselbe Mann 198 kg Brod, $42,_{3}$ kg Zwieback, $39,_{8}$ kg Mehl, $1,_{82}$ kg Mühlenfabrikate, zusammen also $281,_{92}$ kg, jedoch nebst $131,_{1}$ kg Fleisch und Speck bezw. Fisch. Die Matrosen der Kriegsmarine erhalten pro Jahr 212 kg Brod, 50 kg Zwieback nebst 100 kg Fleisch und Speck. In Frankreich speciell beträgt die tägliche Brodportion für den Soldaten 750 g, die jährliche mithin $273,_{75}$ kg, in Italien dagegen die tägliche 835 g, die jährliche also $268,_{27}$ kg.

In den preufsischen, unter Oberaufsicht des Ministeriums des Innern stehenden Strafanstalten war die pro Kopf und Jahr verzehrte Brodportion:

		im Durchschnitt für 1 männl. Gef.	für 1 weibl. Gef.
der Jahre von	1872—74	235,67 kg	170,98 kg.
» » »	1875—77	233,47 »	169,46 »
im Etatsjahr	1877/78	231,85 »	168,63 »
» »	1878/79	233,16 »	168,58 »

Es werden als besondere Vergünstigung bei guter Führung den Gefangenen noch Verpflegungszulagen gewährt, die, auf sämmtliche Gefangene repartirt, deren Brodportion um ca 4 kg jährlich erhöhen, so dafs in runder Ziffer als Portion je eines männlichen Gefangenen 238 kg, einer weiblichen Gefangenen 173 kg anzusehen sind. Im Männerzuchthaus zu Bruchsaal war die jährliche Individualportion 325,8 kg Schwarz- und Weifsbrod, 9,78 kg Schwarz- und Weifsmehl; in der Gefangenenanstalt zu Wolfenbüttel für Männer 230,3 kg, für Weiber 168,6 kg Brod. Diese Portion für männliche Gefangene beträgt ferner im Zellengefängnifs zu Nürnberg 253 kg Brod und 30,7 kg Mehl. In den belgischen Zuchthäusern 254 kg, in fünf englischen Gefängnissen 230 kg Brod und 22,6 kg Mehl. Aus den Rechnungen von 12 Irrenanstalten ergiebt sich als jährlicher Brodbedarf für je einen, nach dem Geschlecht leider nicht unterschiedenen Irren ein Quantum von 232 kg. Ebenso ist aus den Rechnungen von 13 Krankenanstalten zu entnehmen, dafs je ein Kranker (ohne Unterschied des Geschlechts) im Jahre 146 kg Brod und 7,82 kg Mehl verzehrte.

Nächst den soeben mitgetheilten, leicht zu vermehrenden fiscalischen und administrativen Ermittelungen giebt es noch wissenschaftliche. Zu den umfassendsten ihrer Art gehören die seiner Zeit von R. Porter in London angestellten und in seinem Werke «*the Progress of the Nation*» veröffentlichten; sie erstrecken sich auf Familien und Anstalten und beziehen sich auf 137 Erwachsene, 1783 Kinder und 19 Dienstboten. Der durchschnittliche jährliche Individualconsum berechnet sich auf 155,1 kg Brod und 6,66 kg Mehl, bei allerdings ziemlich reichlichen Portionen von Fleisch, Gemüsen und Kartoffeln. Ducpétiaux untersuchte den Consum minder bemittelter belgischer Einwohner. Er unterschied dieselben in drei Klassen, wovon die erste solche

Familien begreift, die aus eigenen Mitteln allein nicht zu existiren im Stande sind, sondern hierzu nothwendig einen Zuschufs aus öffentlichen Mitteln oder die Privatwohlthätigkeit in Anspruch nehmen müssen. Die zweite Klasse betrifft Familien, die mit ihrem Einkommen auskommen, jedoch nichts zurücklegen können; zu einer dritten Klasse vereinigte er die Familien, die neben ihrem Auskommen auch noch etwas ersparen. Der jährliche und individuelle Brodbedarf bei den Personen der 1. Klasse in den Städten war 170,77 kg, auf dem Lande 224,10 kg, bei den Personen der 2. Klasse in den Städten 193,62 kg, auf dem Lande 246,72 kg, bei den Personen der 3. Klasse in den Städten 190,22 kg, auf dem Lande 233,14 kg; in allen 3 Klassen in den Städten 184,67 kg, auf dem Lande 234,65 kg und im Gesammtdurchschnitt 210,5 kg. Aus Le Play's berühmtem Werke «*les ouvriers européens*» ergiebt sich als grofser, allgemeiner Durchschnitt ein individueller jährlicher Verzehr von 239,5 kg Brodgetreide. Ordnet man die Arbeiter nach ihren Berufen, so entfällt auf die Gruppe der Ackerbauer ein Quantum von 315,0 kg, auf die Gruppe der Hütten- und Bergleute ein solches von 199,4 kg, auf die Gruppe der Metallarbeiter ein solches von 261,0 kg und auf die Gruppe aller übrigen Arbeiter (Handwerker u. s. w) ein Quantum von 187,0 kg. — Aus verschiedenen anderen Werken mögen noch folgende Angaben über den jährlichen Individualverbrauch eine Stelle finden: Ländliche Tagelöhnerfamilie im Kreis Gerdauen 320 kg Brodgetreide, ländliche Arbeiter im Magdeburgischen 182,5 kg, Ackerknechte in der Gegend von Halle 365 kg Brod, desgleichen in der Rheinpfalz 208 kg Brodkorn, schlesische Fabrikarbeiter 114 kg Brod und Mehl (bei 640,9 kg Kartoffeln), desgleichen Bergleute im Nassauischen 287 kg Brod und Mehl.

Sehr eingehend hat sich u. A. auch Geheimrath Reuning in Dresden, seiner Zeit Decernent für die Strafanstalten in Sachsen, mit der Feststellung des Consums von Getreide aller Art in der Form von Brod, Weizengebäck und sonstigen Speisen beschäftigt, und hierbei gefunden, dafs über 14 Jahre alte Personen jährlich 237,5 kg pro Kopf verzehren, jüngere weniger und zwar Kinder im Alter von über 1 bis 2 Jahren nur 36,5 kg, von über 2 bis 4 Jahren 55 kg, von über 4 bis 6 Jahren 73 kg, von über 6 bis 8 Jahren 110 kg, von über 8 bis 10 Jahren 146 kg, von über 10 bis 12 Jahren 164 kg, und von über 12 bis 14 Jahren

182,5 kg. Auf die sächsische Bevölkerung mit Rücksicht auf die Altersklassen vertheilt, ergiebt dies einen Jahresverbrauch von 210 kg pro Kopf, wogegen Husson in Paris als jährlichen Brodverzehr ermittelte: der Kinder von unter bis 3 Jahren 45 kg, von über 3 bis 7 Jahren 90 kg, von über 7 bis 12 Jahren 135 kg, von über 12 bis 16 Jahren 182,8 kg; der männlichen Arbeiter 365 kg, der weiblichen Arbeiter 202 kg, der Bourgeois 182,8 kg, ihrer Frauen 146,24 kg, der Greise 100,54 kg; im Durchschnitt incl. Grütz- und Roggenbrod 186,30 kg, ohne beides 180,9 kg.

Endlich hat Dr. R. Simmler, wohlbekannt durch sein treffliches Werk «Die Ernährungsbilanz der Schweizer Bevölkerung», ermittelt, dafs der Durchschnitts-Getreideconsum (das Kopfbetreffnifs) eines Durchschnittsbewohners der Schweiz 187 kg betrage.

Es ist wohl unnöthig, noch mehr Untersuchungsergebnisse beizubringen, um zu erhärten, dafs, wie es auch Ducpétiaux und Reuning gethan haben, 210 kg Brodgetreide diejenige Menge sei, welche als Jahresbedarf für einen Durchschnitts-Bewohner zu rechnen ist; dies macht pro Tag 575 1/3 g oder etwas mehr als ein Pfund. Vergleichen wir diese Menge mit der in Deutschland in einem Durchschnittsjahr gewachsenen von 165,7 kg, und mit der im Jahre 1880 gewachsenen von 142,8 kg, so stehen wir in dem einen wie in dem anderen Falle vor einem erheblichen Fehlbetrage an Brodgetreide, der auf irgend eine Weise gedeckt werden mufs. Ein wirklich vorhandenes Deficit drückt aber nicht gleich schwer auf die gesammte Bevölkerung. Die Getreideproducenten werden bei der Zutheilung der Nahrungsmittel, die sie selbst erbauen, unter übrigens gleichen Umständen, sich immer in die vorderste Linie stellen und erst den Ueberschufs über ihren eigenen Bedarf Dritten zukommen lassen, wofern sie nicht etwa durch Schuldverhältnisse und andere Verbindlichkeiten zu stärkerem Verkauf gezwungen werden und in diesem Falle allerdings die Wirkungen der Mifsernte auch an ihren eigenen Leibern mit empfinden und mit ertragen müssen. Den Beweis für jenes reichlichere Zumafs liefern die höchst ansehnlichen Deputate von Getreide oder Brod für das landwirthschaftliche Gesinde. Es sind unglaubliche Mengen, welche in landwirthschaftlichen Rechnungen und Schriften hierfür aufgeführt werden; sie gehen bis 11 hl Roggen für einen Grofsknecht. Da 1 hl 70 kg schwer ist,

so sind das 770 kg, selbstverständlich neben einer Menge anderer Nahrungsmittel. Für einen Kleinknecht werden 80 bis 82 pCt., für eine Magd 64 bis 70 pCt. jener Portion in Anschlag gebracht.

Vor weiterer Verwerthung dieser und ähnlicher Zahlen empfiehlt es sich, wenigstens annähernd die Kopfzahl der deutschen landwirthschaftlichen Bevölkerung und ihren Brodbedarf festzustellen. Auf directem Wege läfst sich das zwar nicht angeben, weil man die Zahl der landwirthschaftlichen Producenten nicht genau genug kennt, wohl aber auf indirectem Wege insofern, als darüber ziemlich sichere Erfahrungen vorliegen, wie viel Kräfte zur Bestellung einer landwirthschaftlichen Fläche von bestimmter Gröfse ungefähr nöthig sind. Danach werden zur Bewirthschaftung von je 100 ha incl. der nöthigen Wiesen oder Futterfelder und incl. der reichen Weiden erfordert, und zwar mit Einschlufs der Eigenthümer, Pächter, u. s. w. und deren in der Wirthschaft mitthätigen Familienmitglieder,

bei Koppelwirthschaft . . .	18—20	Personen
» Dreifelder-Wirthschaft . .	22—24	»
» Fruchtwechsel-Wirthschaft	38—40	»
» Industrie-Wirthschaft . .	45—48	»

Im Durchschnitt der Wirthschaftssysteme dürfte die deutsche Landwirthschaft pro 100 ha Acker- und Wiesenland etwa 25 Personen beschäftigen. Da nun das Deutsche Reich 25 999 670 ha Acker- und Gartenland, 5 907 629 ha Wiesen und 600 436 ha reiche Weiden, zusammen 32 507 735 ha umschliefst, so würde die Bewirthschaftung dieser Fläche rund 8 127 000 landwirthschaftliche Erwerbthätige in Anspruch nehmen. In Preufsen kommen auf jeden solchen Erwerbthätigen 1,81 nicht erwerbthätige Familienangehörige. Bei demselben Verhältnisse im Deutschen Reiche würden sich also von der Landwirthschaft, Viehzucht, Gärtnerei u. s. w etwa $22^3/_4$ Millionen Menschen oder $50^1/_2$ pCt. der Gesammtbevölkerung nähren. Wenn diese ihren Brodgetreide-Bedarf nur in Höhe von 210 kg pro Kopf vorweg nähmen, das sind 47 775 000 D.-Ctr., so blieben für die übrigen $22^1/_4$ Millionen Bewohner im Durchschnittsjahre von 1878—1880 nur 22 997 000 D.-Ctr., im Erntejahr 1880—81 aber nicht mehr als 17 504 000 D.-Ctr., und es entfielen pro Kopf dieser Bevölkerung im ersten Falle 103,2 kg, im zweiten Falle nur 78,9 kg. Dieses Quantum bleibt hinter dem als rationelles Durchschnittsmafs erachteten von

210 kg weit zurück. Es würde indefs die Rechnung nur compliciren und die Untersuchung doch nicht erheblich fördern, wenn wir, bei Fortsetzung derselben, stets zwei grofse Bevölkerungshälften, eine landwirthschaftliche und eine nichtlandwirthschaftliche, auseinander halten wollten. Wir erstrecken daher auch fernerhin unsere Betrachtung auf die nicht nach dem Beruf und Erwerb unterschiedene Gesammtbevölkerung. Gleichviel aber, ob man das Eine oder das Andere thue, soviel steht fest, dafs die deutsche Getreideproduction den deutschen Brodbedarf heute nicht mehr deckt, wenn anders die lediglich amtlichen Erhebungen und Veröffentlichungen entnommenen Zahlen, die wir vorgeführt, in jeder Hinsicht zuverlässige sind.

Der amtliche Charakter dieser Zahlen hindert freilich nicht, dafs die Getreideproduction gröfser ist, als sie durch die Erntestatistik ermittelt wird; dafs die Verwendung von Gerste und Hafer zu Brod beträchtlicher ist, so dafs sie nicht vernachlässigt werden darf, wie es oben geschehen ist; dafs der Saatbedarf geringer ist als der, den wir in Abzug gebracht haben; endlich dafs der normale mittlere Brodconsum hinter dem angenommenen, 210 kg Brodgetreide entsprechenden Mittelmafse zurückbleibt. Alle diese Möglichkeiten können in verschiedenen Graden zu gleicher Zeit und in einer Richtung wirksam sein. Indefs das ist weniger wahrscheinlich, als dafs sie in verschiedener Richtung wirken und darum sich grofsentheils gegenseitig aufheben. Wir werden erst dann in der Sache etwas heller sehen, wenn wir auch über die Deckung des Fehlbedarfs an Brodgetreide durch Zufuhren von Aufsen im Klaren sind.

III.

Deutschlands Brodbeschaffung.

Wenn auch die nachgewiesenen Quantitäten des durchschnittlichen Brodbedarfs ganzer Bevölkerungen keineswegs bis auf das Kilogramm zutreffen werden, so haben als Ergebnisse sorgfältig angestellter Beobachtungen diejenigen von Reuning, Simmler, Ducpétiaux, Husson, Porter u. A. doch unzweifelhaft den Werth von Schätzungen, welche der Wahrheit sehr nahe kommen. Dafs es jemals gelingen werde, an die Stelle solcher Schätzungen lediglich positive Messungen des Brodconsums jedes einzelnen Bewohners treten zu lassen, daran ist überhaupt nicht zu denken; man wird sich daher auf diesem Gebiete immer mit Einzelmessungen und Generalisationen derselben, sowie mit logischen Schlufsfolgerungen aus mehr oder minder gut begründeten Vordersätzen begnügen müssen. Eingedenk dessen wollen wir nunmehr untersuchen, wie viel Nahrungsmittel in den letzten drei Kalenderjahren 1878 bis 1880 in das Deutsche Reich mehr ein- als ausgeführt worden sind, um aus der verfügbaren Gesammtmenge der Production und Mehreinfuhr ein Urtheil über den im Durchschnitt auf jeden Kopf der Bevölkerung entfallenen Antheil an Brodgetreide zu gewinnen. Den Mittheilungen des Kaiserlichen statistischen Amts entnehmen wir über die Mehrein- bezw. Mehrausfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten und Kartoffeln in den Jahren 1878 bis 1880 folgende Zahlen:

Mehreinfuhr:	1878	1879	1880
	D.-Ctr. à 100 kg		
Weizen	2 878 758	3 194 302	493 664
Roggen	7 547 084	13 315 454	6 630 114
Gerste	2 454 856	631 320	678 524
Hafer	1 577 589	2 079 694	1 181 090
Buchweizen	fehlt	—	72 770
Mais	960 074	1 884 701	3 392 710
Hülsenfruchte	195 107	230 335	—

	1878	1879	1880
Mehrausfuhr:		D.-Ctr. à 100 kg	
Andere Getreidesorten .	232 046	45 357	49 036
Hülsenfrüchte	—	—	100 758
Kartoffeln	3 208 313	5 537 850	5 485 701

Da das Jahr 1879, wegen des zu Anfang 1880 in's Leben getretenen Kornzolles, in Bezug auf Getreide-Import ein ungewöhnliches ist, so empfiehlt es sich, mehr mit einem Durchschnittsjahre aus 1878 bis 1880 und mit dem Erntejahre 1880/81 zu rechnen. Die Mehrein- bezw. Mehrausfuhr war folgende:

	in 3 Jahren 1878—80	in einem Durchschnittsjahr aus 1878—80	im Erntejahr 1880/81 1.8.—31.7.
Mehreinfuhr:		D.-Ctr. à 100 kg	
Weizen	6 566 724	2 188 908	4 087 830
Roggen	27 492 652	9 164 217	7 075 233
Gerste	3 764 700	1 254 900	2 123 448
Hafer	4 838 373	1 612 791	1 699 191
Buchweizen	72 770	72 770	107 159
Mais	6 237 485	2 079 162	4 787 790
Hülsenfrüchte	223 926	74 642	135 687
Mehrausfuhr:			
Andere Getreidesorten .	326 439	108 813	—
Kartoffeln	14 231 864	4 743 955	2 513 228

Die durch den heimischen Getreidebau (nach Abzug des Saatbedarfs) und durch die Mehrzufuhr von Aufsen, bezw. Mehrausfuhr von Innen, insgesammt verfügbaren Cerealienmengen waren also:

	im Durchschnittsjahr aus 1878—80 D.-Ctr.	im Erntejahr 1880/81 D.-Ctr.
Weizen	23 153 615	24 025 497
Spelz	3 541 211	3 887 207
Roggen	58 291 793	47 529 894
Gerste	20 254 984	20 775 976
Hafer	40 360 818	37 612 424
Buchweizen	1 537 042	1 240 846
Mais	2 198 373	4 880 001
Hülsenfrüchte (Erbsen) . .	3 467 737	2 640 367
Kartoffeln	160 349 537	145 721 397

Da wir aber hier in dem einen wie in dem andern Jahre nur mit den drei Haupt-Brodgetreidearten, Weizen, Spelz und Roggen, rechnen, so betragen die Mengen dieser im Durchschnittsjahre 84 986 619, im Erntejahre 1880/81 dagegen nur 75 442 598 D.-Ctr. Unter Bezugnahme auf die früheren Auseinandersetzungen bringen wir von jeder dieser zu Mehl und Brod zu verarbeitenden Quantitäten den Mahlverlust mit 10 pCt. in Abzug, so dafs der Bevölkerung des Deutschen Reichs im Durchschnittsjahre beinahe $76,_5$ Millionen, im Erntejahre $67,_9$ Millionen Doppelcentner Weizen-, Spelz- und Roggenbrod zur Verfügung gestanden haben. Die Bevölkerung im Durchschnittsjahre wieder zu $44^1/_2$ Millionen Seelen gerechnet, ergiebt für das Durchschnittsjahr eine individuelle jährliche Brodportion von $171,_{08}$ kg, für das Erntejahr eine solche von $150,_9$ kg. Die Brodgetreide-Portion ist um den auf Mahlverlust gerechneten Antheil gröfser, d. h. sie beträgt im Durchschnittsjahre $190,_1$ kg, im Erntejahre 1880/81 $167,_6$ kg.

Untersuchen wir jetzt, wie sich wohl oder übel die tägliche, wöchentliche und jährliche Brodzutheilung bei dem gegebenen Brodquantum mit Rücksicht auf die Alterszusammensetzung sämmtlicher Bewohner des Reichs, jedoch ohne Unterscheidung des Geschlechts und Berufs derselben, gestalten mufs.

Die der Wahrheit am nächsten kommende Vertheilung der zur Verfügung stehenden Brodmenge in einem Durchschnittsjahre auf je 1000 der nach Altersklassen unterschiedenen Bewohner dürfte folgende sein:

	Zahl der Bewohner	Kopfbetreffnifs tägl.	wöchentl.	jährl.	Gesammtverzehr jährlich
		g	kg	kg	kg
Von unter bis 5 Jahren	134	$142,_8$	1	52	6 968
» über 5—10 »	112	$285,_7$	2	104	11 648
» » 10—15 »	102	$428,_6$	3	156	15 912
» » 15—20 »	95	$571,_4$	4	208	19 760
» » 20—70 »	532	$571,_4$	4	208	110 656
» » 70 »	25	$428,_6$	3	156	3 900
Summa	1000	$463,_{86}$	$3,_{247}$	$168,_{84}$	168 844

Was die hier vorgeführte, auf beide Geschlechter bezügliche Besetzung der einzelnen Altersklassen anlangt, so entspricht sie genau der Wirklichkeit und findet sich in dem

statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich nachgewiesen. Allerdings gilt sie für die am 1. December 1875 gezählte Bevölkerung. Da sich aber die Alterszusammensetzung einer so grofsen Volksmenge erfahrungsmäfsig im Laufe der Jahre wenig ändert, so kann sie ebenso gut auch auf die am 1. December 1880 gezählte Bevölkerung angewendet werden.

Am leichtesten läfst sich in obigen Zahlen der wöchentliche Brodconsum controliren; er beträgt im Durchschnitt noch nicht $3^1/_4$ kg, d. h. pro Tag noch nicht ein ganzes Pfund, ist aber selbstverständlich, je nach dem Alter der Brodconsumenten, verschieden. Die stärkste Portion von 4 kg pro Woche, oder $1^1/_7$ Pfd. täglich, dürfte gleichwohl Vielen noch als zu schwach erscheinen; indefs das gegebene Brodgetreide-Quantum reicht nicht weiter. Wenn von den 45 Millionen Deutschen jeder im Jahre 168,84 kg Brod erhalten soll, so sind 75 979 980 oder rund 76 Millionen Doppelcentner Brod nöthig, um sie alle zu befriedigen.

Freilich braucht man vorstehende Kopfbetreffnisse nur mit den früher mitgetheilten Brodportionen der Soldaten, Matrosen und Insassen öffentlicher Anstalten zu vergleichen, um darüber aufser Zweifel zu sein, dafs, selbst bei einer Durchschnittsernte, die Durchschnitts-Brodportionen der Deutschen recht knappe sind, trotzdem letztere bei einer solchen Ernte noch circa $11^1/_4$ Millionen D.-Ctr. Brodgetreide hinzukaufen. In einem so ungünstigen Erntejahre, wie das von 1880/81, gestalten sich die Ernährungsverhältnisse leider noch viel weniger erfreulich. Wegen des ganz ungewöhnlich hohen Preises des Roggens konnte hiervon im ebengenannten Jahre nicht so viel wie in dem Durchschnittsjahre angeschafft werden. In diesem belief sich der Preis pro 1000 kg auf 171,96 *M*, dagegen stellte er sich im Erntejahre 1880/81 auf 208,0 *M*. Ein Unterschied von über 36 *M* pro 1000 kg fällt bei einer im genannten Erntejahre nothwendigen Einfuhr von nahe 7 Millionen D.-Ctr. Roggen schon bedeutend ins Gewicht. Der als Nahrungsmittel in vieler Beziehung über dem Roggen stehende Weizen galt in der nämlichen Zeit nur 215,0 *M* pro 1000 kg; kein Wunder daher, dafs, bei so geringer Preisdifferenz gegen Roggen, dessen Beschaffung vorher noch nie dagewesene Dimensionen erreichte. Im Ganzen betrug der Zukauf an Weizen rund 4 087 000 D.-Ctr., an Roggen 7 075 200 D.-Ctr., beides zusammen 11 163 043 D.-Ctr. Dessenungeachtet blieb das Gesammt-

quantum an Brodgetreide (zusammen 75 442 598 D.-Ctr. gegen 85 Millionen D.-Ctr. im Durchschnittsjahr) um mehr als 10 Millionen D.-Ctr. oder — $12^2/_3$ pCt. zurück. Um genau ebenso viel mufsten die ohnehin nicht sehr reichlichen Brodportionen, wenigstens so weit sie aus Weizen, Roggen und Spelz bestanden, verkürzt werden. Das ist lediglich eine Folge der Preisverhältnisse. Der Preis des Weizens stand im Erntejahre nur 4,18 pCt. höher, als im Durchschnittsjahre, während der Erntejahrpreis des Roggens den Durchschnitts-Jahrespreis um 12,1 pCt. überragte.

Es liegt auf der Hand, dafs, wenn Theuerung den Brodconsum einschränkt, die Bevölkerung nicht zu den besseren Nährstoffen schreiten kann, sondern auf minderwerthige übergehen, oder doch solche in gröfserer Quantität zu Hülfe nehmen mufs. Dadurch wird die Nahrung im Allgemeinen verschlechtert. Sie ist in Deutschland ohnehin kaum zufriedenstellend und entspricht den physiologischen Anforderungen keineswegs. Wir werden das zu einer anderen Zeit und Gelegenheit ausführlicher nachweisen. Dr. Simmler fand das mittlere tägliche Kostmafs von 112,71 g Eiweifs, 56,31 g Fett, 477,79 g Kohlenhydraten, 24,68 g Salzen (zusammen 671,42 g) eines Durchschnittschweizers gegeben in einer Jahresconsumtion von 187 kg Brodgetreide, 312 kg Kartoffeln, 23,5 kg Fleisch, 5,5 kg Butter, 8,5 kg Käse, 8,5 kg Wein und 200 kg Obst. Da der Preis für gleiche Gewichtsmengen von Eiweifsstoffen sich zu dem von Kohlenhydraten aber verhält wie 4 oder 5 : 1, so mufs nothwendig das Fehlende in der Qualität der Nahrung durch die Quantität ersetzt werden, so weit dies möglich ist. Es ist aber nur innerhalb ziemlich enger Grenzen möglich, und die weitere Folge hiervon ist: ein Herabsinken der Spannkräfte der schlecht oder ungenügend Genährten. Ein Fehlerntejahr wie das von 1880/81 macht sich daher im Haushalte der Nation nicht blos dadurch bemerklich, dafs es mehr Sterbefälle fordert, sondern auch durch den ebenso beklagenswerthen Umstand, dafs es die physische Arbeitskraft verringert.

Wir wollen übrigens hier sogleich einschalten, dafs aus dem Brodconsum allein noch nicht ohne Weiteres auf die Nahrungsverhältnisse eines Volkes geschlossen werden kann; man mufs die ganze Lebenshaltung, oder mindestens doch die Gesammternährung ins Auge fassen. Es ist allbekannt und auch vollkommen erklärlich, dafs, individuell betrachtet, der Brodconsum

bei erhöhtem Fleischconsum sinkt. Allein, wenn solche Erhöhung nicht stattfindet, wenn, statt mehr Brod, mehr Kartoffeln genossen werden, mit einem Wort, wenn das Mischungsverhältnifs der vorwiegend stickstoffhaltigen und der vorwiegend kohlenstoffhaltigen Nahrungsmittel sich zu Ungunsten der ersteren verändert, dann ist der abnehmende Brodconsum ein eben so sicheres Zeichen der Nahrungsverschlechterung, wie der Tiefstand der Brodconsumtion eines ganzen Volkes ein untrügliches Symptom der sinkenden oder gesunkenen Lebenshaltung und der Verminderung des Wohlstandes ist. —

Die bis hierher geführte Untersuchung der Getreideproduction, des Brodbedarfs und der Brodbeschaffung in einem Durchschnittsjahre und in dem Erntejahre 1880/81 würde unvollständig sein, wenn sie nicht auch bestrebt sein wollte, die Summen zu beziffern, welche in diesen Zeiträumen für das tägliche Brod ausgegeben werden mufsten. Die Unterlagen zu solcher Berechnung sind in soweit vorhanden, als über die Erntejahrpreise des Weizens und Roggens, allerdings nur für Preufsen, Folgendes bekannt ist.

	Weizen (p. 1000 kg)	Roggen (p. 1000 kg)
Erntejahr 1878/79	ℳ 185	134
» 1879/80	» 217	174
» 1880/81	» 215	208
Durchschnitt	ℳ 205,66	172,00

Setzen wir den Spelz im Preise dem Weizen gleich, so war der Geldwerth des Weizens und Spelzes einerseits und des Roggens andererseits, sowie der aller drei Feldfrüchte zusammen:

a. im Durchschnittsjahr:

	Menge in D.-Ctr.	Preis v. 1000 kg	Gesammtbetrag ℳ
für Weizen und Spelz .	26 694 826	205,66	549 005 782
» Roggen	58 291 793	172,00	1 002 618 839
Summa . .	84 986 619	—	1 551 624 621

b. im Erntejahr 1880/81:

für Weizen und Spelz .	27 912 704	215	600 123 136
» Roggen	47 529 894	208	988 621 795
Summa . .	75 442 598	—	1 588 744 931

Wir wiederholen, dafs die dieser Rechnung zu Grunde gelegten Durchschnittspreise die vom kön. statistischen Bureau zu Berlin publicirten des preufsischen Staates sind und in letzterem

auch nur für den Kleinverkehr gelten. Allein gerade dieser Eigenschaft wegen sind sie für vorliegenden Zweck viel brauchbarer, als die des Grofsverkehrs; die Preise in den übrigen deutschen Staaten können von den preufsischen nur wenig abweichen.

Das Facit der Rechnung ist, dafs das deutsche Volk, ungeachtet einer erheblichen Einschränkung des Brodconsums und einer Minderverwendung von über 10 Millionen Doppelcentner Brodgetreide im Erntejahre 1880/81 gegen das Durchschnittsjahr, doch über 37 Millionen Mark mehr hierfür aufwenden mufste. Ueber 11 Millionen Mark nahm hiervon das Reich für Zölle an sich; diese sind den Getreideproducenten nicht zu Gute gekommen; dagegen ist den deutschen Landwirthen, soweit sie Weizen, Spelz und Roggen bauen, insofern ein erheblicher directer und indirecter Antheil zugefallen, als sie im Stande waren, ihre im Erntejahre 1880/81 geringere Erntemenge zu einem höheren Preise zu verwerthen als die reichlichere des Durchschnittsjahres. Denn nach Abzug des Saatbedarfs blieben von der Erzeugung übrig

	im Durchschnittsjahr:	im Erntejahr 1880/81:
Weizen und Spelz	24 614 731 D.-Ctr.	23 824 874 D.-Ctr.
Roggen	49 127 576 »	40 454 661 »
Summa . .	73 742 307 D.-Ctr.	64 279 535 D.-Ctr.

Bei den oben angegebenen Preisen war der Geldwerth dieser im Deutschen Reiche erzeugten Producte, gleichviel welche Mengen davon wirklich zum Verkauf gelangten, und zwar:

	im Durchschnittsjahr:	im Erntejahr 1880/81:
für den Weizen und Spelz .	506 224 557 ℳ	512 234 791 ℳ
» » Roggen.	844 994 107 »	841 456 948 »
Summa . .	1 351 218 664 ℳ	1 353 691 739 ℳ

Werden diese Summen von den nur wenige Zeilen weiter oben mitgetheilten von 1 551 624 621 bezw. 1 588 744 931 ℳ abgezogen, so ergiebt sich für das Durchschnittsjahr eine Differenz von 200 405 957 ℳ, für das Erntejahr 1880/81 eine solche von 235 053 192 ℳ, und dieses sind die Beträge, welche für die Brodgetreide-Bezüge an das Ausland in den beiden Jahren entrichtet werden mufsten, jedoch im Erntejahre mit Abzug von etwas über 11 Millionen Mark, welche die Reichskasse für Zölle auf das eingeführte Getreide vereinnahmte.

Das sind beträchtliche Summen, doch mufsten sie unweigerlich gezahlt werden, weil es sich dabei um Leben und Gesundheit

der Nation handelte. Allein wenn der Durchschnittspreis des Weizens und Spelzes im Durchschnittsjahr (ohne Getreidezölle) 205,66 ℳ pr. 1000 kg oder 20,566 ℳ pr. Doppelcentner betrug, der des Roggens 172,00 bezw. 17,200 ℳ, während im Erntejahre 1880/81 jeder Doppelcentner dieser Getreidearten, der aufgelegten Getreidezölle wegen, 1,0 ℳ mehr kostete, als dies aus Getreideproductions-Gründen nöthig gewesen wäre, so heifst Das nichts Anderes, als: damit 11 Millionen Mark für die Reichskasse vereinnahmt werden konnten, mufste das deutsche Volk eine Vertheuerung des im Deutschen Reiche selbst erbauten Brodgetreides um über 64 Millionen Mark über sich ergehen lassen. Ohne diese Preiserhöhung und ohne den Getreidezoll hätte es für das nämliche Geld, d. h. für die Summe von $64^1/_4$ Millionen Mark, über $3^1/_4$ Millionen Doppelcentner Roggen zum Preise von 20,8 minus 1 ℳ = 19,8 ℳ pr. 100 kg mehr kaufen und sich erheblich besser nähren können. Auf jeden Kopf der Bevölkerung des Reiches wären ca. $6^2/_3$ kg Brod mehr entfallen. Dieselbe hat mithin das Erntedeficit von 1880/81 im wahrsten Sinne des Worts an ihrem Leibe gebüfst; sie war offenbar nicht im Stande, noch mehr Geld für ihren schon sehr eingeschränkten Brodbedarf aufzuwenden.

Man kann zweierlei Einwendungen sowohl gegen diesen, wie wir glauben hinlänglich bewiesenen Ausspruch, als auch gegen die ganze Berechnung machen; sie wären aber keineswegs neu. Die erste, der wir schon bis zu einem gewissen Grade Beachtung geschenkt, ist, dafs die landwirthschaftliche oder vielmehr die für ihren eigenen Bedarf genug Brodgetreide producirende Bevölkerung unter der Vertheuerung des Brodes deshalb überhaupt nicht zu leiden habe, weil sie solches nicht zu kaufen braucht. Das wäre richtig, wenn Brod das alleinige Bedürfnifs der Getreideproducenten wäre. Da es dies nicht ist, so müssen sie sich für alle übrigen Consumtionsgegenstände die durch die Brodvertheuerung erhöhten Productionskosten und in Folge dessen gestiegenen Preise gefallen lassen. Indirect trifft sie also der Nachtheil der unnatürlichen Vertheuerung doch mit. Wenn aber — angenommen, doch nicht zugegeben — die Getreide producirende Bevölkerung keinerlei Nachtheile von der Getreidevertheuerung hätte, so würde die Gesammtwucht derselben auf die übrige Bevölkerung fallen und würde diese um so mehr darunter leiden müssen.

Der zweite Einwand ist, dafs die deutsche Landwirthschaft

des Zollschutzes zu ihrer Existenzfähigkeit unbedingt bedürfe. In dieser Beziehung enthält die den Ausgangspunkt unserer Untersuchungen bildende Broschüre «Der Getreideverkehr mit dem Auslande» so treffende und sachkundige Bemerkungen über die Zweckverfehlung dieses Schutzes, dafs wir lediglich darauf verweisen können. Es darf hierbei nicht übersehen werden, dafs die deutsche Weizenproduction schon in dem Durchschnittsjahre um 9,49 pCt. hinter dem Gesammtverbrauch (nach Deckung des Saatbedarfs, der überhaupt in unserer Rechnung ein für allemal — weil schon abgezogen — nicht weiter berücksichtigt worden ist) zurückgeblieben ist, in dem Erntejahre 1880/81 aber um 14,6 pCt. Vom Roggen müssen 15 pCt. des Gesammtbedarfs aus dem Auslande bezogen werden und sind davon sowohl im Durchschnittsjahre wie im genannten Erntejahre so viel bezogen worden. Das Gerstendeficit war 6,20 bezw. 10,61 pCt., das Haferdeficit 4,0 bezw. 3,63 pCt. Selbst in Hülsenfrüchten bleibt die heimische Production hinter dem Bedarf zurück, und nur in Kartoffeln findet das Umgekehrte statt. Bei der raschen Vermehrung der Bevölkerung des Deutschen Reichs gegenüber der viel langsameren Zunahme der Bodenproduction müssen diese Deficite nothwendig immer gröfser werden. In einigen Staaten des Reichs herrschen bereits Verhältnisse wie in Grofsbritannien. Mehr als die Hälfte des gesammten Brod- und übrigen Nahrungsbedarfs mufs von Aufsen eingeführt, d. h. gegen Industrieerzeugnisse eingetauscht werden. Hierzu ist die freieste Bewegung in der Industrie, im Handel und Verkehr nothwendig. Der Zollschutz aber kann den Boden weder vermehren noch erheblich fruchtbarer machen. Dessenungeachtet sind wir weit davon entfernt, den Kampf der deutschen Landwirthschaft gegen die ausländische Concurrenz mifszuverstehen und für eine verlorene Sache zu halten. Im Gegentheil, wir sind bereit, die Mittel und Wege aufsuchen und ebenen zu helfen, durch die und auf welchen dieser Kampf siegreich bestanden werden kann. Beim besten Willen vermögen wir uns aber nicht davon zu überzeugen, dafs, wie es im Erntejahre 1880/81 geschehen, 64 Millionen Mark der einen Hälfte der Bevölkerung zu nehmen, um sie der anderen Hälfte zu geben, eines oder gar das beste dieser Mittel sei. —

Obige Darlegungen zwingen dazu, jeden der im Eingang dieser Schrift aus der Broschüre «Deutschlands Getreideverkehr

mit dem Auslande» erwähnten Sätze als vollkommen richtig anzuerkennen, und wir halten uns auch jetzt schon davon überzeugt, dafs analoge fortgesetzte Beobachtungen die Wahrheit jener Aussprüche immer mehr bestätigen werden.

Es sei uns schliefslich vergönnt, über den Getreidezoll als Schutzmittel der Landwirthschaft noch Einiges hinzuzufügen.

Was die Mittel und Wege anlangt, durch welche der deutschen Landwirthschaft wahrhaft und nachhaltig geholfen werden könne, so fehlt es hierüber zwar nicht an hunderterlei Vorschlägen, allein sie gehen bunt durch einander, sind zum Theil höchst widersprechend und einseitig und entbehren durchweg eines planmäfsigen Zusammenhangs. Das liegt daran, dafs wir in Deutschland über die wahre Lage unserer Landwirthschaft äufserst mangelhaft unterrichtet sind. Wir senden Experte nach Amerika, um die kleinsten Einzelheiten der dortigen Getreideproduction zu studiren; aber wie es bei uns selbst aussieht, wissen wir nicht, und hält man leider an mafsgebendster Stelle für zu wissen unnöthig. Fast in keinem deutschen Staate kennt man die Zahl der einzelnen Landwirthschaften nach ihrer Gröfse, weifs man, wie viel Personen sie beschäftigen und wie viel Personen nebenbei Landwirthschaft treiben. Wir kennen auch nicht die Gröfse des Viehstandes, denn das Vieh wurde zum letzten Mal im Januar 1873 gezählt, und hierbei wurden weder die Viehrassen noch die Schwere der Thiere ermittelt. Auch wurde die Viehhaltung nicht in Verbindung mit der Gröfse der Wirthschaften gebracht, so dafs Niemand zu sagen weifs, wie viel und welches Vieh auf dem Grofs-, Mittel- und Kleinbesitz gehalten und erhalten wird. Ebenso wenig wissen wir, wie sehr jetzt schon maschinelle Kräfte in der Landwirthschaft zur Anwendung gelangen. Ueber den Ernteertrag der Landwirthschaft werden allerdings seit 1878 alljährlich Ermittlungen angestellt und veröffentlicht, allein der Nutz- und Arbeitsertrag der Viehzucht ist gänzlich unbekannt. Vollends unwissend sind wir über die Höhe der landwirthschaftlichen Productionskosten. Es fehlt uns nicht blos die Kenntnifs der Gröfse des Anlagecapitals und der jährlichen Veränderungen dieser Gröfse, sondern auch die Gröfse des Betriebscapitals und die Bedingungen, unter welchen das eine wie das andere der Landwirthschaft zu-

geführt wird und darin arbeitet, und wie sich sowohl jenes als dieses im Laufe der einzelnen Jahre oder in einer Reihe von Jahren rentirt oder nicht rentirt, gehören zu den unbekannten Dingen. Die wirkliche Belastung der Landwirthschaft mit öffentlichen Abgaben aller Art und mit Grundschulden ist gleichfalls eine *terra incognita*.

Die Aufzählung dessen, was wir von unserer Landwirthschaft, dem gröfsten und umfangreichsten Gewerbe im Deutschen Reiche, nicht wissen, liefse sich noch lange fortsetzen; allein die eben genannten unbekannten Dinge mögen und werden genügen, um darzuthun, dafs eine eingehende Untersuchung oder Enquête über die deutsche Landwirthschaft zu den allernothwendigsten und unmöglich noch länger zu verschiebenden Aufgaben des Reichs und seiner Einzelstaaten gehört. Man täusche sich nicht: Die deutsche, namentlich aber die kleine bäuerliche Landwirthschaft steht vor einer ähnlichen Krisis, wie die, welche das Handwerk oder das kleinbürgerliche Gewerbe dem Grofsbetriebe gegenüber durchzumachen gehabt hat und noch durchmacht. Sind zwar Landwirthschaft und Industrie in wesentlichen Beziehungen sehr verschieden von einander, so haben sie doch auch viele Aehnlichkeiten, und eben darum verdient die gegenwärtige Lage der Landwirthschaft die ernsteste Würdigung. In anderen Ländern, wo ähnliche Verhältnisse obwalten, wendet man der Erforschung der thatsächlichen agrarischen Zustände die gröfste Aufmerksamkeit zu. Möge man in Deutschland nicht länger damit zurückbleiben, und möge der Reichstag die Anregung dazu geben, wenn der Bundesrath die Initiative nicht ergreift. Das Bestreben, die Wahrheit zu suchen und zu finden, erfüllt sicher alle Fractionen des Reichstags gleichmäfsig, und an der allseitigen Zustimmung eines hierauf gerichteten Antrags und der Bewilligung der Mittel zu seiner Verwirklichung ist wohl kein Zweifel.

Der andere Punkt, ob der Getreidezoll die von den Landwirthen gewünschte Verbesserung ihrer Lage ohne Schädigung der Allgemeininteressen herbeiführen könne, hat vor Kurzem in dem angesehensten Organ der praktischen Nationalökonomie aller Länder, dem englischen «*Economist*», eine sehr helle Beleuchtung erfahren, die dadurch veranlafst wurde, dafs die agrarische Bewegung, welche in Deutschland und Frankreich schon vor Jahren ihren Einzug gehalten hat, nun auch nach England gedrungen ist

und dort gleichfalls das Verlangen nach Getreidezöllen, zum Schutze der heimischen Landwirthschaft, hervorgerufen hat. Der Artikel lautet im Auszuge und in freier Uebersetzung wie folgt:

So viel man aus den sich vielfach widersprechenden Berichten der Antragsteller auf Wiedereinführung des Getreidezolls ersehen kann, soll derselbe drei Zwecken dienen. Zunächst hofft und glaubt man, dafs eine Abgabe von 5 Shilling auf den Quarter (1 Quarter — 2,9079 hl) fremden Weizens unsere Landwirthe in den Stand setzen würde, 52 bis 53 Shilling für den Quarter ihres im Lande gebauten Weizens zu erzielen. Da dieser Preis eine entsprechende Vermehrung des Gewinnes zur Folge hätte, so würde der Anbau des Weizens rasch zunehmen und in Folge dessen viel Geld, was jetzt zum Ankauf fremdländischer Nahrungsmittel in's Ausland wandert, im Lande selbst verausgabt, und würden die Einkünfte der Ackerbaubevölkerung bedeutend vermehrt werden. Zweitens würden bei der in dieser Weise gesteigerten Wohlhabenheit der Landleute die einheimischen gewerblichen Erzeugnisse aller Art von ihnen mehr gekauft und dadurch auch eine gröfsere gewerbliche Thätigkeit erzielt werden. Drittens könnte der Getreidezoll als Mittel dienen, die Vereinigten Staaten (welche uns hauptsächlich mit Getreide und Mehl versorgen) zu zwingen, ihre Einfuhrzölle auf unsere Waaren zu erniedrigen, wodurch zugleich eine Ausdehnung unseres auswärtigen Handels und eine günstige Rückwirkung auf unsere Industrie herbeigeführt würde.

Alle diese Vortheile, sagt man, können wir uns mit einem sehr geringen Kostenaufwande verschaffen. Sir Edward Sullivan führt in einem Artikel «Der isolirte Freihandel» im Augusthefte der Zeitschrift «*The Nineteenth Century*» u. A. Folgendes aus.

Von 1870 — 1880 haben wir jährlich 25 000 000 Quarters Weizen zu einem Gesammtwerth von 57 500 000 £ consumirt. Ein Zoll von 5 Shilling pro Quarter hätte den Preis dieses Weizens um 6 250 000 £ erhöht, denselben also auf 63 750 000 £ gebracht und eine Preiserhöhung von ungefähr $^1/_2$ Penny für ein vierpfündiges Brod verursacht. Wenn wir annehmen, dafs eine sehr zahlreiche Familie zwölf vierpfündige Brode in einer Woche verzehrt, so macht dies für sie eine Abgabe von 6 Pence die Woche, und die Abgabe beläuft sich wahrscheinlich etwas unter

einem Penny wöchentlich pro Kopf der Bevölkerung. Von der Summe von 6 250 000 £ flösse bedeutend mehr als die Hälfte dem Staatsschatze als Zollabgabe auf fremdes Getreide zu, da ja die Einfuhr hiervon jetzt bedeutend mehr als die Hälfte des gesammten Consums beträgt. Dies müfste natürlich eine Herabminderung anderer Abgaben zur Folge haben. (Auf diese Auseinandersetzung Sullivans gestützt, haben sich Andere bereits zu der luftigen Behauptung verstiegen, dafs der vorgeschlagene Kornzoll den Lord Schatzkanzler in den Stand setzen könne, die Einkommensteuer gänzlich fallen zu lassen.) —

Es wird kaum nöthig sein, über den Antrag auf Wiedereinführung der Kornzölle viele Worte zu verlieren. Was den ersten der vermeintlichen Vortheile desselben anlangt, so mufs Jedem, der sich die Mühe giebt, darüber nachzudenken, einleuchten, dafs, wenn, wie u. A. auch behauptet wird, der Getreidezoll von den fremden Producenten getragen würde, er kein Mittel wäre, die Lage unserer ackerbauenden Bevölkerung zu verbessern. Denn bei dieser Annahme wäre der Getreidezoll lediglich eine Verringerung des Gewinns der Unternehmer oder Händler und würde mithin den Preis der ausländischen Nahrungsmittel nicht erhöhen. Letztere würden zu denselben Preisen wie jetzt verkauft werden und die einheimischen Producenten könnten demnach auch keine höheren Preise für ihre Erzeugnisse erzielen. Folglich würde weder dem heimischen Ackerbau noch der heimischen Industrie die Anregung zu Theil, welche die Einführung des Getreidezolls Beiden bringen soll.

Es ist aber auch falsch zu behaupten, dafs der Getreidezoll von den Importeuren getragen würde. Im Gegentheil; er wird mit einem kleinen Betrag von Zinsen für die vorgeschossene Abgabe dem Preis des Weizens zugeschlagen und schliefslich nicht von den Producenten, sondern von den Consumenten gezahlt.

Ebenso wenig ist der Getreidezoll unter diesen Umständen eine wirksame Waffe, um die uns feindlichen Zolltarife zu bekämpfen. Die Sache liegt so. Wenn die amerikanischen Ackerbauer ihre Producte vom englischen Markte in Folge des neuen Einfuhrzolles ausgeschlossen fänden, so würden sie wahrscheinlich in ihrem eigenen Interesse auf eine Verminderung oder Beseitigung des amerikanischen Zolles auf britische Erzeugnisse hinwirken und als Aequivalent die Zurücknahme des Getreidezolles

von unserer Seite fordern. Wenn dagegen die Getreidepreise durch die Getreidezölle nicht erhöht würden, so erlitten die Einfuhren auch keine Verminderung. Letztere fänden in England ebenso bereitwilligen Absatz wie früher; der Antrieb zu einer Agitation zu Gunsten des Freihandels in den Vereinigten Staaten fiele mithin gänzlich weg. Eine dauerhafte Finanzquelle wäre hiernach der Getreidezoll in keinem Falle, ganz abgesehen davon, dafs der Gedanke, die Einkommensteuer durch einen Zoll auf die nothwendigsten Nahrungsmittel zu ersetzen, ein absolut verwerflicher ist; er heifst nichts anderes als: die Reichen auf Kosten der Armen von Steuern zu befreien.

Die Behauptung endlich, dafs die Schädigung der Consumenten durch den Getreidezoll gegenüber dem Hauptzweck desselben, die Lage unserer Ackerbau-Bevölkerung zu sichern und zu verbessern, von untergeordneter Bedeutung sei, verdient noch eine kurze Betrachtung.

Gesetzt, der Kornzoll wäre wirklich ein Mittel zur Erreichung des angegebenen Zwecks, wozu dann ein so beschwerlicher und lästiger Umweg? Warum 6 oder 7 Millionen Pfund Sterling erst aus den Taschen der Steuerzahler nehmen, um nur 3 oder 4 Millionen davon in die Taschen der Landwirthe gelangen zu lassen? Ein besserer und directerer Plan wäre sicherlich der, den einheimischen Producenten eine Prämie von 5 Shilling pro Quarter erzeugten Weizen zu zahlen. Man sähe dann klar, zu welchem Zwecke die Abgabe erhoben wird, und es würde auch nicht mehr erhoben werden, als gerade nothwendig ist. Indefs, ob nun die den Landleuten geleistete Zahlung durch künstliche Erhöhung der Preise ihrer Erzeugnisse, oder durch eine directe Prämie auf den erzeugten Weizen geschähe, keins von Beiden kann zu einer Vermehrung des Nationalreichthums und des Wohlstandes führen, sondern das Eine wie das Andere mufs eine Verminderung derselben zur Folge haben. Denn wie weit die Ackerbaubevölkerung durch höhere, für Weizen erzielte Preise auch immer bereichert werden mag, so mufs die nicht ackerbautreibende Bevölkerung um so viel ärmer werden, als die Erhöhung der Preise der Lebensmittel beträgt. Wenn daher mehr Manufacturwaaren von den Landwirthen gekauft würden, so müfsten sich die Ankäufe der anderen Gesellschaftsklassen um so viel vermindern, als sie mehr für Brod auszugeben haben.

Und da bei uns die industrielle Bevölkerung die landwirthschaftliche an Zahl weit überwiegt, so würde die Abnahme der Kauffähigkeit jener gröfser sein, als die Zunahme derselben von Seiten der Landleute. Dies ist jedoch noch nicht Alles. Wenn wir die fremden Weizeneinfuhren ausschliefsen, so werden wir natürlicherweise auch die ausländischen Nachfragen nach unseren Producten vermindern. Der Welthandel ist seinem Wesen nach nur einfacher Tauschhandel. Wir tauschen unsere Waaren gegen diejenigen anderer Nationen aus; wenn wir die ihrigen zurückweisen, wollen sie auch die unsrigen nicht haben. Was die Kornzöllner also vorschlagen, läuft darauf hinaus, dafs wir, um unsere Ackerbaubevölkerung in den Stand zu setzen, jedes Jahr 1 oder 2 Millionen Pfund Sterling mehr für unsere Manufacturwaaren auszugeben, die Kaufkraft des nicht ackerbautreibenden Theiles der Bevölkerung um einen mehrfach höheren Betrag vermindern und gleichzeitig die fremden Nachfragen nach unseren Erzeugnissen um den Betrag vieler Millionen verringern sollen. D. h. die Einkünfte der Gewerbtreibenden sollen geschmälert werden, in der nämlichen Zeit, in welcher man ihre Ausgaben durch einen Zuschlag auf den Preis eines ihrer wichtigsten Nahrungsmittel vermehren will. Es ist wirklich zu verwundern, dafs es verständige Leute giebt, die sich mit der Hoffnung schmeicheln, dafs solche Vorschläge in unserem Lande Annahme finden könnten.

So der «*Economist*»; er betrachtet die Möglichkeit der Versorgung des englischen Volkes mit billigem Brodgetreide aus Amerika für einen grofsen Segen und weist an anderen Stellen nach, dafs alle die Nachtheile, die der heimischen Landwirthschaft und Industrie, dem heimischen Handel und Verkehr hieraus erwachsen sein sollen, zum gröfseren Theil gar nicht vorhanden sind, zum kleineren auf ganz anderen Thatsachen beruhen.

Wir würden dieser englischen Argumentation nicht soviel Raum gewidmet haben, wenn wir die jetzigen englischen Zustände nicht für einen Spiegel unserer künftigen zu halten hätten. Daran glaubt wohl Niemand, dafs Deutschland von seiner bereits erreichten Höhe als Industriestaat wieder herabsinken und ein vorwiegend ackerbautreibender Staat werden könne. Im Wesen des Industriestaats liegt es aber, dafs die Industrie sich immer mehr ausbreitet,

immer zahlreichere Kräfte an sich zieht und dafs die gewerbliche Bevölkerung die landwirthschaftliche immer stärker überragt. Je mehr dies der Fall sein wird, desto mehr wird auch Deutschland, wie jetzt schon England, auf die Nahrungsmittel-Production der Länder mit jungfräulichem Boden angewiesen sein. Es liegt daher ungleich mehr im Interesse Deutschlands als werdender Industriestaat die durch die verschiedene Natur der Continente und Länder gebotene Theilung der Arbeit zu begünstigen, als sie durch Eingriffe in den freien Verkehr zu hemmen Dafs die wirthschaftliche Selbständigkeit oder Unabhängigkeit der einzelnen Länder von einander dies erfordere, ist irrig, denn diese Unabhängigkeit ist überhaupt nur eine Fabel. Kein Culturstaat besitzt sie. Das Streben darnach gereicht einem Staate, der so sehr auf den Export vieler seiner Erzeugnisse angewiesen ist, wie England und in gewisser Hinsicht auch schon Deutschland, weit mehr zum Unheil als zum Segen. Die Landwirthschaft hat eben so wenig Vortheil davon; sie wird sicher in viel höherem Grade durch eine blühende Industrie gefördert, die ihr zahlreiche und zahlungsfähige Abnehmer und Consumenten ihrer Producte zuführt, als durch eine gröfsere Zahl landwirthschaftlicher Bewohner, die sich gegenseitig nichts abzukaufen brauchen und nichts abzukaufen haben. Darum steht die Landwirthschaft in den Ländern und Landestheilen auf den höchsten Stufen, in welchen Industrie, Handel und Verkehr hoch entwickelt sind und viele Menschen beschäftigen. Jener Höhestand ist die Wirkung, die potenzirte Nachfrage die Ursache, nicht umgekehrt. Wer diese Erscheinung richtig zu deuten weifs, der weifs auch, gleichviel ob Landwirth oder Gewerbtreibender, was er von den Getreidezöllen zu halten hat, die, mag man sie atomisiren so viel man will, doch im Erntejahr 1880/81 das Brodgetreide im deutschen Reiche mindestens um fünf Procent vertheuert und die gewerblichen Productionskosten mindestens um den gleichen Betrag erhöht haben.

Druck von Kerskes & Hohmann in Berlin.

BSB Bayerische StaatsBibliothek
MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Braun, Karl,

Die Männer des Zollvereins Vortrag, gehalten in der Fest-Sitzung der Volkswirthschaftlichen Gesellschaft in Berlin am 26. März 1881

Berlin 1881

Cam. 187 h-3,1/8
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11022683-2